

Rechtsgutachten

über die Eigenschaft von

„DITIB Landesverband Hamburg e.V.“

„SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.“

und

„Verband der Islamischen Kulturzentren“ e.V. Köln

als Religionsgemeinschaften und weitere Aspekte ihrer Eignung als
Kooperationspartner der Freien und Hansestadt Hamburg in
religionsrechtlichen Angelegenheiten

erstellt im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg

von

Dr. Heinrich de Wall

o. Professor für Kirchenrecht, Staats- und Verwaltungsrecht an der
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

am 9. März 2011

GLIEDERUNG:

| | |
|---|-----------|
| A. GEGENSTAND DES GUTACHTENS | 1 |
| B. ZUM VERFASSUNGSRECHTLICHEN MAßSTAB – DER BEGRIFF DER RELIGIONSGESELLSCHAFT ODER -GEMEINSCHAFT | 4 |
| I. Das Selbstverständnis der Verbände | 4 |
| II. Die Bedeutung des Schreibens des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12.08.1994 | 5 |
| III. Die Elemente des verfassungsrechtlichen Begriffs der Religionsgemeinschaft..... | 5 |
| C. DAS PERSONALE SUBSTRAT UND DIE DACHVERBANDSSTRUKTUR DER VEREINIGUNGEN | 9 |
| I. Dachverbände als Religionsgemeinschaften?..... | 9 |
| II. Die Erfüllung identitätsstiftender Aufgaben als Voraussetzung | 13 |
| III. Die Erfüllung der Voraussetzung durch die Verbände | 14 |
| 1. DITIB..... | 15 |
| 2. Schura | 16 |
| 3. VIKZ..... | 17 |
| D. MINDESTANFORDERUNGEN AN DIE ORGANISATORISCHE STRUKTUR | 18 |
| E. RELIGIONSPFLEGE ALS GEGENSTAND | 20 |
| I. Konfessionelle Spezifizierung innerhalb des Islam?..... | 20 |
| II. Mehrere Religionsgemeinschaften gleicher Konfession? | 22 |
| III. Doppelmitgliedschaften in Dachverbänden | 24 |
| IV. Religionspflege als Zweck der Verbände | 25 |
| 1. DITIB..... | 26 |
| 2. Schura | 26 |
| 3. VIKZ..... | 27 |

| | |
|---|-----------|
| F. DIE ABGRENZUNG VON RELIGIÖSEN VEREINEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN..... | 29 |
| I. Die umfassende Religionspflege als Gegenstand der Mitgliedsverbände | 29 |
| II. Gemischte Dachverbände? | 31 |
| III. Erfüllung der Kriterien durch die Verbände..... | 32 |
| 1. DITIB..... | 32 |
| 2. Schura | 33 |
| 3. VIKZ..... | 35 |
| G. ANFORDERUNGEN AN DAS MITGLIEDSCHAFTSRECHT | 37 |
| H. EINFLÜSSE AUSLÄNDISCHER STAATEN UND DER BEGRIFF DER RELIGIONSGEMEINSCHAFT | 40 |
| I. ZUSAMMENFASSUNG:..... | 43 |

A. Gegenstand des Gutachtens

Bei den Gesprächen über die Möglichkeit einer Vereinbarung zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den muslimischen Verbänden, die in den vergangenen Jahren geführt worden sind, wurde der Wunsch nach einer Klärung der Frage geäußert, ob der „DITIB-Landesverband Hamburg e. V.“, der „Verband der islamischen Kulturzentrum e. V.“ und „Schura – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.“ als Religionsgemeinschaften im Sinne der im Grundgesetz verwendeten Begrifflichkeit zu qualifizieren sind. Zur Klärung dieser Frage hat mich die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch den Senat – Senatskanzlei, beauftragt, ein Rechtsgutachten zu erstatten.

Der Begutachtung, die hiermit vorgelegt wird, liegen folgende Unterlagen zugrunde:

Durch den DITIB-Landesverband Hamburg wurden mir vorgelegt:

1. die Satzung des Vereins DITIB-Landesverband Hamburg in der Fassung der Änderung vom 28.06.2009 (DITIB-Landesverbandssatzung),
2. eine Mustersatzung für die DITIB-Gemeinden nach dem Stand 1/2009 (DITIB-Gemeindesatzung) und
3. die Satzung der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (D.I.T.I.B.) Köln“ mit dem Stand vom 08.11.2009 (DITIB-Satzung).

Ferner wurden berücksichtigt ein Entwurf für eine geänderte Satzung des DITIB-Landesverbands in einer Version vom 11.10.2010 sowie ein Entwurf für eine (neue) Satzung der DITIB-Gemeinden vom 14.11.2010.

Durch „Schura – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.“ wurde mir die

Satzung mit dem Stand der Änderung vom 18.04.2010
(Schura-Satzung)

zur Verfügung gestellt, überdies eine Mitgliederliste.

Für die Begutachtung des VIKZ wurde zugrunde gelegt die im Internet veröffentlichte

Satzung des Verband der islamischen Kulturzentren e.V., Köln
(VIKZ-Satzung)

Kopien dieser Unterlagen werden der schriftlichen Version dieses
Gutachtens als Anhang beigelegt.

Aus der Frage nach der Religionsgemeinschaftseigenschaft der drei Verbände ergeben sich auch die Grenzen dieses Gutachtens. Nicht zu untersuchen waren die vereinsrechtliche bzw. bürgerlich-rechtliche Zulässigkeit und Sinnhaftigkeit der Regeln der vorgelegten Satzungen. Da die Verbände in das Vereinsregister eingetragen sind, ist von der rechtlichen Zulässigkeit der einzelnen Organisationsregeln ohnehin auszugehen.

Gegenstand dieses Gutachtens sind allein rechtliche Aspekte. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts muss es sich bei einer Religionsgemeinschaft nicht nur nach der eigenen Behauptung und dem eigenen Selbstverständnis, sondern auch „tatsächlich, nach geistigem Gehalt und äußerem Erscheinungsbild“ um eine Religion und Religionsgemeinschaft handeln.

BVerfGE 83, 341 (Bahá'í); vgl. a. BVerwGE 123, 54.

Damit sind nicht nur rechtliche, sondern auch tatsächliche Merkmale angesprochen. Auch sonst wird in der Rechtsprechung – etwa bei der Abgrenzung von Dachverbänden mit oder ohne Religionsgemeinschaftsqualität – auf tatsächliche Kriterien abgestellt – etwa den Einfluss von Organisationen, die sich anderen Zwecken als der Religionspflege widmen, auf die Verbandstätigkeit.

BVerwGE 123, 49 (61, 68).

Solche tatsächlichen Gegebenheiten können im folgenden Rechtsgutachten nicht beurteilt werden. Gegenstand und Grundlage der Begutachtung sind vielmehr allein die genannten Satzungen.

Der Maßstab für die Beurteilung der Eigenschaft als Religionsgemeinschaft ist das Grundgesetz, das diesen Begriff in Art. 7 Abs. 3 S. 2 verwendet, ohne ihn zu definieren. Der Begriff der Religionsgemeinschaft ist identisch mit dem

Begriff der „Religionsgesellschaft“, der in den durch Art. 140 GG in Bezug genommenen Vorschriften der Weimarer Reichsverfassung verwandt wird, und der dort in den unterschiedlichen Einzelregelungen ebenfalls einheitlich verwendet wird.

BVerwGE 123, 54 mit weiteren Nachw.; ferner Germann, in: Epping/Hillgruber, Grundgesetz, 2009, Art. 140 GG/137 WRV Rdnr. 14; Unruh, Religionsverfassungsrecht, 2009, Rdnr. 250; Pieroth/Görisch, Was ist eine Religionsgemeinschaft?, JuS 2002, 940; v. Campenhausen/Unruh, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, Kommentar zum Grundgesetz, 3. Band, 6. Aufl. 2010, Art. 137 WRV, Rdnr. 19ff.

In diesem Gutachten wird der – historisch jüngere – Begriff der „Religionsgemeinschaft“ verwendet.

Die Einheitlichkeit der Begriffsverwendung von „Religionsgemeinschaft“ und „Religionsgesellschaft“ im Grundgesetz schließt nicht aus, dass für bestimmte rechtliche Vergünstigungen oder Wirkungsfelder der Religionsgemeinschaften weitere, über die Begriffsmerkmale der Religionsgemeinschaft hinausgehende Anforderungen bestehen, wie sie das Bundesverfassungsgericht etwa für die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gem. Art. 137 Abs. 5 S. 2 WRV i.V.m. Art. 140 GG aus dem Grundgesetz abgeleitet hat.

BVerfGE 102, 370 (390ff.).

Solche zusätzlichen Anforderungen werden in Bezug auf die vieldiskutierte und auch in Hamburg aktuelle Frage nach der Möglichkeit, einen islamischen Religionsunterricht zu etablieren bzw. in das Modell des „Religionsunterrichts für alle“ zu integrieren, erörtert. Daher wird am Ende dieses Gutachtens auf zwei besondere Problemfelder im Zusammenhang mit Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG eingegangen: die Regeln über die Zugehörigkeit zu den Verbänden (Abschnitt G.) und – im Hinblick auf die Verbindung des DITIB-Landesverbandes mit dem türkischen Staat – die Frage, inwiefern von fremden Staaten beeinflusste Religionsgemeinschaften Kooperationspartner im Bereich des Religionsunterrichts sein können (Abschnitt H.).

Keine Rolle spielt im Zusammenhang dieses Gutachtens die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg. Diese enthält keine Regelungen mit religionsverfassungsrechtlichem Bezug.

B. Zum verfassungsrechtlichen Maßstab – der Begriff der Religionsgesellschaft oder -gemeinschaft

Als Anhaltspunkte für die Antwort auf die Frage, ob die Verbände Religionsgemeinschaften sind, kommen das Selbstverständnis der Verbände, die Verwaltungspraxis sowie insbesondere die Erfüllung der Kriterien des Begriffs der Religionsgemeinschaft in Betracht. Für deren Bestimmung sind der mögliche Wortsinn und die verfassungsrechtliche Funktion des Begriffs der Religionsgemeinschaft zu analysieren.

I. Das Selbstverständnis der Verbände

Die Satzungen aller drei hier zu untersuchenden Verbände enthalten die Aussage, dass es sich jeweils um eine Religionsgemeinschaft handele.

§ 2 S. 1 Schura-Satzung, § 1 Abs. 4 VIKZ-Satzung, § 2 Abs. 1 S. 1 DITIB-Landesverbandssatzung.

Damit wird das Selbstverständnis des jeweiligen Verbandes formuliert, Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes zu sein. Ein solches Selbstverständnis hat zwar einen gewissen Indizcharakter für die Qualifizierung der Verbände.

Vgl. zur Parallele in dem am 23.2.2005 entschiedenen Fall BVerwGE 123, 66.

Dieses bloße Selbstverständnis reicht aber nicht aus. Vielmehr muss der Verband die Merkmale des Rechtsbegriffs einer Religionsgemeinschaft, wie sie im Grundgesetz vorausgesetzt werden, auch nach seinem rechtlichen und tatsächlichen Erscheinungsbild erfüllen.

BVerfGE 83, 341 (Bahá'í); BVerwGE 123, 54.

II. Die Bedeutung des Schreibens des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12.08.1994

§ 1 Abs. 4 der VIKZ-Satzung nimmt überdies ein Schreiben des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12.08.1994 in Bezug und formuliert, dass durch dieses Schreiben die Religionsgemeinschaftseigenschaft offiziell anerkannt worden sei. Das Schreiben des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen enthält die Feststellung, dass eine Meldepflicht nach § 19 der Durchführungsverordnung zum Vereinsgesetz nicht bestehe. Die Eigenschaft als Religionsgemeinschaft wird zur Begründung dafür herangezogen, dass § 2 Abs. 2 S. 3 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts nicht auf den VIKZ anwendbar sei. Da es das Rechtsinstitut der verbindlichen Anerkennung einer Vereinigung als Religionsgemeinschaft in Deutschland, anders als in anderen Staaten, nicht gibt, hat die Feststellung der Religionsgemeinschaftseigenschaft in dem betreffenden Schreiben keine über den Begründungscharakter im Einzelfall hinausgehende Wirkung.

III. Die Elemente des verfassungsrechtlichen Begriffs der Religionsgemeinschaft

Daher kann die Eigenschaft als Religionsgemeinschaft nur dann bejaht werden, wenn die Verbände den Kriterien dieses Begriffs entsprechen, wie sie im Grundgesetz vorausgesetzt werden. Entscheidend für diese Begriffsmerkmale ist der aus der Auslegung des Grundgesetzes auf der Grundlage der üblichen Auslegungskriterien zu erschließende Gehalt des Begriffs. Dafür sind Wortlaut, systematischer Zusammenhang, Sinn und Zweck sowie gegebenenfalls die Entstehungs- und Begriffsgeschichte heranzuziehen.

In jüngerer Zeit ist über den Begriff der „Religionsgesellschaft“ oder „Religionsgemeinschaft“ u.a. im Zusammenhang mit dem Islam in Deutschland und seiner Repräsentation diskutiert worden.

Überblick bei Unruh, Religionsverfassungsrecht, 2009, Rn. 458. S.a. Poscher, Totalität/Homogenität/Zentralität/Konsistenz – Zum verfassungsrechtlichen Begriff der Religionsgemeinschaft, Der Staat 39 (2000), 49; Pieroth/Görisch, Was ist eine Religionsgemeinschaft? JuS 2002, 929.

Auch die Rechtsprechung hat sich – vor allem im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht – mit ihm beschäftigt.

BVerwGE 123, 49 (54).

Für die Definition des Begriffs der Religionsgesellschaft wird des Öfteren auf eine Formulierung aus dem führenden Kommentar zur Weimarer Reichsverfassung von Gerhard Anschütz zurückgegriffen. Danach ist Religionsgesellschaft „ein die Angehörigen eines und desselben Glaubensbekenntnisses – oder mehrerer verwandter Glaubensbekenntnisse (unierte evangelische Landeskirchen!) – für ein Gebiet (ein Land, Teile eines Landes, mehrere Länder, das Reichsgebiet) zusammenfassender Verband zu allseitiger Erfüllung der durch das gemeinsame Bekenntnis gestellten Aufgaben“.

Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches, 14. Aufl., Berlin 1933, Neudruck 1960, Art. 137, S. 633; in Anlehnung daran etwa BVerwGE 123, 49 (54).

Diese Definition ist keine gesetzliche, sondern eine in einem Kommentar geäußerte Auslegung des Verfassungstextes durch einen Wissenschaftler. Sie ist auch deutlich von ihrer Entstehungszeit und den deutschen Verhältnissen geprägt, wie die Hinweise auf das „Reichs“gebiet und auf die unierten evangelischen Kirchen schon auf den ersten Blick zeigen. Allerdings enthält diese Definition wichtige, für das Verständnis des Grundgesetzes bedeutende und im Wesentlichen unstreitige Merkmale.

Ungeachtet der Diskussion um Einzelheiten der Begriffsdefinition, die hier, soweit sie von Bedeutung sind, im Zusammenhang mit den betreffenden Einzelfragen und bei den Vorschriften der Satzungen behandelt werden, sind folgende Elemente des Verfassungsbegriffs der Religionsgesellschaft oder Religionsgemeinschaft unstreitig, die sich aus dem Wortlaut und der Funktion des Begriffs ergeben. Dieser soll die Träger der besonderen Rechte bestimmen, die das Grundgesetz in seinen religionsverfassungsrechtlichen Bestimmungen für die korporative, organisierte Ausübung der Religionsfreiheit vorsieht:

1. Eine Religionsgemeinschaft besteht aus natürlichen Personen. Sie besitzt insofern ein personales Substrat von Gläubigen, die zur gemeinsamen Pflege der Religion zusammengeschlossen sind. Dabei sind Besonderheiten für die im religiösen Bereich nicht unübliche Ausübung religiöser Freiheiten in Dachverbandsorganisationen zu berücksichtigen.

2. Zum Wesen einer Gemeinschaft – und damit auch einer Religionsgemeinschaft – gehören ein Minimum an Dauerhaftigkeit und organisatorischer Struktur. Mindestens zwei Personen müssen sich mit dem Ziel verbunden haben, sich für eine längere Zeit der gemeinsamen Ausübung ihrer Religion zu widmen. Die spontane Versammlung von Betenden ist noch keine Religionsgemeinschaft.

3. Von anderen Gemeinschaften unterscheidet sich die Religionsgemeinschaft dadurch, dass es ihr gerade um die Pflege einer Religion bzw. eines Bekenntnisses geht.

4. Ein viertes Merkmal dient der Abgrenzung der Religionsgemeinschaften von religiösen Vereinen. Dass eine solche Abgrenzung zu treffen ist, ergibt sich bereits aus Art. 138 Abs. 2 WRV i.V.m. Art. 140 GG, der beide Begriffe nennt, den der Religionsgesellschaft und den des religiösen Vereines. Diese Abgrenzung erfolgt mit dem Merkmal der „allseitigen“, d. h. umfassenden Erfüllung der durch das Bekenntnis gestellten Aufgaben, die die Religionsgemeinschaft auszeichnet. Dagegen widmet sich ein religiöser Verein nur Teilaspekten des religiösen Lebens. So ist beispielsweise ein Verein, der sich aus religiösen Motiven mit der Krankenpflege beschäftigt, keine Religionsgemeinschaft, aber ein religiöser Verein.

Zu den Begriffsmerkmalen s. z.B. v. Campenhausen/de Wall, Staatskirchenrecht, 4. Aufl. 2006, S. 116.; Germann, in: Epping/Hillgruber, Grundgesetz, Art. 140 GG/137 WRV, Rdnr. 25; Unruh, Religionsverfassungsrecht, 2009, Rdnr. 153.

Im Folgenden werden die Satzungen der zu untersuchenden Verbände daraufhin untersucht, ob sie diese vier Elemente erfüllen. Diese begriffsprägenden Elemente bedürfen aber der Konkretisierung. Gerade im

Hinblick auf islamische Verbände sind bestimmte Aspekte jedes dieser vier Elemente zu diskutieren – nämlich:

1. In Bezug auf das personale Substrat die Frage, unter welchen Voraussetzungen Dachverbände, d.h. aus Verbänden zusammengesetzte Verbände, Religionsgemeinschaften sein können.
2. Die Mindestanforderungen an die organisatorische Struktur.
3. In Bezug auf die Religionspflege als Gegenstand und angesichts der unterschiedlichen Richtungen des Islam,
 - a) ob die unspezifische Ausrichtung einer Gemeinschaft auf „den Islam“ ausreicht,
 - b) ob das Nebeneinander mehrerer Verbände mit gleicher religiöser Ausrichtung deren Eigenschaft als Religionsgemeinschaften entgegensteht,
 - c) ob Doppelmitgliedschaften einzelner Mitgliedsgemeinden der Eigenschaft der beteiligten Dachverbände als Religionsgemeinschaften entgegenstehen.
4. Die Abgrenzung von Religionsgemeinschaften und religiösen Vereinen, insbesondere bei Moscheevereinen und bei aus Moscheegemeinden und anderen Vereinigungen gemischten Verbänden.

C. Das personale Substrat und die Dachverbandsstruktur der Vereinigungen

I. Dachverbände als Religionsgemeinschaften?

Bei den Verbänden handelt es sich durchweg um Dachverbände, d.h. um Verbände, die ihrerseits aus Verbänden zusammengesetzt sind. Zwar können sowohl beim DITIB-Landesverband als auch beim VIKZ auch natürliche Personen die Mitgliedschaft erlangen.

§ 8 Abs. 1 DITIB-Landesverbandssatzung, § 6 VIKZ-Satzung.

Indes zeigen die Regelungen über die Aufgaben der Verbände, die überwiegend übergemeindlichen, nicht der individuellen Religionspflege dienenden Bezug haben (§ 3 Abs. 1 DITIB-Landesverbandssatzung, § 3 Abs. 1 VIKZ-Satzung), und die Vorschriften über die Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte durch Delegierte der Unterverbände (§ 12 Abs. 1 und 2 DITIB-Landesverbandssatzung, § 10 Abs. 1 VIKZ-Satzung), dass auch in diesen Verbänden nicht das Glaubensleben der Individuen, sondern die Aufgabenerfüllung als Dachverband der Unterverbände im Vordergrund steht. Für alle Verbände sind daher die Besonderheiten zu berücksichtigen, die in der Rechtsprechung für Dachverbandsorganisationen entwickelt worden sind.

Ob auch ein Dachverband als Religionsgemeinschaft zu qualifizieren ist, ist deshalb diskutiert worden, weil nach der o.a. Begriffsdefinition eine Religionsgemeinschaft gerade der gemeinschaftlichen Pflege der gemeinsamen Religion der Gläubigen dient. In einem engeren Sinne „Gläubige“ können aber nur Individuen sein.

Vor diesem Hintergrund wird die Religionsgemeinschaftseigenschaft von Dachverbänden abgelehnt vom OVG Münster, NVwZ-RR 2004, 492 (die vorinstanzliche Entscheidung zur nachstehend referierten Entscheidung des BVerwG); s. ferner Ennuschat, in: Löwer/Tettinger, Kommentar zur Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, 2002, Art. 19, Rdnr. 12; differenzierend Muckel, JZ 2001, 58 (60f.); ders., in: Rees (Hrsg.), Recht in Kirche und Staat - Festschrift für Josef Listl zum 75. Geburtstag, 2004, 736ff.; Muckel/Tillmanns, Die religionsverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für den Islam, in: Stefan Muckel

(Hrsg.) Der Islam im öffentlichen Recht des säkularen Verfassungsstaates, 2008, 269.

Nach der von Muckel/Tillmanns vertretenen, differenzierenden Auffassung soll bei Dachverbänden, denen neben den Mitgliedsvereinen zugleich natürliche Personen als Mitglieder angehören, entscheidend sein, welche Intensität das religiöse Leben auf Dachverbandsebene erreicht. Dabei sollen umso höhere Anforderungen an dieses religiöse Leben auf Dachverbandsebene gestellt werden, je intensiver die religiöse Gemeinschaft auch in den zugehörigen Vereinen ist. Bei weitgehender Homogenität der Einzelverbände sollen aber die Anforderungen an die Gemeinschaft im Dachverband geringer sein. Indes ist nicht ersichtlich, inwiefern die bei Muckel/Tillmanns genannten Differenzierungen und Kriterien im Begriff der Religionsgemeinschaft angelegt sind.

Auch die in Art. 137 Abs. 2 WRV i.V.m. Art. 140 GG gewährleistete Freiheit der Religionsgemeinschaften, sich ohne Beschränkungen zusammenzuschließen, legt es nahe, auch diese Zusammenschlüsse - und damit auch Dachverbände - allgemein als Religionsgemeinschaften zu qualifizieren.

S.a. BVerwGE 123, 49 (59); Germann, in: Epping/Hillgruber, Grundgesetz, 2009, Art. 140 GG/137 WRV, Rn. 26; Unruh, Religionsverfassungsrecht, 2009, Rdnr. 252, 458.

Denn ein solcher Zusammenschluss ist nur dann sinnvoll, wenn auch der Zusammenschluss die Rechte der Religionsgemeinschaften, wie z.B. das Selbstbestimmungsrecht (Art. 137 Abs. 3 WRV), die Militärseelsorge (Art. 141 WRV), die Garantie der Staatsleistungen (Art. 138 Abs. 1 WRV) oder die Mitwirkung beim Religionsunterricht (Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG) wahrnehmen kann.

Entscheidend ist jedoch, dass sich aus der Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften gem. Art. 137 Abs. 2 WRV i.V.m. Art. 140 GG und aus dem Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften gem. Art. 137 Abs. 3 WRV i.V.m. Art. 140 GG, auch das Recht ergibt, über die innere Struktur einer Religionsgemeinschaft nach eigenem Selbstverständnis zu entscheiden.

Statt vieler v. Campenhausen/Unruh, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, Kommentar zum Grundgesetz, 3. Band, 6. Aufl. 2010, Art. 137 WRV Rdnr. 34.

Die Rechte, die das Grundgesetz den Religionsgemeinschaften in Art. 7 GG und in den durch Art. 140 GG in Bezug genommenen Vorschriften der Weimarer Reichsverfassung einräumt, dienen der Religionsfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG) in ihren kollektiven und korporativen Ausprägungen. Welche Aufgaben der Religionsgemeinschaften auf lokaler, gemeindlicher Ebene und welche besser durch übergeordnete Verbände wahrgenommen werden, muss dabei im Interesse der Religionsfreiheit und des in Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 3 WRV gewährleisteten Selbstbestimmungsrechts den Religionsgemeinschaften selbst vorbehalten bleiben. Jedenfalls gibt es keinen triftigen Grund, eine Gemeinschaft deshalb von den Rechten der Religionsgemeinschaften auszuschließen, weil sie (lediglich) als Dachverband in die Religionspflege einer gestuften Verbandsstruktur eingebunden ist, die beispielsweise aus Ortsgemeinden, Gemeindeverbänden auf Landesebene und übergeordnetem Dachverband auf Bundesebene bestehen kann. Es ist ebenfalls kein Grund ersichtlich, Religionsgemeinschaften eine solche sinnvolle Struktur zur Aufgabenerfüllung zu versperren bzw. zu erschweren. Entscheidend ist nicht der Charakter als Dachverband, sondern ob ein Verband in eine Struktur eingebunden ist, die der gemeinsamen Religionspflege der Gläubigen dient – wobei die Gläubigen natürlich letztlich Individuen sind. Insofern reicht es aus, dass ein Dachverband in diesem Sinne ein personales Substrat besitzt und dessen korporativer Religionspflege dient.

Demgemäß ist auch in der Rechtsprechung anerkannt, dass ein Dachverband Religionsgemeinschaft sein kann.

BVerwG, Urteil vom 23.2.2005 (BVerwG 6 C 2.04) = BVerwGE 123, 49.

Freilich wurde dabei auch eine Einschränkung formuliert. Ein Dachverband ist danach nur dann „Religionsgemeinschaft“, wenn er nicht „...auf die Vertretung gemeinsamer Interessen nach außen oder auf die Koordinierung von Tätigkeiten der Mitgliedsvereine beschränkt (ist)“. Vielmehr ist darüber

hinaus erforderlich, dass für die Identität einer Religionsgemeinschaft wesentliche Aufgaben auch auf der Dachverbandsebene wahrgenommen werden.“

BVerwGE 123, 59.

Danach kann ein Zusammenschluss von Religionsgemeinschaften allein zu dem Zweck, die Grundsätze des Religionsunterrichts i.S.v. Art. 7 Abs. 3 Satz 2 GG gegenüber dem Staat geltend zu machen, nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt werden, wenn die Entscheidung über die Grundsätze bei den Mitgliedsverbänden verbleibt.

Diese Einschränkung vermag vor dem Hintergrund des Selbstbestimmungsrechts der Religionsgemeinschaften über die eigene Organisation und Verfassung nicht zu überzeugen. Wenn eine Religionsgemeinschaft wegen ihres religiösen Selbstverständnisses den einzelnen lokalen Gemeinden die für das Bekenntnis entscheidenden Kompetenzen einräumt, ist dies von ihrer Religionsfreiheit und ihrem Selbstbestimmungsrecht gedeckt. Wenn nun, trotz dieser gemeindlichen Struktur, unter diesen Gemeinden über die Grundsätze des Religionsunterrichts oder andere Fragen Einigkeit herrscht, ist kein Grund erkennbar, weshalb eine zur Außenvertretung dieses religiösen Selbstverständnisses gegenüber dem Staat i.S.v. Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG gebildete Organisation nicht als Religionsgemeinschaft qualifiziert werden kann. Diese Ansicht führt dazu, dass lediglich die Einzelgemeinden als Ansprechpartner für den Staat in Betracht kämen, obwohl sich diese kraft ihrer Selbstbestimmung zu einem Dachverband zur Interessenvertretung in diesen Fragen zusammengeschlossen haben, was wiederum durchaus im staatlichen Interesse sein kann. Für eine solche Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts ist kein hinreichender Grund erkennbar.

Die vom BVerwG formulierte Einschränkung für Dachverbände zielt, wie das vom BVerwG genannte Beispiel einer von mehreren Religionsgemeinschaften eingesetzten „Kommission zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit“ zeigt, ersichtlich darauf ab, in ihrer Tätigkeit auf bloße Teilaspekte und auf sachlich beschränkte Interessenvertretung gerichtete Verbände vom Religionsgemeinschaftsbegriff auszuschließen.

Vgl. Hennig, Muslimische Gemeinschaften im Religionsverfassungsrecht, 2010, 97.

Insofern ist fraglich, ob das vom BVerwG formulierte Kriterium, dass „für die Identität einer Religionsgemeinschaft wesentliche Aufgaben auf der Dachver-

bandsebene wahrgenommen werden müssen“, um auch den Dachverband als Religionsgemeinschaft zu qualifizieren, zutrifft. Das kann hier aber dahinstehen.

Um vor dem Hintergrund der Rechtsprechung weitgehend gesicherte Aussagen über die Religionsgemeinschaftseigenschaft der hier zu begutachtenden Verbände zu treffen, wird für dieses Gutachten mit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts davon ausgegangen, dass zumindest eine Dachverbandsorganisation, die für die Identität einer Religionsgemeinschaft wesentliche Aufgaben auch auf der Dachverbandsebene ansiedelt, Religionsgemeinschaft ist. Soweit man diesen Kriterien folgt, ist also zu untersuchen, inwiefern nach den hier vorliegenden Satzungen der DITIB, Schura und des VIKZ solche identitätsstiftenden Aufgaben wahrgenommen werden.

II. Die Erfüllung identitätsstiftender Aufgaben als Voraussetzung

Welche Aufgaben in diesem Sinne identitätsstiftend sind, wird vom Bundesverwaltungsgericht zu Recht mit dem Hinweis darauf offengelassen, dass es nicht zuletzt vom Selbstverständnis der jeweiligen Gemeinschaft abhängt. Das Gericht weist daraufhin, dass die gemeinschaftliche Pflege eines Bekenntnisses sich typischerweise und hauptsächlich in Kultushandlungen oder der Verkündung des Glaubens und der Glaubenserziehung äußert, die weniger auf der überörtlichen als auf der örtlichen Ebene stattfindet. Auf überörtlicher Ebene sei demgegenüber das Wirken eines geistlichen Oberhauptes, das die Gemeinschaft regiert und dessen Weisungen die Amtsträger und Gläubigen am Ort unterworfen sind, charakteristisch. Aber auch unabhängig von der Existenz strenger hierarchischer Strukturen kann, so das Bundesverwaltungsgericht, auf der überörtlichen Ebene Autorität, insbesondere Lehrautorität ausgeübt und von den Gläubigen in den örtlichen Gemeinden respektiert und befolgt werden. Es liege auf der Hand, dass die Identität einer Religionsgemeinschaft maßgeblich von der Formulierung und Durchsetzung der ihr eigenen Glaubensinhalte geprägt werde.

BVerwGE 123, 60.

Vor diesem Hintergrund kann die Eigenschaft islamischer Verbände als Religionsgemeinschaft nicht an der Existenz mit verbindlicher Entscheidungsgewalt ausgestatteter Lehrautoritäten festgemacht werden. Da der Islam entsprechende Lehrautoritäten nicht kennt, ist für die Formulierung und Durchsetzung der Glaubensinhalte vielmehr die Pflege der Theologie in Bildungseinrichtungen und Veranstaltungen charakteristisch. Der identitätsstiftende Charakter von Aufgaben kann demgemäß nicht davon abhängig gemacht werden, dass verbindliche Lehraussagen, die für die Gemeinden und die Gläubigen verpflichtend sind, durch Organe der Dachverbandsebene getroffen werden. Identitätsstiftend in diesem Sinne ist es daher für islamische Verbände bereits, wenn auf der Dachverbandsebene beispielsweise Aus- und Fortbildung sowie die wissenschaftliche Pflege der Religion angesiedelt sind. Auch dies sind Aufgaben, die für eine Religionsgemeinschaft von überragender Bedeutung sind und sich gerade nicht auf die Interessenvertretung nach außen beschränken. Die Wahrnehmung solcher Aufgaben auf Dachverbandsebene ist daher beispielsweise ein Indiz für die Religionsgemeinschaftseigenschaft des entsprechenden Verbandes.

Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass die bloße Aufzählung der Aufgabe eines Verbandes, beispielsweise der Aufgabe, Ausbildungsstätten für islamische Theologie vorzuhalten oder Lehrveranstaltungen dazu durchzuführen, noch nicht den Schluss zulässt, dass es sich tatsächlich um eine Religionsgemeinschaft handelt, wenn diese Aufgabe nicht auch tatsächlich erfüllt wird.

III. Die Erfüllung der Voraussetzung durch die Verbände

Die Feststellung, ob eine Gemeinschaft Religionsgemeinschaft ist, ist insgesamt und abschließend nur auf der Grundlage einer wertenden Entscheidung möglich, die sowohl die rechtlichen Grundlagen der Vereinigungen als auch deren tatsächliches Wirken berücksichtigt. Da dieser Begutachtung allein die rechtlichen Grundlagen der Verbände zugrundeliegen, sind die Aussagen, die im Folgenden getroffen werden, notwendig auf die rechtliche Seite beschränkt und lassen keinen endgültigen Schluss auf die Religionsgemeinschaftseigenschaft der Verbände zu.

1. DITIB

Der DITIB-Landesverband gehört der mittleren Ebene einer dreistufigen Dachverbandsorganisation an. Dies ergibt sich aus § 8 Abs. 3 der DITIB-Landesverbandssatzung, wonach „alle Gemeinden im Tätigkeitsbereich des Verbandes, die auch Mitglied bei der DITIB sind, auch Mitglied des Landesverbandes...“ sind, aus § 23 der DITIB-Landesverbandssatzung, wonach der Verband eine Zweigorganisation der DITIB ist, sowie aus weiteren Vorschriften, die das Verhältnis zu DITIB regeln (§§ 2 Abs. 2, 19, 21 Abs. 1, 22 Abs. 4 DITIB-Landesverbandssatzung). Danach nimmt also der Landesverband zwischen den Gemeinden und der DITIB die mittlere Ebene ein.

Als mittlere Stufe einer Dachverbandsstruktur kommt es auch für die Qualifikation des DITIB-Landesverbandes als Religionsgemeinschaft darauf an, ob er „für die Identität einer Religionsgemeinschaft wesentliche Aufgaben“ wahrnimmt.

Nach der umfassenden Zweckbestimmung und dem diese konkretisierenden Aufgabenkatalog des § 3 der DITIB-Landesverbandssatzung ist das der Fall. Zwar gehört nach § 2 Abs. 2 der DITIB-Landesverbandssatzung auch die Vertretung der Mitglieder zu den Zwecken des Verbandes, also die Interessenvertretung nach außen, die nach der genannten Rechtsprechung für die Begründung der Eigenschaft als Religionsgemeinschaft gerade nicht ausreicht. Jedoch umfasst die Tätigkeit des Verbandes darüber hinaus Bereiche wie den Erhalt und die Verkündung der islamischen Religion (§ 3 Abs. 1 a)), die Förderung und Unterstützung religiöser Unterweisung (§ 3 Abs. 1 d)), die Unterstützung bei Wallfahrten (§ 3 Abs. 1 f)), mildtätige Aktivitäten (§ 3 Abs. 2) und die Pflege der Beziehungen zu anderen Religionsgemeinschaften (§ 3 Abs. 3). Darüber hinaus hat der Landesverband die Aufgabe, durch die Gründung von Bildungseinrichtungen Religionsbeauftragte auszubilden und Informationen bereitzustellen, die den Musliminnen und Muslimen in religiösen Angelegenheiten dienen (§ 3 Abs. 1 b der DITIB-Landesverbandssatzung). Damit gehört auch die wissenschaftliche Pflege des Islam zu seinen Aufgabenbereichen. All dies sind Aufgaben, die sich nicht in der

Interessenwahrnehmung nach außen oder der bloßen Koordinierung der Tätigkeit der Gemeinden erschöpfen. Vielmehr wird der Verband unmittelbar in Kernbereichen religiöser Aktivitäten mit eigenen Aufgaben tätig und erfüllt so selbst und unmittelbar das Definitionsmerkmal der Religionsgemeinschaft, sich der Erfüllung der durch das gemeinsame Bekenntnis der Mitglieder gestellten Aufgaben zu widmen, wie es in § 2 Abs. 1, 2 der DITIB-Landesverbandssatzung auch selbst ausgesprochen wird.

2. Schura

Nach § 4 der Schura-Satzung sind ausschließlich juristische Personen Mitglieder. Bei Schura handelt es sich insofern um einen Dachverband in Reinform. Dass eine Reihe der in § 2 der Schura-Satzung genannten Aufgaben und Ziele die Vertretung der Interessen der Mitgliedsverbände in der Öffentlichkeit zum Gegenstand haben, könnte angesichts der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, nach der diese Funktionen nicht ausreichen, an der Religionsgemeinschaftseigenschaft von Schura zweifeln lassen.

Indes erschöpfen sich die Aufgaben der Schura nicht in solcher bloßen Interessenvertretung. Daneben wird Schura auch fördernd tätig, insbesondere bei der zentralen Aufgabe der Einrichtung von Moscheen und anderer Stätten der Religionsausübung, § 2 S. 3 Schura-Satzung. Zu den für die Identität einer Religionsgemeinschaft wesentlichen Aufgaben zählt auch die in § 2 S. 3 Schura-Satzung genannte Einstellung von Imamen und Lehrkräften sowie deren Aus- und Weiterbildung. Die Imame haben überragende Bedeutung für das religiöse Leben der Moscheegemeinden. Indem die Schura deren Einstellung und Aus- und Weiterbildung zu ihren Aufgaben macht, hat sie nach der Satzung zentrale Funktionen einer Religionsgemeinschaft übernommen.

Eine weitere zentrale Aufgabe ergibt sich aus § 9 der Schura-Satzung. Danach können auf Beschluss des Vorstandes zur Begutachtung aktueller ortsbezogener Probleme im Bereich der Mitgliedsvereine islamische Rechtsgutachten erstellt werden. Ein solches Gutachten ist nach § 9 Abs. 4 Schura-Satzung für die Mitglieder verbindlich, sofern es in der Mitgliederversammlung der Schura

angenommen wird. Auch dies ist eine zentrale identitätsstiftende Aufgabe für eine islamische Religionsgemeinschaft.

Vgl. zur Parallele in dem dort entschiedenen Fall BVerwGE 123, 68.

Rechtsgutachten religiöser Autoritäten gehören zu den traditionellen und Merkmalen des Islam.

Siehe dazu Rohe, Islamisches Recht, 2009, 74f.

Auch dieser Aufgabenbereich beschränkt sich keinesfalls auf die bloße Koordination der Tätigkeiten der Mitgliedsvereine oder auf die Interessenwahrnehmung gegenüber der Öffentlichkeit. Vielmehr wird es Schura damit ermöglicht, erheblichen Einfluss auf die Mitgliedsvereine zu nehmen. Damit wird eine für die Identität als Gemeinschaft zentrale Aufgabe auf Dachverbandsebene wahrgenommen. Insofern erfüllt Schura die Anforderungen für die Qualifikation als Religionsgemeinschaft.

3. VIKZ

Nach § 1 Abs. 5 der VIKZ-Satzung wird der Verband nicht nur im Rahmen seiner satzungsmäßigen steuerbegünstigten Zwecksetzung, sondern auch als Dachverband für die angeschlossenen gemeinnützigen Gemeindevereine tätig. Davon, dass er für die Identität der aus ihm und seinen Unterverbänden zusammengesetzten Struktur als Religionsgemeinschaft wesentliche Aufgaben im Sinne der Rechtsprechung des BVerwG wahrnimmt, ist nach der Bestimmung der Aufgaben und Ziele des VIKZ in § 3 Abs. 1 VIKZ-Satzung auszugehen.

Nicht nur gehört danach die Einrichtung und Unterhaltung von Gemeinden zu den Aufgaben der VIKZ als Dachverband. Darüber hinaus zählen zu seinen Aufgaben auch die Unterweisung im islamischen Glauben und der Lehre sowie die Einrichtung von Ausbildungsstätten für islamische Theologie für Jugendliche und junge Erwachsene. Ferner gehört die religiöse Vorbereitung von Pilgerfahrten nach Mekka durch Seminare und Vorbereitungskurse zu den Tätigkeitsbereichen des VIKZ. Hieran wird deutlich, dass sich der VIKZ nicht auf die Vertretung gemeinsamer Interessen nach außen oder auf die Koordinierung von Tätigkeiten der Mitgliedsvereine beschränkt. Mit der Unterweisung in Glauben und

Lehre und der Einrichtung von Ausbildungsstätten für islamische Theologie sind vielmehr wesentliche Elemente der Pflege und der Verbreitung des Glaubens Aufgabe auch des VIKZ als Dachverband. Diese Aufgaben sind von erheblicher identitätsstiftender Bedeutung.

D. Mindestanforderungen an die organisatorische Struktur

Aus der Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften gem. Art. 137 Abs. 2 WRV i.V.m. Art. 140 GG und aus dem Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften gem. Art. 137 Abs. 3 WRV i.V.m. Art. 140 GG, das sich, wie bereits ausgeführt, auf die Organisation erstreckt, ergibt sich, dass die innere Struktur einer Religionsgemeinschaft weitgehend deren eigener Selbstbestimmung nach ihrem Selbstverständnis unterliegt.

Missverständlich ist es in diesem Zusammenhang, wenn für eine Religionsgemeinschaft vorausgesetzt wird, dass eine Instanz verbindlich über Lehre und Ordnung der Religionsgemeinschaft zu entscheiden befugt ist.

Muckel/Tillmanns, Die religionsverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für den Islam, in: Stefan Muckel (Hrsg.), Der Islam im öffentlichen Recht des säkularen Verfassungsstaates, 2008, 254.

Diesem Merkmal ist freilich zuzustimmen, soweit es um die Außenvertretung der jeweiligen Gemeinschaft gegenüber dem Staat in bestimmten Fragen wie der Bestimmung der Grundsätze des Religionsunterrichts i.S.v. Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG geht. Insofern muss in der Tat ein Ansprechpartner zur Verfügung stehen, der gegenüber dem Staat die erforderlichen Festlegungen zu Lehre und Ordnung der Religionsgemeinschaft trifft. Allerdings kann es nur um solche Festlegungen gehen, die nach dem staatlichen Recht erforderlich sind, wie etwa die Formulierung der Grundsätze des Religionsunterrichts. Nicht zu fordern ist aber, dass die jeweilige Gemeinschaft auch eine autoritative Distanz zur verbindlichen Entscheidung über die Lehre der Gemeinschaft im Innenverhältnis hat. Auch eine Religionsgemeinschaft, deren religiöse Homogenität auf der autonomen Entscheidung ihrer Angehörigen, also auf dem freiwilligen Konsens der Gläubigen über das jeweilige Bekenntnis beruht, jedoch keine verbindliche, nach innen über das Bekenntnis und eventuelle Zweifelsfragen entscheidende Instanz kennt, kann eine Religionsgemeinschaft sein.

An die organisatorische Struktur von Religionsgemeinschaften können demgemäß nur Minimalanforderungen gestellt werden.

Vgl. Hennig, Muslimische Gemeinschaften im Religionsverfassungsrecht, 2010, 91.

Solche Anforderungen haben die Funktion, Religionsgemeinschaften von bloßen Spontanversammlungen abgrenzen zu können. Daher muss lediglich ein Mindestmaß an Kontinuität und gemeinsamer Willensbildung gewährleistet sein.

Durch die vereinsmäßige Struktur der durchweg im Vereinsregister eingetragenen Verbände sind diese Minimalanforderungen ohne weiteres erfüllt. Mit dem jeweiligen Vereinsvorstand, der nach § 18 Abs. 1 DITIB-Landesverbandssatzung, § 7 Abs. 2, 5 Schura-Satzung und § 12 Abs. 2 S. 2 VIKZ-Satzung den jeweiligen Verband gerichtlich und außergerichtlich vertritt, ist auch jeweils ein Organ vorhanden, das gegenüber dem Staat und Dritten die erforderlichen Erklärungen für die Religionsgemeinschaft treffen kann.

Beschränkungen der Außenvertretungsmacht wirken nur, wenn sie dem jeweils anderen Teil bekannt oder im Vereinsregister eingetragen sind, §§ 70, 68 BGB.

Vgl. Palandt/Ellenberger, BGB, 70. Aufl. 2011, § 26 Rdnr. 6.

Ein Einspruchsrecht anderer Organe gegenüber den Entscheidungen des Vorstandes, wie es in § 22 Abs. 3 der DITIB-Landesverbandssatzung geregelt ist, ist daher als intern wirkendes Recht ohne Auswirkungen auf die Vertretung des Vereins im Außenverhältnis zu verstehen.

Dass der VIKZ nicht auf Landesebene organisiert ist, ist für die Eigenschaft als Religionsgemeinschaft ohne Belang. Es gehört zum organisatorischen Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaft, über ihre territorialen Grenzen und ihre territoriale Gliederung zu entscheiden, also auch über die Frage, ob sie sich analog zu den staatlichen Organisationsebenen verassen möchte. Auch für die Fähigkeit, als Kooperationspartner für den durch das jeweilige Land zu organisierenden Religionsunterricht aufzutreten, ist das Fehlen einer Landesebene ohne Bedeutung. Über die Zuordnung der Aufgaben auf die verschiedenen Ebenen zu entscheiden, ist ebenfalls Gegenstand des Selbstbestimmungsrechts der Religionsgemeinschaft. Daher ist es ohne weiteres möglich, dass für Hamburg ein Bundesverband über die Bestimmung der Grundsätze der Religi-

ongemeinschaft für den Religionsunterricht im Sinne des Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG entscheidet.

E. Religionspflege als Gegenstand

Von anderen Verbänden unterscheiden sich Religionsgemeinschaften dadurch, dass sie sich gerade der Pflege der Religion widmen und nicht anderen Aufgaben wie etwa der Kulturpflege. Vor der Analyse der Satzungen daraufhin sind die Fragen zu beantworten, was als Religion in diesem Sinn zu verstehen ist und ob die Untergliederung der Religion in verschiedene konfessionelle Richtungen oder die Existenz mehrerer Verbände gleicher Konfession für den Begriff der Religionsgemeinschaft von Bedeutung sind.

Im Zusammenhang mit dem Islam, dessen Pflege sich alle drei hier zu untersuchenden Verbände widmen (§ 2 Abs. 1 S. 1, § 3 Abs. 1 a) DITIB-Landesverbandssatzung, § 3 Abs. 1 VIKZ-Satzung, § 2 S. 1 Schura-Satzung) muss die Frage nach dem allgemeinen Begriff der Religion indes deshalb nicht näher erörtert werden, weil der Islam ganz unstreitig eine Religion darstellt.

I. Konfessionelle Spezifizierung innerhalb des Islam?

Die traditionelle Begriffsbestimmung der Religionsgemeinschaften in Anlehnung an Anschütz verwendet indes nicht den Begriff der Religion, sondern den des Glaubensbekenntnisses. Dies geht darauf zurück, dass die christliche Religion in verschiedene Bekenntnisse zerfällt. Auch der Islam zerfällt in unterschiedliche Glaubensrichtungen, etwa die sunnitische und die schiitische. Angesichts dieser verschiedenen Glaubensrichtungen stellt sich die Frage, wie einheitlich das Bekenntnis einer Glaubensgemeinschaft sein muss und ob sie auch aus Angehörigen unterschiedlicher Glaubensbekenntnisse bestehen kann.

Dass durchaus unterschiedliche Bekenntnisse in einer Religionsgemeinschaft Platz haben können, zeigen schon diejenigen evangelischen Landeskirchen in Deutschland, die Gemeinden unterschiedlichen Bekenntnisstandes haben (reformiert, lutherisch, uniert). Dies ist in der oben zitierten Definition Anschütz' dadurch berücksichtigt, dass eine

Religionsgemeinschaft danach ein „die Angehörigen eines und desselben Glaubensbekenntnisses – oder mehrerer verwandter Glaubensbekenntnisse zusammenfassender Verband“ ist.

Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches, 14. Aufl., Berlin 1933, Neudruck 1960, Art. 137, S. 633.

Welche Bekenntnisse insofern „verwandt“ sind, kann nur unter Zugrundelegung des Selbstverständnisses der jeweiligen Gemeinschaft bestimmt werden: Religion bzw. Bekenntnis werden durch das religiöse Selbstverständnis der Religionsgemeinschaften konstituiert bzw. definiert. Im Grundsatz können daher muslimische Gemeinschaften selbst darüber entscheiden, ob nur Angehörige einer bestimmten islamischen Glaubensrichtung ihnen angehören können oder ob sie mehrere Richtungen des Islam umfasst. Dies gilt freilich unter der bereits erwähnten Einschränkung, dass es sich bei dem gemeinsamen Bekenntnis auch „nach dem geistigen Gehalt und äußerem Erscheinungsbild“ um eine „Religion“ handeln muss.

Vgl. BVerfGE 83, 341 (353).

Ausgeschlossen dürfte insofern freilich nur sein, dass fundamentale Unterschiede zwischen den Glaubensrichtungen bestehen.

Unruh, Religionsverfassungsrecht, 2009, Rdnr. 458.

Die Beschränkung auf die Anerkennung von Koran und Sunna als gemeinsame Glaubensgrundlage reicht daher aus. Eine weitergehende, vollständige konfessionelle Homogenität der Gemeinschaft ist nicht erforderlich.

BVerwGE 123, 56, 64f.; vgl. Hennig, Muslimische Gemeinschaften im Religionsverfassungsrecht, 2010, 93f.

Daher reicht auch die satzungsgemäße Festlegung des Verbandes auf die „islamische Religion“ in den hier zu untersuchenden Satzungen aus.

II. Mehrere Religionsgemeinschaften gleicher Konfession?

Nach den vorgelegten Satzungen sind Unterschiede in der religiösen Ausrichtung der Verbände nicht zu erkennen. Vielmehr wird durchweg, ohne weitere Eingrenzung, der „islamische Glaube“ bzw. die „islamische Lehre“ oder die „islamische Religion“ in Bezug genommen.

Eine nähere Beschreibung erfolgt lediglich in § 3 Abs. 1 Schura-Satzung. Auch hier ist aber eine Beschränkung auf eine der Richtungen des Islam nicht erkennbar. Vielmehr umfasst Schura nach der beigelegten Mitgliederliste sowohl sunnitische als auch schiitische Gemeinschaften.

Dadurch könnten deshalb Zweifel am Vorliegen einer Religionsgemeinschaft geweckt werden, weil die Gemeinschaften nicht *die* (im Sinne von: alle) Angehörigen des jeweiligen Bekenntnisses für ein bestimmtes Gebiet *zusammenfassen*, wie das in der Anschütz'schen Definition der Religionsgemeinschaft an klingt.

Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches, 14. Aufl., Berlin 1933, Neudruck 1960, Art. 137, S. 633.

Indes ist diese Definition, wenn man sie so verstehen sollte, dass eine Religionsgemeinschaft exklusiv alle Angehörigen einer Glaubensrichtung in ihrem Gebiet umfassen muss, zu eng. Sie ist vor dem Hintergrund des Landeskirchentums zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu verstehen, in der die evangelischen Landeskirchen als Territorialkirchen im Wesentlichen alle Bekenntniszugehörigen im jeweiligen Bereich umfassten. Im Rahmen der fortschreitenden Entkirchlichung und Individualisierung der Religion und des Nachlassens konfessionell-institutioneller Bindungen muss aber damit gerechnet werden, dass es bekenntniszugehörige Personen gibt, die nicht Mitglied der betreffenden Gemeinschaft sind. Schon insofern ist das Begriffskriterium Anschütz' nicht in dem Sinn zu verstehen, dass alle Bekenntniszugehörige eines Bereichs von einer Religionsgemeinschaft erfasst werden müssen.

S.a BVerwGE 123, 56

Damit ist aber die Frage noch nicht beantwortet, ob es die Religionsgemeinschaftseigenschaft eines Verbandes beseitigt, wenn andere Verbände seines Bekenntnisses in seinem Gebiet existieren, so dass die Zugehörigkeit zu der jeweiligen Gemeinschaft gerade nicht nach religiösen Kriterien, sondern nach anderen Kriterien bestimmt ist – sei es die eher konservative oder die eher fortschrittliche religionspolitische Ausrichtung, sei es die nationale Herkunft der Religionszugehörigen etc. Auch diese Frage ist unter der Herrschaft des Grundgesetzes zu verneinen.

BVerwGE 123, 56f. mit weiteren Nachweisen.

Es kann gute Gründe geben, weshalb eine Gemeinschaft, die der umfassenden Religionspflege dient, neben der Bekenntniszugehörigkeit nach anderen Kriterien zusammengesetzt ist oder weshalb ein Individuum sich zu einer nach solchen Kriterien abgegrenzten Gemeinschaft bekennt. So kann, bei ansonsten im Wesentlichen gleichen Glaubensinhalten, etwa die liturgische Praxis oder das Festhalten an bestimmten, kulturell geprägten Traditionen Anlass dafür sein, sich der einen oder anderen Gemeinschaft anzuschließen. Überdies ist die erhebliche Bedeutung sowohl der Sprache als auch der kulturellen Herkunft von Menschen für ihre Religion in Rechnung zu stellen. Religion wird über Sprache vermittelt, so dass es leicht erklärbar ist, dass trotz gleicher religiöser Grundsätze die Anhänger einer Religion sich in Gemeinschaften mit gemeinsamer Sprache zusammenfinden und sich von Gemeinschaften anderer Sprache dementsprechend abgrenzen. Entsprechendes gilt für die kulturelle Herkunft. Dem religiös und weltanschaulich neutralen Staat steht kein Urteil darüber zu, welche Kriterien für die Orientierung zu der einen oder anderen Gemeinschaft, die sich der umfassenden Religionspflege widmet, eine Rolle spielen. Überdies ist kein vernünftiger und verfassungsrechtlich tragfähiger Grund ersichtlich, die den Religionsgemeinschaften eingeräumten Rechte einer Gemeinschaft nur deshalb zu verweigern, weil es andere Gemeinschaften gleichen Bekenntnisses gibt, die nach anderen als religiösen Kriterien voneinander abgegrenzt sind. Dementsprechend stellt die Existenz anderer Gemeinschaften, die die Religionsangehörigen gleicher Konfession im gleichen Gebiet umfassen, nicht in Frage.

III. Doppelmitgliedschaften in Dachverbänden

Vor diesem Hintergrund ist auch die sich anschließende Frage zu beantworten, ob es der Eigenschaft der beteiligten Dachverbände als Religionsgemeinschaften schadet, wenn ihnen eine Mitgliedsgemeinschaft angehört, die auch Unterverband einer anderen Religionsgemeinschaft ist.

Dies ist in Hamburg bei der DITIB-Gemeinde Wandsbek der Fall, die gleichzeitig Mitglied der Schura Hamburg ist. Nach ihrer eigenen Auskunft hat die DITIB die Mitgliedschaft dieser Gemeinde, die im Übrigen alle aus der DITIB-Mitgliedschaft folgenden Bindungen und Verpflichtungen einhält und deren Imam von der DITIB entsandt wird, toleriert, da es zwischen der Schura und der DITIB in religiösen Fragestellungen keine essentiellen Unterschiede gibt. Dies verweist auf die konfessionelle Einheitlichkeit der hier untersuchten Verbände.

Sofern eine solche Einheitlichkeit nach dem Selbstverständnis der beteiligten Verbände gegeben ist, ist jedenfalls dann kein Grund erkennbar, die Religionsgemeinschaftseigenschaft beider Verbände in Abrede zu stellen, wenn deren Identität nicht in Frage gestellt ist. Zudem muss ihre Ausrichtung auf die umfassende Religionspflege erkennbar bleiben, die bei gestuften Verbänden mit Mitgliedsgemeinden üblicherweise dazu führt, dass eine Mitgliedsgemeinde nicht gleichzeitig zwei übergeordneten Religionsgemeinschaften angehört. Jedenfalls wenn die Doppelmitgliedschaft sich auf Ausnahmen beschränkt, wie das vorliegend für die DITIB-Gemeinde Wandsbek gilt, wird die Religionsgemeinschaftseigenschaft der beteiligten Verbände nicht in Frage gestellt. Angesichts der offensichtlich vorrangigen Verankerung der Gemeinde im DITIB-Landesverband mit seinen neun Mitgliedsgemeinden und angesichts der Zahl von 32 Mitgliedsgemeinden bei Schura ist jedenfalls kein Anlass ersichtlich, bei Erfüllung der Kriterien im Übrigen allein aus dieser Doppelmitgliedschaft die Religionsgemeinschaftseigenschaft der DITIB oder der Schura in Abrede zu stellen.

Zur Vermeidung von Missverständnissen oder Zweifeln über die religiöse Identität und die Abgrenzung der Verbände scheint es aber angeraten, derlei Fälle entweder zu vermeiden oder durch eine spezielle Form der Gastmitgliedschaft zu dokumentieren, dass eine Gemeinde der einen Religionsgemeinschaft als

auf die umfassende Religionspflege ausgerichteter Vereinigung zugehört, der anderen lediglich als assoziiertes Mitglied zur Pflege guter Beziehungen zwischen den Religionsgemeinschaften o.Ä.

IV. Religionspflege als Zweck der Verbände

Eine Vereinigung ist nur dann eine Religionsgemeinschaft, wenn sie der Pflege der Religion, oder, um es mit der Anschütz'schen Definition auszudrücken, der Erfüllung der durch das gemeinsame Bekenntnis gestellten Aufgaben, dient. Keine Religionsgemeinschaften sind Vereinigungen, die sich anderen als religiösen Zwecken widmen, etwa der Kultur- oder Brauchtumspflege. Daher sind die Satzungen der hier zu begutachtenden Verbände darauf hin zu untersuchen, ob sie sich gerade der Religionspflege widmen.

Das scheint zunächst nach den allgemeinen Aufgabenbeschreibungen der Fall zu sein, wie sich aus der bereits zitierten Selbstbeschreibung der Verbände als Religionsgemeinschaften ergibt.

§ 2 S. 1 Schura-Satzung, § 1 Abs. 4 VIKZ-Satzung, § 2 Abs. 1 S. 1 DITIB-Satzung.

Indes sind nicht nur in den konkretisierenden Katalogen der Satzungen durchweg auch Tätigkeiten enthalten, die nicht unmittelbar religiöse Zwecke verwirklichen, etwa die Gründung von Bildungseinrichtungen (§ 3 Abs. 1 S. 2 VIKZ – Satzung, § 3 Abs. 1 lit. b) DITIB-Landesverbandssatzung) oder das Verbreiten von Informationsmaterialien (§ 2 S. 3 Schura-Satzung, § 3 Abs. 1 lit. g) DITIB-Landesverbandssatzung). Überdies weisen alle Satzungen den Verbänden auch kulturelle und soziale Aufgaben zu.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass manche Tätigkeiten von Religionsgemeinschaften einen unterstützenden Charakter für die eigentlich im Vordergrund stehende religiöse Betätigung haben. Solches gilt etwa gerade für verlegerische und publizistische Aktivitäten, die der Ausbreitung der Religion dienen, oder für Bildungsarbeit, die ebenfalls der Ausbreitung der Religion bei den Zielgruppen, aber auch der Rekrutierung und Ausbildung von religiösem

Personal dienen kann. Solche Aktivitäten, die der Unterstützung der Religion dienen, stellen insoweit den Charakter einer Vereinigung als Religionsgemeinschaft nicht in Frage, sondern bekräftigen ihn.

Ferner gibt es Tätigkeiten, die auch von nicht-religiösen Vereinigungen ausgeübt werden, gleichwohl eine spezifisch religiöse Bedeutung oder Ausprägung erlangen können. Beispiele dafür sind die vielfältigen karitativen Aktivitäten der Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften. Entsprechend sind bei muslimischen Vereinigungen mildtätige Aktivitäten als Konsequenz aus dem religiös fundierten, „islamischen Gebot der gegenseitigen Hilfe und Solidarität“ zu verstehen, wie es in § 3 Abs. 2 der DITIB-Landesverbandssatzung formuliert ist. Auch sie stellen den religiösen Charakter einer Vereinigung nicht in Frage, sondern bekräftigen ihn.

1. DITIB

Dass die Religionspflege Gegenstand des DITIB-Landesverbandes ist, ergibt sich zum einen aus der Zwecksetzung in § 2 Abs. 1 DITIB-Landesverbandssatzung. Zwar sind in § 2 Abs. 2 der DITIB-Landesverbandssatzung auch „soziale und kulturelle Dienste sowie Bildungsangebote genannt. Aus den Formulierungen ergibt sich aber, dass diese gegenüber der religiösen Zwecksetzung sekundären, helfenden Charakter haben. Zum anderen zeigen die einzelnen Tätigkeiten des Verbandes, wie sie in § 3 der Satzung beschrieben sind, dass soziale und kulturelle Dienste und Bildungsangebote gerade in ihrem religiösen Bezug verstanden werden.

2. Schura

Nach § 2 Satz 2 der Schura-Satzung ist Zweck der Vereinigung die Förderung der islamischen Religion. Das wird durch die einzelnen Aufgaben, die anschließend in § 2 Satz 3 der Schura-Satzung genannt werden, bekräftigt. Danach gehören unter anderem die Förderung der Einrichtung von Moscheen und anderen Stätten der Religionsausübung sowie die Einstellung von Imamen und Lehrkräften und deren Aus- und Weiterbildung zu den Aufgaben der Schura,

also typische und zentrale Aufgabenstellungen der organisierten Religionspflege.

Nach der Beschreibung der Aufgaben und Ziele der Schura gemäß § 2 der Schura-Satzung stehen auch nicht etwa andere als religiöse Aufgaben im Vordergrund der Tätigkeit der Schura. Vielmehr sind die Aufgaben und Ziele durchweg mit Bezug auf den Islam als Religion formuliert. Kulturelle oder ähnliche Zwecke werden nur im Zusammenhang mit der Durchführung von Informations- und Diskussionsveranstaltungen genannt, die zu islamischen und allgemein gesellschaftlich-politischen Themen zum Zwecke der Weiterbildung und Information stattfinden können. Die Beschäftigung mit allgemeinen gesellschaftspolitischen Themen ist aber zum einen für Religionsgemeinschaften nicht untypisch, da für viele Religionen, auch den Islam, die öffentlichen Angelegenheiten auch Gegenstand religiöser Reflexion sind und die Verortung der Religion in der Gesellschaft ein wesentlicher Aspekt der religiösen Lehre ist. Darüber hinaus spielt bei § 2 der Schura-Satzung die Religion in allen Einzelpunkten eine wesentliche Rolle, so dass der Tätigkeitsbereich der Schura durch den religiösen Charakter geprägt ist, und nicht etwa durch andere Aspekte.

Dies wird durch § 3 der Schura-Satzung bekräftigt, wonach die Tätigkeit der Schura in jeder Beziehung auf den Glaubensgrundlagen des Islam beruht.

Damit dient nach der Satzung Schura gerade der Pflege der Religion und nicht anderen Zwecken.

3. VIKZ

Nach § 3 Abs. 1 der VIKZ-Satzung bietet der Verband „den in Europa lebenden oder sich in Europa aufhaltenden Menschen und juristischen Personen soziale, kulturelle sowie religiöse Dienste zum Zwecke der Förderung der Erziehung, Bildung, Religion, Jugendfürsorge, Völkerverständigung und Integration an.“ Diese Formulierung lässt für sich nicht erkennen, ob der VIKZ sich gemeinsam mit seinen Untergliederungen, vorrangig der Religionspflege im Sinne der Begriffsbestimmung einer Religionsgemeinschaft widmet. Insbesondere bleibt offen, ob bei seiner Tätigkeit die Religion und die religiösen Bezüge der sonstigen Arbeitsbereiche im Vordergrund stehen oder nicht.

In den dann in § 3 Abs. 1 VIKZ-Satzung nicht abschließend, aber beispielhaft genannten einzelnen Tätigkeiten wird die religiöse Zweckbestimmung des Verbandes deutlicher. Danach gehört die Einrichtung und Unterhaltung von Gemeinden im Rahmen der religiösen und kulturellen Aktivitäten zu seinen Tätigkeitsbereichen. Die Einrichtung und Unterhaltung von Gemeinden, womit im Zusammenhang der übrigen Vorschriften der Satzung religiös orientierte Moscheegemeinden gemeint sind, ist aber zentraler Gegenstand gerade der Religionspflege. Auch die übrigen in § 3 Abs. 1 VIKZ-Satzung genannten Tätigkeiten weisen darauf hin, dass die Religionspflege Gegenstand des VIKZ ist und seinen Charakter prägt. Genannt werden nämlich die Unterweisung im islamischen Glauben, der moralische Schutz der Menschen islamischen Glaubens, die soziale Hilfeleistung an Muslime, die Einrichtung von Ausbildungsstätten für islamische Theologie für Jugendliche und junge Erwachsene, die Hilfe und Unterstützungsleistungen an hilfsbedürftige Muslime und die religiöse Vorbereitung von Pilgerfahrten nach Mekka durch Seminare und Vorbereitungskurse. Daneben wird die Zusammenarbeit mit islamischen Organisationen angestrebt. Im Zusammenhang mit der Selbstbeschreibung als Religionsgemeinschaft weisen diese Bestimmungen darauf hin, dass die Religionspflege als Mittelpunkt der Tätigkeit des VIKZ das Verbandsleben insgesamt prägt.

Dies wird auch dadurch bekräftigt, dass auch Gemeindevereine Mitglied der VIKZ sind, was ebenfalls auf den religiösen Schwerpunkt von deren Tätigkeit hinweist. Es wäre allerdings empfehlenswert, dass die Pflege der islamischen Religion als Schwerpunkt der Vereinstätigkeit in der Satzung deutlicheren Ausdruck fände. Insbesondere die gleichrangige Aufzählung von sozialen und kulturellen neben den religiösen Diensten in § 3 Abs. 1 und in § 2 Abs. 2 der VIKZ-Satzung können Zweifel daran wecken, dass der VIKZ gerade der Religionspflege dient.

F. Die Abgrenzung von religiösen Vereinen und Religionsgemeinschaften

Von religiösen Vereinen unterscheiden sich Religionsgemeinschaften dadurch, dass sie der „allseitigen“, d. h. umfassenden Erfüllung der durch das Bekenntnis gestellten Aufgaben dienen. Dagegen widmet sich ein religiöser Verein nur Teilaspekten des religiösen Lebens. Daher ist im Blick auf die drei Verbände zu untersuchen, ob sie in diesem Sinne der umfassenden Religionspflege dienen. Dabei ist es angesichts der Einbindung der Verbände in eine Dachverbandsstruktur unschädlich, wenn der umfassende Charakter nicht allein auf der Dachverbandsebene verwirklicht wird. Vielmehr ist dabei die gesamte Dachverbandsstruktur mit der zugrundeliegenden Aufgabenteilung in den Blick genommen. Wenn die Ebenen der Dachverbandsstruktur insgesamt auf die allseitige Erfüllung der durch das religiöse Bekenntnis gestellten Aufgaben gerichtet sind, handelt es sich um Religionsgemeinschaften. Wenn lediglich Teilaspekte der Religion verwirklicht werden, handelt es sich um religiöse Vereine. Insofern ist auch die Frage aufgeworfen, ob es den Religionsgemeinschaftscharakter des Dachverbands beeinträchtigt, wenn er Mitgliedsvereine umfasst, die selbst lediglich religiöse Vereine sind.

I. Die umfassende Religionspflege als Gegenstand der Mitgliedsverbände

Die hier untersuchten Dachverbände haben durchweg Moscheevereine bzw. –gemeinden als Mitgliedsverbände. Da das religiöse Leben überwiegend auf Gemeindeebene stattfindet, scheint dies darauf hinzudeuten, dass durch diese Mitgliederstruktur die Ausrichtung auf die umfassende Religionspflege gewährleistet ist.

In der Literatur wurde indes geltend gemacht, dass ein islamischer Trägerverein zur Unterhaltung einer Moschee nicht als Religionsgemeinschaft einzustufen sei, sondern als religiöser Verein, weil er nur eine partielle Zielsetzung aufweise.

Muckel/Tillmanns, Die religionsverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für den Islam, in: Stefan Muckel (Hrsg.), Der Islam im öffentlichen Recht des säkularen Verfassungsstaates, 2008, S. 267.

Dies mag für eine Vereinigung zutreffen, die sich allein mit dem Bau und dem Bauunterhalt eines Gebäudes beschäftigt – also einem bloßen Moscheebauverein. Die Zielsetzung der Moscheegemeinden und ihrer Trägervereine dürfte aber meist weit darüber hinausgehen. Die Bewertung der Trägerschaft und Organisation der Moschee muss deren zentrale Bedeutung für das muslimische Glaubensleben berücksichtigen. Sie ist Zentrum des Lebens der muslimischen Gemeinde, Mittelpunkt der Tätigkeit des jeweiligen Imam, Ort des Freitagsgebets, aber auch anderer religiöser Angebote. Insofern dafür ein Forum geboten und organisiert wird, beschränkt sich die Tätigkeit eines Moscheevereins kaum auf bauliche Aspekte. Vielmehr sind wesentliche Elemente des Lebens der Gemeinde Gegenstand der Tätigkeit des Vereins. Er nimmt damit wesentliche identitätsbildende Aufgaben wahr – ungeachtet seiner Einbindung in einer Dachverbandsstruktur.

Diese Funktion wird etwa in den Gemeindesatzungen der DITIB-Gemeinden hervorgehoben. Zu deren Aufgabe gehört zwar auch die Errichtung und der Unterhalt von Moscheen bzw. Gebets- und Gemeindehäusern (§ 3 lit. b der DITIB-Gemeindesatzung). Dabei wird diese Aufgabe aber nicht auf den Bau und den Bauunterhalt beschränkt, sondern hervorgehoben, dass es um die religiöse, soziale und kulturelle Betreuung und das geistige und körperliche Wohlbefinden gehe. Dabei wird auch die Abhaltung von Gottesdiensten als Teilaspekt dieser Aufgabenstellung genannt. Dies zeigt, dass es gerade nicht um die bloß technische Aufgabe des Bauunterhalts und auch nicht um lediglich Teilaspekte des religiösen Lebens geht, sondern um das religiöse Leben der Gemeinde als Ganzes.

In § 3 Abs. 2 des Entwurfs einer geänderten DITIB-Gemeindesatzung kommt dieser Zusammenhang noch deutlicher zum Ausdruck.

Überdies ist der Bau und Unterhalt von Moscheen-, Gebets- oder Gemeindehäusern nur eine neben anderen Aufgaben und Zwecken. In § 2 Abs. 1 der

DITIB-Gemeindesatzung werden etwa allgemein die Förderung der Religion, Erziehung und Bildung, der Jugendfürsorge, der Mildtätigkeit, der Völkerverständigung sowie der Kultur als Gemeindezwecke formuliert. In § 3 werden die einzelnen, daraus abzuleitenden Aufgaben konkretisiert und dabei ein umfassender Katalog der religionsbezogenen kultischen, sozialen, religionspolitischen und Bildungsaufgaben genannt.

Jedenfalls wenn der Trägerverein einer Moschee neben dem bloßen Bau und Unterhalt der Moschee diese als Mittelpunkt der religiösen Tätigkeit der Gemeinde vorhält und die Religionspflege als Kern seiner Tätigkeit beschreibt, kann er nicht als Vereinigung eingestuft werden, die lediglich Teilaspekte der Religionspflege umfasst. Insofern steht einer Qualifizierung als Religionsgemeinschaft bei den Moscheeträgervereinen nichts entgegen.

Gegebenenfalls sollte in den Satzungen der Mitgliedsvereinigungen von Schura und VIKZ eine Klarstellung dahingehend erfolgen, dass es nicht allein um den Bauunterhalt geht, sondern dass die Religionspflege insgesamt Gegenstand der Tätigkeit des Vereins ist.

II. Gemischte Dachverbände?

Im Hinblick auf Dachverbandsorganisationen ist überdies zu berücksichtigen, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts durch den Zusammenschluss von religiösen Vereinen zu einem Dachverband auch dann keine Religionsgemeinschaft entsteht, wenn darin zahlreiche unterschiedliche fachliche Ansätze und Zielrichtungen unter einem einheitlich religiösen Blickwinkel zusammengefasst werden.

BVerwGE 123, 61.

Dasselbe gilt danach auch, wenn der Dachverband sowohl aus solchen fachorientierten Vereinigungen, also religiösen Vereinen als auch aus örtlichen Kultusgemeinden zusammengesetzt wird, wenn Letztere aber den Dachverband nicht prägen, sondern von den fachorientierten Vereinigungen beherrscht werden.

BVerwGE, 123, 61.

Ein Dachverband ist also dann keine Religionsgemeinschaft, wenn er seinerseits nicht von Unterverbänden geprägt wird, die der umfassenden Religionspflege dienen, sondern von religiösen Vereinen beherrscht wird.

Dabei ist für die Zwecke dieses Gutachtens wiederum zu berücksichtigen, dass sich dies aus den Satzungsbestimmungen nur beschränkt herleiten lässt. Inwiefern die angehörigen Gemeinschaften nicht nur auf der Grundlage der jeweiligen Satzungen, sondern tatsächlich der umfassenden Religionspflege dienen und ob bei einem Nebeneinander von religiösen Vereinen und Moscheegemeinden Letztere das Verbandsleben prägen, ist auch eine Frage des tatsächlichen Verbandslebens, die sich den normativen Grundlagen nicht entnehmen lässt.

III. Erfüllung der Kriterien durch die Verbände

1. DITIB

Dass der DITIB-Landesverband, in Gemeinschaft mit seinen Unterverbänden, der Religionspflege in einem umfassenden Sinne dient, wird nicht nur aus der umfassenden Zielsetzung in § 2 der DITIB-Landesverbandssatzung, sondern auch aus den konkretisierend genannten Tätigkeitsbereichen in § 3 der DITIB-Landesverbandssatzung ersichtlich. Diese decken einen umfassenden religiösen Tätigkeitsbereich ab, von der Verkündigung der Religion über die Unterstützung bei religiösen Pflichten, die religiöse Bildung auf allen Ebenen, die Ausbildung religiösen Personals, die informierende Öffentlichkeitsarbeit, die religiös motivierte Unterstützung Bedürftiger bis zu Kontakten zu anderen Religionen. Dabei sind diese Tätigkeiten nicht abschließend, sondern verdeutlichen die umfassende Zwecksetzung des Verbandes.

Dass die konkreten religiösen Vollzüge, wie z.B. das Freitagsgebet, auf der Ebene der Mitgliedsgemeinden stattfinden, ist dabei unschädlich, da sich dies aus der Natur der Sache in einer Dachverbandsorganisation ergibt und auch nichts daran ändert, dass wichtige und identitätsbildende Aufgaben der Gesamtgemeinschaft auch auf Dachverbandsebene wahrgenommen werden.

Nach § 2 Abs. 2 lit. b und c des Entwurfs einer neuen Satzung für den DITIB-Landesverband soll der Vereinszweck auch durch die Gestaltung von islamischen Feiern und die Abhaltung von Gottesdiensten verwirklicht werden. Zudem soll nach § 3 Abs. 1 des Entwurfs der Landesverband alle religiösen Handlungen selbst vornehmen, auch wenn nach § 3 Abs. 2 des Entwurfs die Gestaltung des religiösen Gemeinschaftslebens vorwiegend bei den Gemeinden liegt. Damit würde der umfassende Charakter der religiösen Aktivitäten des Landesverbandes noch deutlicher werden.

Zwar sind nach § 8 Abs. 3 der DITIB-Landesverbandssatzung die DITIB-Mitgliedsgemeinden im Tätigkeitsbezirk des Landesverbandes auf Antrag Mitglied des Landesverbandes. Dies spricht für eine Prägung des Landesverbandes durch Moscheegemeinden und damit für die Ausrichtung und Prägung durch Verbände, die der umfassenden Religionspflege gewidmet sind. Allerdings können nach § 8 Abs. 1 der DITIB-Landesverbandssatzung dessen ungeachtet auch andere juristische Personen Mitglieder des Landesverbandes werden. Auch wenn das durch die Satzung nicht nahegelegt wird, ist nicht ausgeschlossen, dass der DITIB-Landesverband Hamburg, entgegen den durch das BVerwG formulierten Anforderungen, durch religiöse oder sogar nichtreligiöse Vereine geprägt wird. Dies wäre aufgrund einer Mitgliederliste und der tatsächlichen Verbandstätigkeit festzustellen.

2. Schura

Dass nach § 2 S. 2 der Schura-Satzung Zweck der Vereinigung die Förderung der islamischen Religion ist und dass dies durch die einzelnen Aufgaben, die anschließend in § 2 S. 3 der Schura-Satzung genannt werden, bekräftigt wird, wurde bereits ausgeführt. Aus der Aufgabenbeschreibung der Schura in § 2 der Schura-Satzung ergibt sich darüber hinaus auch, dass Schura und Mitgliedsverbände auf die umfassende Religionspflege ausgerichtet sind. Das folgt unter anderem aus den bereits erwähnten Aufgaben der Förderung der Einrichtung von Moscheen und anderen Stätten der Religionsausübung sowie der Einstellung von Imamen und Lehrkräften und deren Aus- und Weiterbildung (§ 2 S. 3 Schura-Satzung). Dies sind zentrale Aufgaben einer Religionsgemeinschaft, die sich nicht auf sachliche Teilaspekte der Religionspflege beschränken. Entsprechendes gilt für die allgemeiner formulierten Aufgaben wie Mitgliederinformation

und Information der Öffentlichkeit, Initiativen zur Förderung des islamischen Lebens, Vertretung islamischer Interessen in der Öffentlichkeit, Abgaben von Stellungnahmen zu allen das Leben und die Tätigkeit der Muslime in Hamburg betreffenden Angelegenheiten, Gremienmitarbeit, Förderung der Zusammenarbeit und Dialog mit anderen Religionen und Weltanschauungen. Diese Aufgaben zeigen, dass nicht einzelne religiöse Aspekte die Aufgabenstellung der Schura ausmachen, etwa lediglich Armenpflege oder Förderung des Schrifttums oder dergleichen, sondern dass es um die allseitige Erfüllung der durch die Religion gestellten Aufgaben geht.

Auffällig ist indes, dass die Schura in Bezug auf die sogenannten Säulen des Islam, also Glaubensbekenntnis, rituelles Gebet, Almosensteuer, Fasten und Pilgerfahrt, keine ausdrücklichen Aufgaben übernimmt, anders als etwa der DITIB-Landesverband für die Pilgerfahrt gemäß § 3 Abs. 1 lit. f der DITIB-Landesverbandssatzung. Hierin kommt indes lediglich der Dachverbandscharakter von Schura zu Ausdruck. Da die genannten Säulen das Verhalten der einzelnen Gläubigen betreffen und einzelne Gläubige gar nicht Mitglieder der Schura sind, ist das Fehlen ausdrücklicher Aussagen dazu mit der Dachverbandsstruktur der Schura erklärbar. Für den hier behandelten Aspekt der Qualität als Religionsgemeinschaft – umfassende Religionspflege – ist entscheidend, dass die gesamte Schura-Verbandsstruktur unter Einschluss der Untergemeinschaften der umfassenden Religionspflege dient und dass der Dachverband nicht etwa nur spezialisierte Teilbereiche wahrnimmt. Ausweislich der genannten Aufgaben geht es aber bereits beim Dachverband selbst um umfassende Religionspflege, soweit sie in einem Dachverband sinnvollerweise verankert werden kann.

Nach § 4 Abs. 1 der Schura-Satzung können alle in Hamburg bestehenden islamischen Gemeinschaften Mitglieder werden, die als e.V. im Vereinsregister eingetragen sind und die die Grundsätze des § 3 der Satzung als verbindlich anerkennen. Da hier lediglich von „islamischen Gemeinschaften“ die Rede ist, ist es nach der Satzung nicht ausgeschlossen, dass auch andere als Träger von Moscheegemeinden Mitglieder der Schura werden. Demgemäß können auch bloße religiöse Vereine, die nur auf Teilaspekte der Religionspflege aus-

gerichtet sind, Mitglieder der Schura werden. Ausweislich der vorgelegten Mitgliederliste gehören neben 32 Moscheegemeinden auch fünf mit Moscheegemeinden verbundene Frauen-, Studenten- und Bildungsvereine sowie vier sonstige Vereine zu den Mitgliedern von Schura. Schon diese Zahl verdeutlicht, dass der Schura-Landesverband überwiegend aus Moscheegemeinden besteht und demgemäß die Religionspflege in vollem Umfang, wie es auch aus der Satzung deutlich wird, die Aufgaben der Schura prägt. Überdies stehen die sonstigen Vereinigungen zum Teil im engen Zusammenhang mit den Moscheegemeinden und kümmern sich um Aspekte bestimmter Gruppen von islamischen Gläubigen – z.B. Frauen, Studenten oder deutschsprachige Muslime. Damit wird der Bezug zur gesamthaften Religionspflege auch bei diesen Vereinigungen deutlich. Wenn eine Vereinigung die besonderen Interessen deutschsprachiger Muslime oder muslimischer Frauen in den Blick nimmt, ist ihr Tätigkeitsbereich selbst nicht auf bestimmte Einzelaspekte der Religionspflege beschränkt, sondern auf die religiösen Bedürfnisse einer bestimmten Mitgliedergruppe. Sie hat damit einen engen Bezug zur gesamthaften Religionspflege, nur eben beschränkt auf eine Personengruppe. Die Zugehörigkeit solcher Gruppen bestätigt die Zielrichtung auf umfassende Religionspflege eher als dass sie sie in Frage stellt.

Insgesamt lässt damit die Mitgliederstruktur des Schura-Landesverbandes ebenfalls erkennen, dass die durch Schura und die Mitgliedsvereine gebildete Struktur die umfassende Religionspflege zum Gegenstand hat und dass diese auch das Vereinsleben vorrangig prägt. Dieses Merkmal des Begriffs der Religionsgemeinschaft wird, soweit es durch rechtliche Erkenntnisse erfassbar ist, durch Schura erfüllt.

3. VIKZ

Die in § 3 Abs. 1 VIKZ-Satzung genannten Tätigkeitsbereiche lassen erkennen, dass sich auch der VIKZ nicht auf Teilbereiche der Religionspflege beschränkt, sondern auf die umfassende Pflege der islamischen Religion ausgerichtet ist. Das wird daraus ersichtlich, dass die Einrichtung und Unterhaltung von Gemeinden, die Unterweisung im islamischen Glauben und der islamischen Lehre,

soziale Aufgaben, die religiöse Vorbereitung von Pilgerfahrten und die Einrichtung von Bildungsstätten zu seinen Aufgaben gehören. Gemeinsam mit der Tätigkeit der Moscheegemeinden, die seine Unterverbände sind, erfüllt der VIKZ damit die wesentlichen Aspekte der Religionspflege, die seinen umfassenden Charakter kennzeichnen.

Dem VIKZ gehören in Hamburg nach seiner Selbstdarstellung vom 07.03.2007 neun selbständige Ortsvereine an. Die Internetpräsentation des VIKZ zählt in einer Gemeindeliste dagegen sieben Unterorganisationen für Hamburg auf. Deren Bezeichnung als „Bildungs- und Kulturzentrum“, oder „Kultur, Bildung und Integration e.V.“ etc. lässt den religiösen Charakter in der Bezeichnung allerdings nicht erkennen. Hier wäre zu empfehlen, dass der islamische bzw. religiöse Charakter deutlicher hervortritt. Dagegen lässt die Tatsache, dass zu den sieben Mitgliedsvereinen in Hamburg auch ein „Jugendbildungsverein Bergedorf e.V.“ gehört, nicht an der umfassenden Religionspflege als Gegenstand des VIKZ zweifeln. Zur Begründung ist auf das oben zur Schura Aufgeführte zu verweisen.

Insgesamt ist aufgrund der vorliegenden Unterlagen nicht eindeutig erkennbar, dass der VIKZ mit seinen Unterverbänden in Hamburg die für eine Religionsgemeinschaft konstitutive Aufgabe der umfassenden Religionspflege erfüllt. Davon ist aber auszugehen, wenn seine Unterverbände Moscheegemeinden sind. Es ist aber empfehlenswert, dass die Konzentration auf die Pflege der Religion gegenüber kulturellen und sozialen Aufgaben in der Satzung deutlicher als bisher hervorgehoben wird.

G. Anforderungen an das Mitgliedschaftsrecht

Aus dem Begriff der Religionsgemeinschaft und seiner verfassungsrechtlichen Funktion lassen sich nur geringe Anforderungen an die Zahl der jeweiligen Mitglieder ableiten. Religionsfreiheit und Selbstbestimmungsrecht sind Freiheiten, die auch kleinen Vereinigungen zustehen. Dafür, diese Rechte vom Erreichen einer bestimmten Mitgliederzahl abhängig zu machen, ist kein vernünftiger, vor dem Gleichheitssatz standhaltender Grund erkennbar. Die Zahl der Mitglieder spielt daher keine entscheidende Rolle. Ob dafür zwei, drei oder sieben Mitglieder, um denkbare Mindestzahlen zu nennen, erforderlich sind, ist für die hier zu untersuchenden Verbände, bei denen die Mitgliederzahl der Unterorganisationen mit heranzuziehen ist, ohne Belang, weil sie diese Mitgliederzahlen ohne weiteres erreichen.

In anderen Zusammenhängen spielen allerdings sowohl die Mitgliederzahlen als auch die Regeln darüber eine Rolle, welche Person im Einzelfall einer Religionsgemeinschaft als Zugehöriger zuzurechnen ist.

So geht das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 23.02.2005 davon aus, dass eine Religionsgemeinschaft, die einen Anspruch auf Religionsunterricht geltend machen will, die in Art. 137 Abs. 5 Satz 2 WRV i.V.m. Art. 140 GG formulierten Voraussetzungen für die Verleihung des Körperschaftsstatus erfüllen muss, d.h. dass sie nach Verfassung und Zahl der Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten muss. Dieses Erfordernis sei angesichts des Aufwands für die Einführung des Religionsunterrichts unverzichtbar und in Art. 7 Abs. 3 GG im Begriff „ordentliches Lehrfach“ angelegt.

BVerwGE 123, 70, siehe auch Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen eines islamischen Religionsunterrichts, Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe 2 der Deutschen Islamkonferenz, erarbeitet für deren Unterarbeitsgruppe, in: Deutsche Islamkonferenz/Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Drei Jahre Deutsche Islamkonferenz (DIK) 2006 – 2009, Berlin 2009, 56 (im Internet unter der Adresse:
http://gsb.download.bva.bund.de/BAMF/DIK/090616_DIK-Broschuere_gesamt_ONLINE.pdf (8.3.2011).

Die Länder haben Mindestschülerzahlen für die Einrichtung des Religionsunterrichts festgelegt. Damit ist auch konkretisiert, was im Hinblick auf die Teilnehmerzahl als „ordentliches Lehrfach“ im Sinne des Art. 7 Abs. 3 GG zu verstehen ist. Für eine Religionsgemeinschaft, deren Mitgliederzahl nicht ausreicht, um die erforderliche Mindestschülerzahl nachhaltig zu erreichen, muss daher auch kein Religionsunterricht eingerichtet werden.

Aber auch jenseits der Frage, ob eine Verpflichtung der Freien und Hansestadt Hamburg besteht, einen Religionsunterricht im Sinne einer bestimmten Religionsgemeinschaft einzurichten, ist die zahlenmäßige Stärke der jeweiligen Religionsgemeinschaft nicht ohne Bedeutung. Sie ist die Grundlage für die Einschätzung, inwiefern eine Gemeinschaft für die betreffende Religion repräsentativ ist, welche Bedeutung und welches Gewicht ihr zukommt und inwiefern daher Anlass besteht, sie in die Meinungsbildung über die Definition der Grundsätze des Religionsunterrichts einzubeziehen, sofern ein solcher angeboten werden soll, ohne dass dem ein Anspruch der muslimischen Gemeinschaften gegenübersteht.

Da der Religionsunterricht, vorbehaltlich der im Art. 7 Abs. 2 GG enthaltenen Abmeldemöglichkeit, für die konfessionsangehörigen Schüler Pflichtfach ist, bedarf es auch aus diesem Grund eindeutiger Regelungen über die Mitgliedschaften einer Religionsgemeinschaft, damit feststellbar ist, für welche Schüler sein Besuch verbindlich ist.

BVerwGE 123, 71.

Dies führt allerdings angesichts der Mitgliederstruktur der Moscheevereine bzw. -gemeinden zu Schwierigkeiten. Es ist nicht unüblich, dass nur eine geringe Zahl von Muslimen einem Moscheeverein angehört, jedenfalls eine sehr viel geringere Zahl, als sich dem Leben der zugehörigen Gemeinde verbunden sieht. Überdies ist oft nur jeweils ein Mitglied einer Familie auch Mitglied eines Moscheevereines. Dessen ungeachtet verstehen sich auch andere Mitglieder der jeweiligen Familien als Zugehörige der entsprechenden Gemeinschaft.

Vgl. Hennig, Muslimische Gemeinschaften im Religionsverfassungsrecht, 2010, 33.

Dementsprechend hat das Bundesverwaltungsgericht betont, dass es für die Zurechnung der Schüler gemäß Art. 7 Abs. 3 GG nicht auf die formale, vereinsrechtliche Mitgliedschaft ankomme. Vielmehr reiche es auch, wenn mindestens ein Elternteil bzw. ein Erziehungsberechtigter Mitglied sei. Das Gericht hat zudem die Freiheit der Religionsgemeinschaft hervorgehoben, „ein ihrem Selbstverständnis entsprechendes, von der förmlichen Vereinsmitgliedschaft unabhängiges Kriterium für die Zugehörigkeit zu ihnen vorzusehen“.

BVerwGE 123, 72.

Für Dachverbandsorganisationen kommt hinzu, dass es für die mitgliedschaftliche Zurechnung nicht auf die Zugehörigkeit zum Dachverband ankommen kann, sondern für die Zugehörigkeit zu einer der Mitgliedsorganisationen.

Solche Zugehörigkeitsregeln entsprechen aber nur dann den aus der Verfassung, insbesondere der Religionsfreiheit des Art. 4 Abs. 1 und 2 GG abzuleitenden Anforderungen, wenn niemand „einseitig und ohne Rücksicht auf seinen Willen“ als Mitglied einer Religionsgemeinschaft in Anspruch genommen wird.

Vgl. BVerfGE 30, 423.

Von den hier zu untersuchenden Verbänden hat lediglich der DITIB-Landesverband Hamburg durch die in § 7 der DITIB-Landesverbandssatzung vorgesehene Führung eines Registers als Nachweis der Religionszugehörigkeit solche Zugehörigkeitsregelungen getroffen. Da danach ein Eintrag in das Register der Zustimmung des Muslims bedarf, der jederzeit die Löschung seiner Daten aus dem Registerbuch beantragen kann, genügen diese Regeln jedenfalls dem Erfordernis, dass niemand ohne Rücksicht auf seinen Willen als Religionszugehöriger in Anspruch genommen werden darf.

Vgl. Hennig, Muslimische Gemeinschaften im Religionsverfassungsrecht, 2010, 109.

Im Übrigen bedarf es gem. § 7 Abs. 1 Satz 2 der DITIB-Landesverbandssatzung noch der näheren Regelung.

Dagegen haben VIKZ und Schura keine entsprechenden Regelungen über die Zugehörigkeit getroffen, jedenfalls nicht auf Landes- bzw. Bundesverbandsebe-

ne. Diese Verbände kennen in ihren hier untersuchten Satzungen lediglich die vereinsrechtliche Mitgliedschaft. Sofern Schura und VIKZ bzw. die ihnen zugehörigen Gemeinden im Hinblick auf die oben genannten Zwecke (Festlegung der zum Besuch eines Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach Verpflichteten, Nachweis der Mitgliederzahl zur Einschätzung der Repräsentativität) die Zurechnung anderer Personen als der vereinsrechtlichen Mitglieder anstreben, wäre es empfehlenswert, dass sie entsprechende Regelungen schaffen.

H. Einflüsse ausländischer Staaten und der Begriff der Religionsgemeinschaft

Aus dem Begriff der Religionsgemeinschaft und seiner verfassungsrechtlichen Funktion lassen sich keine Einschränkungen dergestalt ableiten, dass die Organisation einer Religion, die in ihrem jeweiligen Herkunftsland Staatsreligion ist, in der Bundesrepublik nicht als vom Staat getrennte Religionsgemeinschaft behandelt werden könnte. Auch die in der Bundesrepublik ansässigen und tätigen Organisationen von Staatsreligionen bzw. Staatskirchen können Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes sein.

Vgl. Hennig, Muslimische Gemeinschaften im Religionsverfassungsrecht, 2010, 92.

Indes gelten für die Bestimmung der Grundsätze des Religionsunterrichts im Sinne des Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG Besonderheiten. Dass die Definition dieser Grundsätze den Religionsgemeinschaften obliegt, ist Ausdruck der Grundsätze der Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften und der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates. Nicht der Staat, d.h. für den Religionsunterricht die Länder, können den Inhalt religiöser Bekenntnisse festlegen, vielmehr muss dies staatsunabhängig durch die Religionsgemeinschaften selbst geschehen. Daraus ergeben sich Besonderheiten für solche Religionsgemeinschaften, die der Einflussnahme ausländischer Staaten unterliegen. Es widerspräche nämlich dem Grundsatz der Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften und der in Art. 7 Abs. 3 GG vorausgesetzten Unterscheidung von Religionsgemeinschaften und Staat, wenn ausländischen Staaten das Recht vermittelt würde, die Grundsätze der Religionsgemeinschaften im Sinne

des Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG zu definieren. Dadurch würde ausländischen Staaten eine Befugnis eingeräumt, die das Grundgesetz der Bundesrepublik verwehrt.

Vgl. Martin Heckel, Vom Religionskonflikt zur Ausgleichsordnung, 2007, 109.

Damit würden sich die Länder in einen Widerspruch zu religionsverfassungsrechtlichen Grundsätzen des Grundgesetzes setzen. Ein Religionsunterricht, dessen Grundsätze nicht Ausdruck religiöser Selbstbestimmung, sondern staatlicher Fremdbestimmung sind (wenn auch die der eines anderen Staates), entspricht nicht dem im Grundgesetz vorgesehenen. Eine Gemeinschaft, die durch einen anderen Staat so beeinflusst wird, dass ihre Grundsätze nicht Ausdruck ihrer religiösen Selbstbestimmung sind, kann daher nicht Kooperationspartner der Länder beim Religionsunterricht sein.

Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen eines islamischen Religionsunterrichts, Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe 2 der Deutschen Islamkonferenz, erarbeitet für deren Unterarbeitsgruppe, in: Deutsche Islamkonferenz/Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Drei Jahre Deutsche Islamkonferenz (DIK) 2006 – 2009, Berlin 2009, 61 (im Internet unter der Adresse:

http://gsb.download.bva.bund.de/BAMF/DIK/090616_DIK-Broschuere_gesamt_ONLINE.pdf (8.3.2011).

Während die Satzungen von VIKZ und Schura keinen staatlichen Einfluss auf diese Gemeinschaften bzw. ihre Unterverbände erkennen lassen, ist dies bei DITIB anders. Nach § 23 der DITIB-Landesverbandssatzung ist der Verband eine Zweigorganisation der DITIB. DITIB ist nach der eigenen Bezeichnung die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“. Diese ist aber eine Einrichtung des türkischen Staates. Darüber hinaus bestehen erhebliche personelle Verbindungen des Landesverbandes mit DITIB. So sind die Mitglieder des DITIB-Vorstandes gleichzeitig auch Mitglieder des Aufsichtsrats des Landesverbandes; der Aufsichtsrat nimmt freilich für den Religionsunterricht keine wesentlichen Funktionen wahr. Indes ergibt sich ein erheblicher Einfluss von DITIB auch auf den religiösen Beirat des Landesverbandes. Dessen Mitglieder werden nämlich vom Religionsrat der DITIB bestimmt. Zum Aufgabenbereich des religiösen Beirats gehört nach § 22 Abs. 1 der DITIB-Landesverbandssatzung die Kontrolle über die Tätigkeit der Religionslehrer. Überdies hat der Beirat das

Recht, gegen alle Entscheidungen des Vorstands, des Vertretungsorgans des DITIB-Landesverbands, Einspruch zu erheben, wenn er der Meinung ist, dass diese Vorstandsbeschlüsse gegen die Lehre des Islam verstoßen. Der Religionsrat der DITIB wiederum, der die Mitglieder des Beirats beruft, besteht aus sieben Mitgliedern, die von einem Gremium gewählt werden, das sich aus den Religionsbeauftragten zusammensetzt, § 13 Abs. 1 und Abs. 2 der DITIB-Satzung. Auch dieser Religionsrat hat Einspruchsrechte gegen Beschlüsse des Vorstands von DITIB und Rechte zur Stellungnahme zu religiösen Themen. Über die Einsetzung der Religionsbeauftragten enthält die DITIB-Satzung keine Regelungen.

Überdies hat DITIB einen Beirat (§ 11 DITIB-Satzung), der aus Religionsbeauftragten besteht und dessen Vorsitzender der Präsident des Amtes für religiöse Angelegenheiten der türkischen Republik ist. Überdies ist der Vorsitzende von DITIB gleichzeitig Botschaftsrat für religiöse Angelegenheiten der türkischen Botschaft in Berlin.

Aus dieser Satzungslage geht für sich nicht zweifelsfrei hervor, ob und inwiefern der türkische Staat Einfluss auf die Definition der religiösen Grundsätze der DITIB nimmt und ob ein solcher Einfluss sich auch auf die Bestimmung der Grundsätze des Religionsunterrichts erstrecken würde. Es ist allerdings auch nicht ausgeschlossen, dass ein solcher, verfassungsrechtlich nicht akzeptabler Einfluss auf die Definition dieser Grundsätze geübt würde. Vor diesem Hintergrund ist es empfehlenswert, dass in der Satzung des DITIB-Landesverbandes verankert wird, dass die Grundsätze des Religionsunterrichts durch eine unabhängige Kommission definiert werden, der keine Amtsträger des türkischen Staates oder von DITIB angehören. Ebenso ist eine Klarstellung zu empfehlen, wonach die Einspruchsrechte der religiösen Beiräte sich nicht auf die Bestimmung der religiösen Grundsätze des Religionsunterrichts erstrecken.

I. Zusammenfassung:

1. Die in den Satzungen der zu begutachtenden Verbände enthaltene Selbstbeschreibung als „Religionsgemeinschaft“ und die in einem ministeriellen Schreiben zur Begründung einer Verwaltungsentscheidung enthaltene Bezeichnung eines der Verbände als „Religionsgemeinschaft“ reichen nicht aus, um die Eigenschaft eines oder aller Verbände als Religionsgemeinschaft zu begründen.
2. Vielmehr müssen die Verbände den Merkmalen des im Grundgesetz vorausgesetzten Begriffs der Religionsgemeinschaft entsprechen. Diese Merkmale sind aus dem Wortsinn und der Funktion des Begriffs „Religionsgemeinschaft“ im Kontext des Grundgesetzes zu entwickeln.
3. Nach der Rechtsprechung muss es sich bei einer Religionsgemeinschaft nicht nur nach der eigenen Behauptung und dem eigenen Selbstverständnis, sondern auch „tatsächlich, nach geistigem Gehalt und äußerem Erscheinungsbild“ um eine Religion und Religionsgemeinschaft handeln. Damit sind nicht nur rechtliche, sondern auch tatsächliche Merkmale angesprochen. Solche tatsächlichen Gegebenheiten können in diesem Rechtsgutachten nicht beurteilt werden. Gegenstand und Grundlage der Begutachtung sind vielmehr allein die Satzungen der Verbände.
4. Die im Grundgesetz und in den vom Grundgesetz in Bezug genommenen Vorschriften der Weimarer Reichsverfassung verwendeten Begriffe „Religionsgemeinschaft“ und „Religionsgesellschaft“ sind gleichbedeutend. Ungeachtet von Kontroversen über Einzelheiten besteht Einigkeit darüber, dass eine Religionsgemeinschaft ein dauerhafter Zusammenschluss von Anhängern einer Religion ist, der der umfassenden Pflege der Religion dient. Diese begriffsprägenden Elemente bedürfen im Hinblick auf islamische Verbände der Konkretisierung.

5. Bei den Verbänden handelt es sich durchweg um Dachverbände, d.h. um Verbände, die ihrerseits aus Verbänden zusammengesetzt sind. Ob auch ein Dachverband als Religionsgemeinschaft zu qualifizieren ist, ist deshalb diskutiert worden, weil eine Religionsgemeinschaft gerade der gemeinschaftlichen Pflege der gemeinsamen Religion der Gläubigen dient. In einem engeren Sinne „Gläubige“ können aber nur Individuen sein. Allerdings ist aus der Freiheit des Zusammenschlusses zu Religionsgemeinschaften (Art. 137 Abs. 2 WRV i.V.m. Art. 140 GG) und aus deren Selbstbestimmungsrecht (Art. 137 Abs. 3 WRV i.V.m. Art. 140 GG) auch das Recht auf Selbstbestimmung über die organisatorische Struktur herzuleiten, das auch die Bildung von Dachverbandsstrukturen einschließt. Entscheidend für die Eigenschaft eines Verbandes als Religionsgemeinschaft ist nicht sein Charakter als Dachverband, sondern ob er in eine Struktur eingebunden ist, die der gemeinsamen Religionspflege der Gläubigen dient.
6. Demgemäß kann nach der im Gutachten zugrunde gelegten Rechtsprechung ein Dachverband Religionsgemeinschaft sein, wenn er nicht auf die Vertretung gemeinsamer Interessen nach außen oder auf die Koordinierung von Tätigkeiten der Mitgliedsvereine beschränkt ist, sondern wenn für die Identität einer Religionsgemeinschaft wesentliche Aufgaben auch auf der Dachverbandsebene wahrgenommen werden.
7. Welche Aufgaben in diesem Sinne für die Identität als Religionsgemeinschaft wesentlich sind, hängt vom Selbstverständnis der jeweiligen Gemeinschaft ab. Da die islamischen Gemeinschaften aus religiösen Gründen keine abschließende, autoritative Entscheidungsbefugnis einzelner Institutionen oder Personen über Lehrfragen anerkennen, ist es für ihre Qualifikation als Religionsgemeinschaft auch nicht entscheidend, dass solche Instanzen auf Dachverbandsebene fehlen. Identitätsstiftend im genannten Sinn können vor diesem Hintergrund bereits die Aufgaben der religiösen Aus- und Fortbildung sowie der wissenschaftliche Pflege der Religion sein.

8. Nach dem Text der Satzungen nehmen die drei untersuchten Verbände solche für die Identität als Religionsgemeinschaft wesentlichen Aufgaben wahr. Die bloße Aufzählung für die Identität wesentlicher Aufgaben in einer Satzung lässt allerdings noch nicht den Schluss auf die Religionsgemeinschaftseigenschaft zu. Vielmehr müssen solche Aufgaben auch tatsächlich erfüllt werden.
9. Aus dem organisatorischen Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften (Art. 137 Abs. 2, 3 WRV i.V.m. Art. 140 GG) ergibt sich, dass die innere Struktur einer Religionsgemeinschaft weitgehend deren eigener Selbstbestimmung nach ihrem Selbstverständnis unterliegt. Da die drei untersuchten Verbände im Vereinsregister eingetragen sind, erfüllen sie unzweifelhaft das für eine Religionsgemeinschaft zu fordernde Mindestmaß an organisatorischer Verfasstheit. Die Vertretungsmacht der Vereinsvorstände gewährleistet die Existenz eines Organs, das gegenüber dem Staat und Dritten die erforderlichen Erklärungen für die Religionsgemeinschaft außenverbindlich abgeben kann. Ein Einspruchsrecht anderer Organe gegenüber den Entscheidungen des Vorstandes ist als intern wirkendes Recht ohne Auswirkungen auf die Vertretung des Vereins im Außenverhältnis zu verstehen.
10. Es gehört zum organisatorischen Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, über ihre territorialen Grenzen und ihre territoriale Gliederung zu entscheiden. Dass der VIKZ nicht auf Landesebene organisiert ist, ist für die Eigenschaft als Religionsgemeinschaft und für seine Fähigkeit, Kooperationspartner der Freien und Hansestadt Hamburg in religionsrechtlichen Angelegenheiten zu sein, ohne Belang.
11. Von anderen Verbänden unterscheiden sich Religionsgemeinschaften dadurch, dass sie sich gerade der Pflege der Religion widmen und nicht anderen Aufgaben wie etwa der Kulturpflege. Trotz der Existenz unterschiedlicher Glaubensrichtungen innerhalb des Islam reicht die Festlegung der Verbände auf „den Islam“ als Glaubensgrundlage aus.

Eine Religionsgemeinschaft muss nicht alle Gläubigen eines Gebietes zusammenfassen. Ebenfalls unschädlich ist die Existenz mehrerer Verbände gleicher Glaubensrichtung. Die gleichzeitige Mitgliedschaft einer einzelnen Moscheegemeinde in zwei Dachverbänden gleicher Glaubensrichtung stellt deren Eigenschaft als Religionsgemeinschaften nicht in Frage.

12. Nach den allgemeinen Aufgabenbeschreibungen der Satzungen widmen sich die hier untersuchten Verbände der Religionspflege. Indes sind in den konkretisierenden Katalogen der Satzungen durchweg auch Tätigkeiten enthalten, die nicht unmittelbar religiöse Zwecke verwirklichen. Überdies weisen alle Satzungen den Verbänden auch kulturelle und soziale Aufgaben zu.
13. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass manche Tätigkeiten von Religionsgemeinschaften einen unterstützenden Charakter für die eigentlich im Vordergrund stehende religiöse Betätigung haben, wie etwa verlegerische und publizistische Aktivitäten oder die Bildungsarbeit. Ferner gibt es Tätigkeiten, die auch von nicht-religiösen Vereinigungen ausgeübt werden, gleichwohl eine spezifisch religiöse Bedeutung oder Ausprägung erlangen können. So sind bei muslimischen Vereinigungen mildtätige Aktivitäten als Konsequenz aus dem religiös fundierten islamischen Gebot der gegenseitigen Hilfe und Solidarität zu verstehen. Sofern bei solchen Aufgaben ein religiöser Bezug erkennbar ist, stellen sie den religiösen Charakter einer Vereinigung nicht in Frage, sondern bekräftigen ihn.
14. Vor diesem Hintergrund sind die drei untersuchten Verbände als Vereinigungen einzustufen, die der Religionspflege dienen. Es ist allerdings empfehlenswert, dass die Pflege der islamischen Religion als Schwerpunkt der Vereinstätigkeit in der Satzung des VIKZ deutlicheren Ausdruck findet. Insbesondere die gleichrangige Aufzählung von sozialen und kulturellen neben den religiösen Diensten in § 3 Abs. 1 und in § 2 Abs. 2 der VIKZ-Satzung können Zweifel daran wecken, dass der VIKZ gerade der Religionspflege dient.

15. Von religiösen Vereinen unterscheiden sich Religionsgemeinschaften dadurch, dass sie der „allseitigen“, d. h. umfassenden Erfüllung der durch das Bekenntnis gestellten Aufgaben dienen. Angesichts der Einbindung der Verbände in eine Dachverbandsstruktur ist es unschädlich, wenn der umfassende Charakter nicht allein auf der Dachverbandsebene verwirklicht wird. Vielmehr ist dabei die gesamte Dachverbandsstruktur mit der zugrundeliegenden Aufgabenteilung in den Blick zu nehmen.
16. Die hier untersuchten Dachverbände haben – jedenfalls auch – Moscheevereine bzw. –gemeinden als Mitgliedsverbände. Da das religiöse Leben überwiegend auf Gemeindeebene stattfindet, ist dies ein Indiz dafür, dass durch diese Mitgliedschaft die Ausrichtung auf die umfassende Religionspflege gewährleistet ist. Das gilt jedenfalls dann, wenn sich die Moscheevereine nicht auf den bloßen Bau und den Bauunterhalt der jeweiligen Moscheen beschränken, sondern der umfassenden Pflege des Gemeindelebens dienen. Sofern dies der Fall ist, sollte es gegebenenfalls in den Satzungen der Mitgliedsgemeinden zum Ausdruck kommen, wie es bereits jetzt in der DITIB-Gemeindsatzung der Fall ist.
17. Dachverbandsorganisationen, die aus religiösen Vereinen und örtlichen Kultusgemeinden zusammengesetzt sind, sind dann keine Religionsgemeinschaften, wenn sie nicht durch letztere, von den fachorientierten Vereinigungen beherrscht werden. Nach den vorliegenden Unterlagen werden Schura und der DITIB-Landesverband von den örtlichen Moscheegemeinden geprägt und erfüllen diese Voraussetzung für die Eigenschaft als Religionsgemeinschaft, sofern das tatsächliche Verbandsleben diesen Unterlagen entspricht. Im Fall des VIKZ geht aus den Unterlagen nicht eindeutig hervor, ob seine Mitgliedvereine überwiegend Moscheegemeinden sind und das Verbandsleben prägen. Sollte das der Fall sein, erfüllt auch der VIKZ diese Voraussetzung für die Eigenschaft als Religionsgemeinschaft.
18. Aus dem verfassungsrechtlichen Begriff der Religionsgemeinschaft und seiner Funktion lassen sich nur geringe Anforderungen an die Zahl der jeweiligen Mitglieder ableiten. Diese werden durch die untersuchten Ver-

bände ohne weiteres erfüllt. Allerdings spielen im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht gem. Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG sowohl die Mitgliederzahlen als auch die Regeln darüber eine Rolle, welche Person im Einzelfall einer Religionsgemeinschaft als Zugehöriger zuzurechnen ist. Die vereinsrechtliche Mitgliedschaft ist bei den untersuchten muslimischen Verbänden kein sachgerechter Anknüpfungspunkt für die Ermittlung der Mitgliederzahl und der individuellen Zugehörigkeit. Die Verbände sollten daher ihrem Selbstverständnis entsprechende Regelungen für die Zugehörigkeit entwickeln. Diese müssen gewährleisten, dass niemand „einseitig und ohne Rücksicht auf seinen Willen“ als Mitglied einer Religionsgemeinschaft in Anspruch genommen wird.

19. Von den hier untersuchten Verbänden hat lediglich der DITIB-Landesverband Hamburg durch die in § 7 der DITIB-Landesverbandsatzung vorgesehene Führung eines Registers als Nachweis der Religionszugehörigkeit solche Zugehörigkeitsregelungen getroffen.
20. Auch die in der Bundesrepublik ansässigen und tätigen Organisationen von Staatsreligionen bzw. Kirchen können Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes sein. Indes widerspräche es dem Grundsatz der Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften und der in Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG vorausgesetzten Unterscheidung von Religionsgemeinschaften und Staat, wenn ausländischen Staaten das Recht vermittelt würde, die Grundsätze der Religionsgemeinschaften im Sinne des Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG zu definieren. Ausländische Staaten dürfen daher keinen Einfluss auf die Definition dieser Grundsätze nehmen. Nach den Satzungen von DITIB und des DITIB-Landesverbands ist ein solcher Einfluss von Organen des türkischen Staates allerdings nicht ausgeschlossen. Insofern ist eine Änderung dieser Satzungen empfehlenswert.

Erlangen, den 9. März 2011



(Professor Dr. Heinrich de Wall)

Dokumentenanhang

zum

Rechtsgutachten

über die Eigenschaft von

„DITIB Landesverband Hamburg e.V.“

„SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.“

und

„Verband der Islamischen Kulturzentren“ e.V. Köln

als Religionsgemeinschaften und weitere Aspekte ihrer Eignung als
Kooperationspartner der Freien und Hansestadt Hamburg in
religionsrechtlichen Angelegenheiten

erstellt im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg

von

Dr. Heinrich de Wall

o. Professor für Kirchenrecht, Staats- und Verwaltungsrecht an der
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

am 9. März 2011

Inhalt

DITIB

1. Satzung des Vereins DITIB-Landesverband Hamburg in der Fassung der Änderung vom 28.06.2009 (DITIB-Landesverbandssatzung),
2. Mustersatzung für die DITIB-Gemeinden nach dem Stand 1/2009 (DITIB-Gemeindesatzung)
3. Satzung der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (D.I.T.I.B.) Köln“ mit dem Stand vom 08.11.2009 (DITIB-Satzung)
4. Entwurf für eine geänderte Satzung des DITIB-Landesverbands vom 11.10.2010
5. Entwurf für eine (neue) Satzung der DITIB-Gemeinden vom 14.11.2010.

Schura

6. Satzung mit dem Stand der Änderung vom 18.04.2010
7. Mitgliederliste

VIKZ

8. Satzung des Verband der islamischen Kulturzentren e.V., Köln.



1

aktuell!

SATZUNG DES VEREINS

DITIB-LANDESVERBAND HAMBURG

§ 1 – Gründung, Name und Sitz des Verbandes

- (1) Der DITIB-Landesverband Hamburg in dieser Satzung als Verband bezeichnet, wurde am 07.02.2009 gegründet.
- (2) Der Verband hat seinen Sitz in Hamburg.
- (3) Der Verband wird in das Vereinsregister beim Amtsgericht Hamburg eingetragen und trägt fortan den Namen „DITIB-Landesverband Hamburg e.V.“
- (4) Definitionen:
 - Unter „DITIB“ versteht diese Satzung den Dachverband „Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion“, der im Vereinsregister beim Amtsgericht Köln unter der Nummer VR-8932 eingetragen ist;
 - Mit „Verband“ bezeichnet die Satzung den DITIB-Landesverband Hamburg,
 - Mit „Gemeinden“ die Vereine, die im Tätigkeitsbezirk des Verbands bei der DITIB als Mitgliedsverein eingetragen sind und die unmittelbar und umfassend die Ausübung der islamischen Religion verwirklichen.
- (5) Der Verband ist eine Religionsgemeinschaft.

§ 2 – Zweck des Verbands

- (1) Der Verband ist im Bundesland Hamburg eine islamische Religionsgemeinschaft im Sinne von Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 136 ff. WRV und Art. 7 Abs. 3, S. 2 GG, die unmittelbar und mittelbar der umfassenden Glaubensverwirklichung dient und sich dem Erhalt sowie der Vermittlung und Ausübung der islamischen Religion widmet. Er hat seine Mitglieder umfassend bei der Erfüllung der religiösen Aufgaben und Pflichten zu unterstützen, sie zu betreuen, ihre Interessen zu koordinieren und nach Außen zu vertreten.
- (2) Weiterer Zweck des Verbands ist die gerichtliche und außergerichtliche Wahrnehmung und Vertretung der Mitglieder gegenüber natürlichen und juristischen Personen sowie staatlichen Stellen und Institutionen. Ferner bietet er religiöse, soziale, kulturelle Dienste sowie Bildungsangebote und kontrolliert, koordiniert und unterstützt die Aktivitäten der Gemeinden. Zu diesem Zweck betreut und fördert der Verband die Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander, sowie mit der DITIB und unterstützt und fördert die Gründung neuer Gemeinden.

§ 3 – Tätigkeiten des Verbands

- (1) Die Zielsetzung und der Zweck des Verbandes werden insbesondere durch die Umsetzung nachfolgender Maßnahmen und Aufgabenstellungen verwirklicht:
 - a) den Erhalt und die Verkündung der islamischen Religion und die Vertretung der Interessen der Gemeinden und ihrer Mitglieder im Bundesland Hamburg;

- b) die Gründung von Universitäten, Fakultäten, Bekenntnis- und Berufsschulen, Internaten, Instituten, Bibliotheken und Forschungszentren, um fähige Religionsbeauftragte auszubilden oder Informationen bereitzustellen, die den Musliminnen und Muslimen in religiösen Angelegenheiten dienen. Der Verband kooperiert in diesem Zusammenhang innerhalb und außerhalb vom Bundesland Hamburg mit Institutionen und Einrichtungen, deren Satzungen mit den Prinzipien des Verbandes übereinstimmen.
 - c) das Einrichten von Hilfsfonds, um die Gemeinden zu unterstützen und das Organisieren von Kampagnen für diesen Zweck.
 - d) die Förderung und Unterstützung religiöser Unterweisung für muslimische Kinder, Jugendliche und Erwachsene, sowie die Unterweisung in der islamischen Religion im Rahmen des islamischen Religionsunterrichtes als ordentliches Lehrfach an privaten und öffentlichen Schulen gemäß Art. 7 Abs.3 GG. Zu diesem Zweck erarbeitet und fördert der Verband in Zusammenarbeit mit der DITIB Curricula, Unterrichts- und Fachbücher für den Religionsunterricht und fördert die Verbreitung von islamischer Literatur.
 - e) Hilfe bei der Bestattung und Überführung der verstorbenen Musliminnen und Muslime. Der Verband sorgt, im Rahmen der Möglichkeiten, für die Bereitstellung von muslimischen Friedhöfen und die Pflege dieser Friedhöfe und kooperiert in diesem Zusammenhang mit anderen Institutionen und Einrichtungen, die auf diesem Feld tätig sind.
 - f) das Organisieren von Veranstaltungen zur Aufklärung über die Pilgerfahrt (*hac*) und die Wallfahrt (*umre*). Er organisiert die Durchführung dieser Gottesdienste und kooperiert in diesem Zusammenhang mit den entsprechenden Institutionen und Einrichtungen.
 - g) das Verbreiten von audio-visuellen und gedruckten Informationsmaterialien mit denen der Islam richtig dargestellt werden kann; der Verband bedient sich hierzu aller möglichen Kommunikationsmittel.
- (2) In Anwendung des islamischen Gebots der gegenseitigen Hilfe und der Solidarität leistet er armen, allein stehenden und bedürftigen Menschen Unterstützung und hilft Studenten, sowie Forschern, oder vergibt Stipendien an diese, wobei er weder Religion, noch Sprache, Rasse oder Nationalität unterscheidet. Für diesen Zweck akzeptiert er zweckgebundene Spenden und führt bei Bedarf Hilfskampagnen durch.
- (3) In Anlehnung an das Prinzip des Respekts gegenüber anderen Religionen und Gesinnungen, das sowohl zu den Grundprinzipien des Islam als auch zu den universellen Werten gehört, knüpft der Verband enge Beziehungen zu den Angehörigen aller Religionen, v.a. zu den Christen, die die große Mehrheit der deutschen Gesellschaft bilden. Er legt dabei Wert auf die Bildung und die Erweiterung eines Rahmens, in der ein Dialog stattfinden kann und veranstaltet zu diesem Zweck Tage der offenen Tür, Gebetszeremonien, Seminare, Konferenzen u.ä. Veranstaltungen und arbeitet mit Kirchen und anderen religiösen Einrichtungen zusammen. Der Satzungszweck soll insbesondere verwirklicht werden durch die Förderung von Forschung oder die Beteiligung an den Forschungsprojekten Dritter, durch das Bereitstellen von Publikationen, insbesondere zu Forschungsergebnissen, Veranstaltungen und Projekten, durch das Bereitstellen von Bildungsangeboten, durch Ausstellungen oder durch die Auszeichnung von vorbildlichen Leistungen, Einrichtungen und Projekten für kulturelle und religiöse Verständigung.
- (4) Zur Unterstützung derjenigen, die sich über den Islam informieren wollen, kann der Verband Informationszentren gründen. Für die Bereitstellung von Informationen, die der Gesellschaft dienen, kann er sich verschiedener Mittel bedienen.

§ 4 – Grundprinzipien der Verbandstätigkeit

- (1) Die Werte des Grundgesetzes bilden das Fundament der Verbandsarbeit. Der Verband bekennt sich daher zur Werteordnung nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und zur Verfassung des Landes Hamburg, insbesondere zur Verbindlichkeit von Recht und Gesetz, zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zur Geltung der Grund- und Menschenrechte für Alle und zur Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie zur Religionsfreiheit und zum Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften.
- (2) Der Verband erkennt die Gleichberechtigung der Geschlechter an und lehnt alle Formen, die die Selbstbestimmung der Betroffenen missachtet, jede Art von Unterdrückung und Gewalt gegen die Menschlichkeit und die Geschlechterbenachteiligung entschieden ab. Gleichzeitig fördert er die Partizipation der einzelnen Individuen und hier insbesondere die Teilnahme von Frauen am Vereinsleben.
- (3) Der Verband richtet sich nach der Satzung und den Vereinsprinzipien der DITIB und befolgt bei seinen Aktivitäten Grundprinzipien des Islam wie Gerechtigkeit, Güte, Anständigkeit, Liebe, Respekt, Toleranz, gegenseitige Hilfe und Solidarität. Er negiert jegliche Art von Bosheit und Ungerechtigkeit, jede Art von Terror, Gewalt und Aufruf zur Gewalt.
- (4) Der Verband setzt sich für die Befriedigung religiöser, kultureller und sozialer Bedürfnisse ihrer Mitglieder ein und fördert die Integration der Muslime in die deutsche Gesellschaft unter Bewahrung ihrer Sprache, Kultur, Tradition und ihres Glaubens.
- (5) Nach dem Verständnis des Verbandes stellt in der islamischen Sozialordnung die Familie das Fundament dar. Mit dem Ziel, für ein glückliches Familienleben zu sorgen, fördert der Verband mit seinen Aktivitäten das Bewusstsein der Familien Verantwortung zu übernehmen für Bildung, Erziehung, Pflege und Versorgung.

§ 5 – Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verband verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Die Mittel des Verbands dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Verbands erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Verbands.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Verbands widersprechen oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (5) Bei Auflösung des Verbandes oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an DITIB, dem Verein Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion (D.I.T.I.B) Köln e.V., Venloer Str. 160, 50823 Köln, oder falls dieser Verein nicht mehr besteht, an eine andere vom Stiftungsrat der Diyanet Stiftung (Diyanet Vakfı Mütevelli Heyeti) zu benennende Körperschaft, die religiöse, mildtätige, soziale und kulturelle Zwecke verfolgt und gemeinnützig anerkannt ist. Die begünstigte Körperschaft hat das anfallende Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder religiöse Zwecke zu verwenden. Die Übertragung des Vermögens bedarf der Zustimmung der zuständigen Finanzverwaltung.

§ 6 – Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Verbands ist das Kalenderjahr.

§ 7 – Nachweis der Religionszugehörigkeit

- (1) Nach der islamischen Lehre ist eine Registerführung als Nachweis der Religionszugehörigkeit unbekannt. Die öffentliche Verwaltungspraxis erfordert es jedoch, dass die Zugehörigkeit zu einer

Glaubensgemeinschaft durch eine Urkunde nachgewiesen wird. Ausschließlich zu diesem Zweck richtet der Verband in allen Gemeinden ein Registerbuch ein. Die näheren Bestimmungen regelt eine besondere vom Religiösen Beirat erlassene Registerordnung.

- (2) Einträge in das Registerbuch bedürfen der Zustimmung des Muslims. Eingetragene Muslime können jederzeit die Löschung ihrer Daten aus dem Registerbuch beantragen.
- (3) Auszüge aus dem Register sollen ausschließlich für den Nachweis der Religionszugehörigkeit dienen.

§ 8 – Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Verbandes können natürliche und juristische Personen werden. Über den Antrag entscheidet der Vorstand.
- (2) Die Mitgliedschaft beim Verband erlangen Muslime im Tätigkeitsbezirk des Verbandes mit Eintragung ins Muslimregister.
- (3) Mitglieder sind zudem alle Gemeinden im Tätigkeitsbezirk des Verbandes, die auch Mitglied bei der DITIB sind und die Mitgliedschaft beim Verband beantragen.
- (4) Die im Tätigkeitsbezirk des Verbandes hauptamtlich tätigen Imame der Gemeinden können für die Dauer ihres Amtes Mitglied des Verbandes als Mitglied aufgenommen werden.

§ 9 – Fördermitgliedschaft

- (1) Muslime, die nicht Mitglied einer Gemeinde sind, können formlos als Fördermitglieder aufgenommen werden. Voraussetzung hierfür ist nur ein Eintrag im Registerbuch bei der örtlich zuständigen Moscheegemeinde.
- (2) Fördermitglieder haben bei der Mitgliederversammlung Rederecht, jedoch kein Antrags- und kein Stimmrecht.

§ 10 – Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet

- a) mit Beendigung der Mitgliedschaft bei einer Gemeinde;
- b) durch den Tod;
- c) durch Verlegung des Wohnsitzes außerhalb der Grenzen des Tätigkeitsbezirks des Verbandes;
- d) bei Imamen: Mit Beendigung des Amtes
- e) bei Gemeinden: Mit Beendigung der Mitgliedschaft bei der DITIB

- (2) Die Mitgliedschaft kann, im Falle eines Vergehens gegen die Vorschriften des Islams und bei Verstößen gegen diese Satzung, durch Ausschlussbeschluss des Vorstandes oder des Aufsichtsrats enden.
- (3) Wird ein natürliches oder juristisches Mitglied per Beschluss aus dem Verband ausgeschlossen, kann er gegen diesen Beschluss, innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung Widerspruch einlegen. Über den Ausschluss entscheidet dann verbindlich die nächste Mitgliederversammlung des Verbandes.
- (4) Ist der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein beschlossen, erlöschen alle seine Rechte, mit Ausnahme seiner rechtlichen Forderungen und Verbindlichkeiten.

- (5) Das Ruhen der Mitgliedschaft ist vom Vorstand anzuordnen, wenn das Mitglied mit fortlaufenden sechs Monatsbeiträgen im Rückstand ist und den Rückstand trotz Mahnung und einer Frist von 14 Tagen nicht ausgleicht. Dieser Beschluss wird dem Mitglied schriftlich mitgeteilt. Durch Zahlung der rückständigen Mitgliedsbeiträge lebt die Mitgliedschaft nach einer Wartezeit von 30 Tagen wieder auf. Mitgliedschaftsrechte, die während der Dauer der ruhenden Mitgliedschaft entstanden sind, können im Nachhinein nicht geltend gemacht werden.

§ 11 – Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft

- (1) Jedes Mitglied ist dazu verpflichtet, sich entsprechend dem Zweck und den Prinzipien, die in dieser Satzung aufgeführt sind, zu verhalten und zu äußern und sich von Worten und Taten fernzuhalten, die dem Verband Schaden zufügen könnten. Ferner ist jedes Mitglied dazu verpflichtet, seine Pflichten als Mitglied zu erfüllen.
- (2) Alle Mitglieder profitieren im selben Maße von den Dienstleistungen und den Einrichtungen des Verbands.
- (3) Mitgliedsbeiträge entrichten nur die Gemeinden. Jede Gemeinde zahlt pro Gemeindemitglied einen monatlichen Mitgliedsbeitrag. Jede Gemeinde ist dazu verpflichtet, den Beitrag, der von der Mitgliederversammlung des Verbandes bestimmt wird, monatlich im Voraus zu zahlen.
- (4) Die Gemeinden haben die vollständigen Mitgliederlisten aus ihrer letzten Mitgliederversammlung vorzulegen.

§ 12 – Ausübung der Mitgliedschaftsrechte

- (1) Die Mitglieder des Verbandes üben ihre Mitgliedschaftsrechte durch Delegierten aus, dies gilt aber nicht für die Gründungsversammlung. Die Vorstandsvorsitzenden der Gemeinden sind kraft ihres Amtes geborene Mitglieder der Gründungsversammlung. Die Vorstandsvorsitzenden können sich durch ein anderes Vorstandsmitglied vertreten lassen.
- (2) Der hauptamtlich tätige Imam einer Gemeinde ist geborener Delegierter.
- (3) Die Delegierten werden in den Delegiertenwahlversammlungen der jeweiligen Gemeinden für eine Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Wahlergebnisse sind dem Vorstand mindestens 6 Wochen vor der Mitgliederversammlung bekannt zu gegeben. Das nähere regelt eine vom Aufsichtsrat erlassene Delegiertenwahlordnung. Die Anzahl der Delegierten richtet sich nach der Größe der Gemeinde. Gemeinden mit bis zu 200 Mitgliedspersonen entsenden einen Delegierten, Gemeinden mit mehr als 201 Mitgliedspersonen entsenden zwei Delegierte, worunter eine Frau sein sollte. Die gewählten Delegierten nehmen in der Mitgliederversammlung auch gleichzeitig die Mitgliedschaftsrechte ihrer Gemeinden wahr.
- (4) Für die Bestimmung der Delegiertenanzahl aus den jeweiligen Gemeinden werden die Mitgliederzahlen zugrunde gelegt, für die die Gemeinde in den letzten drei Monaten vor der Mitgliederversammlung Beiträge entrichtet hat.
- (5) Delegierte, deren Gemeinden ihre Beiträge nicht entrichtet haben, erhalten in der Versammlung kein Rede- und Stimmrecht.

§ 13 – Organe des Verbands

- (1) Mitgliederversammlung
- (2) Vorstand
- (3) Aufsichtsrat
- (4) Religiöser Beirat

§ 14 – Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das höchste Beschluss- und Beratungsorgan des Verbandes. Sie setzt sich aus den gewählten Delegierten und den Imamen zusammen.
- (2) Die Mitgliederversammlung kann sowohl ordentlich, als auch außerordentlich einberufen werden.
- (3) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet alle zwei Jahre statt. Sie ist vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von einem Monat und unter Angabe der Tagesordnungspunkte schriftlich einzuberufen. Die Einladung wird an die letzte bekannte Anschrift des Delegierten versandt.
- (4) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand einzuberufen, wenn
 - a) das Interesse des Verbandes es erfordert;
 - b) der Aufsichtsrat oder der Religiöser Beirat dies schriftlich beantragen,
 - c) mindestens $\frac{1}{4}$ der Delegierten oder $\frac{1}{4}$ der Mitglieder die Einberufung schriftlich und unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangen.

Für Form und Fristen der Einladung gilt Abs. 3 entsprechend.

§ 15 – Zusammenkunft der Mitgliederversammlung

- (1) Die Sitzung wird, nach der Überprüfung der Anwesenden, vom Vorsitzenden des Verbandes oder von einem Vorstandsmitglied eröffnet.
- (2) Für die Leitung der Mitgliederversammlung werden, aus der Mitte der Mitglieder, oder der Gäste ein Versammlungsleiter und zwei Protokollführer gewählt.
- (3) Der Versammlungsleiter kann alle möglichen gesetzlichen Maßnahmen treffen, um für Ruhe, Sicherheit und Gerechtigkeit in der Mitgliederversammlung zu sorgen. Die Mitgliederversammlung bestimmt die Art und Weise der Abstimmung.
- (4) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der Delegierten und ein weiterer Delegierter anwesend sind. Sollte diese Quote nicht erreicht werden, tritt die Mitgliederversammlung mindestens zwei Wochen später und mit derselben Tagesordnung wieder zusammen, ohne auf die Mehrheitsverhältnisse zu achten. Auf diese Möglichkeit ist in der Einladung hinzuweisen.
- (5) Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von den Protokollführern und vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist.

§ 16 – Aufgaben und Befugnisse der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:
 - a) Erörterung der Tätigkeits- und Rechnungsberichte des Vorstandes, der Revisoren und des Aufsichtsrates,
 - b) Entlastung des Vorstandes,
 - c) Wahl der Vorstandsmitglieder und der Reservemmitglieder. Der Aufsichtsrat empfiehlt für die Besetzung der Vorstandsämter jeweils mindestens zwei Kandidaten. Die Vorstandsmitglieder werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen der in der Mitgliederversammlung Stimmberechtigten gewählt.
 - d) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und die Bestimmung der Zahlweise,
 - e) Satzungsänderungen,
 - f) Auflösung des Verbandes,
 - g) Entscheidung über Widersprüche gegen Ausschlussbeschlüsse der Mitglieder.

- (2) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse durch einfache Mehrheit. Dies gilt nicht für Satzungsänderungen und Anträge zur Auflösung des Verbandes; zur Satzungsänderung ist eine Mehrheit von 2/3 und zur Auflösung des Verbandes eine Zustimmung der Mehrheit von 3/4 der erschienenen Delegierten notwendig. Die Satzungsänderung bzw. der Auflösungsbeschluss ist nur wirksam, wenn der Aufsichtsrat zustimmt.
- (3) Die Mitgliederversammlung entscheidet über die Einsprüche des Religiösen Beirates gegen die Beschlüsse des Vorstandes.

§ 17 – Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus sieben Personen und wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt.
- (2) Der Vorstand wählt in seiner ersten Sitzung aus seiner Mitte den Vorsitzenden, den Stellvertretenden Vorsitzenden, einen Buchhalter, einen Sekretär und drei Beisitzer. Der Vorsitzende und der Stellvertretende Vorsitzende sollten der deutschen Sprache mächtig sein.
- (3) Eine Mitgliedschaft im Vorstand endet mit dem Tod oder mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei einer Gemeinde. Die freigewordene Stelle wird mit dem Reservevorstandsmitglied besetzt, das an erster Stelle steht.
- (4) Auf Vorschlag des Vorstands und mit Zustimmung des Aufsichtsrates kann eine Person mit der laufenden Geschäftsführung beauftragt werden. Dies geschieht durch einen schriftlichen Vertrag, der die Aufgaben, die Pflichten und die Vollmacht dieser Person regelt. Der Geschäftsführer ist an die Weisungen des Vorstandes gebunden. Er ist berechtigt an den Vorstandsversammlungen mit beratender Stimme teilzunehmen. Er hat jedoch kein Stimmrecht.

§ 18 – Aufgaben und Befugnisse des Vorstandes

- (1) Der Vorsitzende bzw. sein Stellvertreter vertreten gemeinsam mit einem weiteren Vorstandsmitglied den Verband gerichtlich und außergerichtlich.
- (2) Der Vorstand ist das Exekutivorgan des Verbandes und dafür zuständig, im Rahmen der Gesetze die in der Satzung genannten Zwecke zu erfüllen.
- (3) Der Vorstand kann bei Bedarf verschiedene Kommissionen und Arbeitsgruppen einberufen, um die in dieser Satzung genannten Ziele zu verwirklichen.
- (4) Er tritt mindestens einmal im Monat zusammen, um die Themen zu erörtern, die auf der Tagesordnung stehen und fasst Beschlüsse hierüber.
- (5) Der Vorstand kann vom Vorsitzenden, oder von mindestens vier Vorstandsmitgliedern einberufen werden.
- (6) Die Vorstandsversammlungen werden vom Vorsitzenden, in seiner Abwesenheit vom Stellvertretenden Vorsitzenden geleitet.
- (7) Beschlussfähig ist der Vorstand erst mit der Anwesenheit von mindestens 4 Mitgliedern. Beschlüsse werden mit Stimmmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden maßgebend.
- (8) Hat ein Vorstandsmitglied einen Einwand gegen den Beschluss, oder gegen irgendeinen Teil des Beschlusses, kann er unter die schriftliche Ausfertigung des Beschlusses einen Vermerk hierzu machen.
- (9) Die Vorstandsmitglieder dürfen die Gespräche der Sitzung nicht in die Öffentlichkeit tragen oder Dokumente und Informationen hierüber weitergeben. Mitglieder, die aus irgendeinem Grund ausscheiden, müssen alle Unterlagen und Dokumente dem Vorstand aushändigen und ein Übergabeprotokoll hierzu unterschreiben.

§ 19 – Aufsichtsrat

Die Mitglieder des DITIB-Vorstandes sind gleichzeitig auch Mitglieder des Aufsichtsrats. Sie können sich vertreten lassen.

§ 20 – Aufgaben des Aufsichtsrats

- (1) Der Aufsichtsrat kontrolliert mindestens einmal im Jahr die Buchführung und die Aktivitäten des Verbands.
- (2) Er erstellt für die Mitgliederversammlung einen Bericht und trägt sie in der Mitgliederversammlung vor.
- (3) Er berät den Vorstand und die Mitgliederversammlung im Bezug auf die Vertretung der Muslime im Tätigkeitsbezirk.

§ 21 – Religiöser Beirat

- (1) Die Mitglieder des Religiösen Beirates und ihre Anzahl werden vom Religionsrat der DITIB -im Bezug auf die Muslime zuständig für Islamfragen und die islamische Lehre im ganzen Bundesgebiet- bestimmt. Bei Bedarf kann der Religionsrat der DITIB die Mitglieder wieder abberufen.
- (2) Die Mitglieder müssen mindestens ein vierjähriges Studium an einer Fakultät oder Hochschule für Islamische Theologie absolviert haben.
- (3) Die Mitglieder des Beirates dürfen an den Vorstandsversammlungen teilnehmen und den Vorstand in religiösen und kulturellen Fragen beraten.

§ 22 – Aufgabenbereich des Religiösen Beirates

- (1) Der Religiöse Beirat kontrolliert die Tätigkeit der Religionslehrer.
- (2) Auf Anfrage äußern sich die Mitglieder des Beirates zu Fragen im Bezug auf die islamische Religion.
- (3) Der Religiöse Beirat ist berechtigt, gegen alle Entscheidungen des Vorstandes in schriftlicher Form Einspruch zu erheben, wenn er der Meinung ist, dass diese Vorstandsbeschlüsse gegen die Lehre des Islam verstoßen. Der Beirat kann beantragen, dass in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der betreffende Vorstandsbeschluss überprüft wird.
- (4) Die Zuständigkeiten und Modalitäten, nach denen der Beirat arbeitet, regelt eine die vom Religionsrat der DITIB erlassene Ordnung.

§ 23 – Mitgliedschaft des Verbands

Der Verband ist eine Zweigorganisation der DITIB, ohne dass hierdurch die rechtliche Selbständigkeit des Verbandes berührt wird. Für weitere Mitgliedschaften des Verbandes ist die Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich.

§ 24 – Auflösung des Verbands

- (1) Die Auflösung des Verbands kann nur in einer Mitgliederversammlung und mit einer Stimmmehrheit von $\frac{3}{4}$ Mehrheit aller erschienenen Delegierten beschlossen werden. Bei der ersten Mitgliederversammlung, die über die Auflösung zu beraten hat, müssen mindestens $\frac{2}{3}$ aller Delegierten anwesend sein. Sollte diese Quote nicht erreicht werden, tritt die Mitgliederversammlung mindestens zwei Wochen später und mit derselben Tagesordnung

wieder zusammen, ohne dabei auf die Mehrheitsverhältnisse zu achten. Auf diese Möglichkeit ist in der Einladung hinzuweisen.

- (2) Für den Fall, dass die Auflösung des Verbandes beschlossen wird, übernehmen die Mitglieder des letzten Vorstandes die Aufgabe als Liquidatoren und sind dafür verantwortlich, dass das Vermögen des Verbands nicht direkt oder indirekt an die Mitglieder übergeht und dafür, dass die Liquidation satzungsgemäß verläuft.

§ 25 – Annahme und Gültigkeit der Satzung

Diese Satzung besteht aus 25 Paragraphen. Sie wurde auf der Gründungsversammlung des Verbandes am 07.02.2009 angenommen und ist seitdem in Kraft. § 8 sowie § 25 wurden in der Mitgliederversammlung am 28.06.2009 geändert.

Versammlungsleiter
Dr. Zekeriya Altug

Protokollführer
Kaya DÜZENLI

Protokollführer
Bayhan Deniz

Dr. Zekeriya ALTUG
Vorsitzender

Murat KAYMAN
2. Vorsitzender

Bayhan DENİZ
Sekretär

Hüsamettin SAHİN
Buchhalter

Fedai İLERİ
Beisitzer

Arife TURAN
Beisitzerin

Sevgi GÜL
Beisitzerin

Gründungsmitglieder und Iname:

DITIB Gemeinden
aktuell ?

SATZUNG

(..... MOSCHEE)

Stand:1/2009

§ 1 - GRÜNDUNGSJAHR, NAME UND SITZ -

- (1) Die Gemeinde wurde am gegründet.
- (2) Die Gemeinde führt den Namen „DITIB- Türkisch Islamische Gemeinde zu“ .Die Gemeinde ist als Verein in das Vereinsregister des Amtsgerichts einzutragen, nach erfolgter Eintragung führt er den Zusatz "eingetragener Verein".
- (3) Im nachfolgenden wird die Gemeinde kurz „Gemeinde“ und der Dachverband, als Verein eingetragen beim Amtsgericht Köln unter VR-8932, die Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V., als „Union“ bezeichnet.
- (4) Die Gemeinde hat ihren Sitz in Tätigkeitsbezirk der Gemeinde ist die Stadt
- (5) Die Gemeinde ist ein Zweigverein der Union.

§ 2 - ZWECK DER GEMEINDE -

- (1) Zweck der Gemeinde ist die Förderung der Religion, Erziehung und Bildung, der Jugendfürsorge, der Mildtätigkeit, der Völkerverständigung sowie der Kultur.
- (2) Die Gemeinde kann im Rahmen des § 58 Nr. 2 AO dem als steuerbegünstigt anerkannten UNION Mittel zuwenden.
- (3) Weiterer Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports, insbesondere die Pflege und Förderung der Leibesübungen und der Sportkameradschaft.
- (4) Bestrebungen und Bindungen konfessioneller, politischer, rassistischer und wirtschaftlicher Art lehnt der Verein ab.

§ 3 - TÄTIGKEITEN ZUR ERREICHUNG DES GEMEINDEZWECKES -

Die Gemeinde darf zur Erreichung des Gemeindezwecks :

- a) die in und Umgebung lebenden türkischen Muslimen und Muslime anderer Nationalitäten in allen Fragen der Religion beraten, sie in religiösen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten aufklären, erziehen und lenken;
- b) zur Erreichung der religiösen, sozialen und kulturellen Betreuung und des geistigen und körperlichen Wohlbefindens Moscheen bzw. Gebets- und Gemeindehäuser errichten, ausstatten und unterhalten, vorhandene Möglichkeiten erweitern bzw. aufrechterhalten; Gottesdienste abhalten;
- c) die Religionsausübung der türkischen Muslime und Muslime anderer Nationalitäten in unterstützen; in Zusammenarbeit mit türkischen und deutschen Behörden Geistliche (Seelsorger / Vorbeter) einstellen und/oder diese in die Vereinsarbeit integrieren;
- d) die Jugendlichen über Fragen der Sucht, insbesondere Drogensucht, beraten und aufklären, entsprechende Maßnahmen oder Einrichtungen errichten und unterhalten, mit anderen staatlichen oder privaten Organisationen zusammenarbeiten, die derartige Arbeit und Bemühungen unterstützen;
- e) im Zusammenarbeit mit deutschen und türkischen Schul- und Kultusbehörden die Erziehung der Kinder, insbesondere die religiöse Erziehung, organisieren, an Problemlösungen mitwirken, im Rahmen der geltenden Gesetze Schul- und Bildungseinrichtungen errichten und unterhalten;
- f) Mittel im Rahmen des § 58 Nr. 2 AO zur Förderung der Bildungs- und Stipendiumsangebote sowie der Doktorantenförderung der UNION zugunsten bedürftiger und begabter Personen weitergeben,

- g) zur Wahrung der religiös-kulturellen und religiös-sozialen Einheitlichkeit die traditionellen Veranstaltungen wie Beschneidungs-, Verlobungs-, Hochzeits-, Fastenbrechen-, und Sahurfeiern (Essen vor Tagesanbruch im Fastenmonat Ramazan) ermöglichen und entsprechende Veranstaltungen durchführen und organisieren, Angehörige des türkischen und deutschen Volkes enger zusammenführen sowie das gegenseitige Verständnis wecken und vertiefen, das Zusammenwachsen sowie die Solidarität beider Gesellschaftsteile fördern, in Zusammenarbeit auch mit Teilen der deutschen Gesellschaft entsprechende Maßnahmen ergreifen und unterstützen;
- h) die Sprache und die Bildung in Zusammenarbeit mit türkischen und deutschen Behörden durch Seminare, Konferenzen und Berufsausbildungs- oder Sprachkursen, Schulen und Kindergärten islamischen Bekenntnisses fördern, errichten und unterhalten;
- i) zur Erleichterung der Verwirklichung der besseren Verständigung und der friedlichen Koexistenz der den verschiedenen Glaubensrichtungen angehörigen Menschen Vorkehrungen treffen und Maßnahmen, wie Organisation von Begegnungstagen, Tag der offenen Tür, Seminare, Ausstellungen, Ausflüge, gemeinsames Wandern, durchführen, sich an solchen Maßnahmen beteiligen, den interreligiösen Dialog fördern, die Begegnungen der Religionen mit dem Ziel, bei allen Menschen Verständnis für gegenseitige Achtung, Liebe und Freundschaft mit den Angehörigen auch der anderen Religionen ohne Unterscheidung nach Rasse, Nationalität und Kultur, fördern, entsprechende Maßnahmen durchführen und an solchen teilnehmen;
- j) denjenigen, die sich für die islamische Religion interessieren, die Grundlagen der islamischen Religion vermitteln, solchen Personen die Möglichkeit der Führung durch die Gebetsräume ermöglichen;
- k) eine öffentliche Bibliothek errichten, ausstatten und unterhalten, vorhandene Bibliotheken erweitern und aufrechterhalten, solche Bibliotheken der Öffentlichkeit ohne Entgelt zur Verfügung stellen; Bücher, Zeitschriften, Bulletins und Kalender sowie Drucksachen, Videobänder, Kassetten und ähnliche Ton- und Fernsehbilder und Datenträger erstellen, vervielfältigen und ausschließlich zu Informations- und Aufklärungszecken ohne Entgelt verteilen;
- l) im Tätigkeitsbezirk religiöse und kulturelle Konferenzen, Seminare, Tagungen, Podiumsgespräche organisieren, Bildungs- und Sportwettbewerbe veranstalten, erfolgreiche und/oder verdiente Personen auszeichnen;
- m) Hilfskampagnen für durch Feuer oder Naturkatastrophen betroffenen Opfer, Obdachlose oder deren nahe Angehörige durchführen und hierzu bestimmte Spenden sammeln und verwalten sowie bestimmungsgemäß die gesammelten Spenden an die Opfer und Angehörigen weiterleiten, in diesem Bereich mit der UNION zusammenarbeiten, andere Hilfskampagnen unterstützen;
- n) im Zusammenarbeit mit der UNION religiöse Spenden (Fitre - Zekat) sammeln und bestimmungsgemäß an bedürftige Personen im Sinne des § 53 der Abgabenordnung weiterleiten;
- o) im Tätigkeitsbezirk der Gemeinde verstorbenen Menschen islamischen Bekenntnisses in der Bestattung und Pflege des Andenkens des Verstorbenen nach islamischen Riten aufklären, die Angehörigen der Verstorbenen religiös betreuen, Todesandachten organisieren;
- p) bei der Organisation und Vorbereitung der Pilgerfahrten nach Mekka (Hadj und Umre) durch Seminare, Bildungskurse und vorbereitende Gebete und Andachten den Pilgern Hilfe leisten, mit anderen Organisation, insbesondere mit der UNION eng zusammenarbeiten;
- q) mit anderen Organisationen, vorwiegend mit dem Amt für religiöse Angelegenheiten der Republik Türkei und der UNION sowie der Diyanet Stiftung in Ankara zur Verwirklichung der Gemeindezwecke zusammenarbeiten. Bei der Zusammenarbeit sind die Grundsätze des § 58 Nr. 1 AO einzuhalten.
- r) der Satzungszweck Sport wird verwirklicht insbesondere durch Bekämpfung des Drogenmissbrauchs, des Lärms, Errichtung von Sportanlagen, sportliche Übungen und Leistungen.

§ 4 - GRUNDSÄTZE DER GEMEINDEARBEIT -

Die Gemeinde übt ihre Gemeindetätigkeit im Rahmen folgender Kriterien aus :

- a) die Gemeinde verfolgt ausschließlich Ziele, die mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung der Republik Türkei in Einklang stehen und nicht

verfassungsfeindlich sind. Sie erkennt die freiheitlich - demokratische Grundordnung als Basis ihrer Aktivitäten an;

- b) die Gemeinde ist überparteilich organisiert; Kontakte mit anderen Organisationen, Parteien oder Personen, die die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland oder eines anderen Staates bekämpfen, dürfen nicht unterhalten werden; auch dürfen Werbungen, Informationsschriften, Bücher etc. für verfassungsfeindliche Organisationen oder Parteien in den Gemeinderäumen nicht verteilt werden; ebenso dürfen Vertreter dieser Organisationen oder Parteien in den Gemeinderäumen oder von der Kanzel nicht reden oder predigen; solchen Personen ist der Zutritt zu den Gemeinderäumen zu verweigern oder Hausverbot zu erteilen;
- c) die Gemeinde setzt sich für einen weltoffenen und liberalen Islam ein, insbesondere achtet sie bei der Gemeindefarbeit auf die Grundsätze der Freundschaft, Achtung, Nachsicht, Toleranz und Solidarität der Menschen untereinander und mit Angehörigen anderer Glaubensrichtungen; sie hält sich von jeglichem Fanatismus fern und wird Mitglieder, die sich an diese Grundsätze nicht halten, vom Verein ausschließen;
- d) die Gemeinde hat in ihrer Tätigkeit die Grundsätze der Gleichbehandlung der Mitglieder zu beachten.

§ 5 - GEMEINNÜTZIGKEIT -

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

§ 6 - GESCHÄFTSJAHR -

Das Geschäftsjahr der Gemeinde ist das Kalenderjahr.

§ 7 - MITGLIEDER -

Mitglied der Gemeinde können nur natürliche Personen werden. Die Gemeinde hat ordentliche, außerordentliche und Ehrenmitglieder.

§ 8 - ORDENTLICHE MITGLIEDER -

Die ordentliche Mitgliedschaft kann zur Erreichung Gemeindefzwecke durch geschäftsfähige Personen beantragt werden, die

- a) im In- und Ausland nicht erheblich vorbestraft sind, und
- b) sich verpflichten die Mitgliedsbeiträge zu zahlen, sowie
- c) durch zwei ordentliche Mitglieder der Gemeinde zur Mitgliedschaft schriftlich vorgeschlagen werden und der Antrag mit den persönlichen Angaben unterschrieben ist.

§ 9 - EHRENMITGLIEDER -

- (1) Durch Beschluß des Vorstandes können Personen, die nicht ordentliche Mitglieder sind um die den Gemeindefzwecken fördernde Angelegenheiten besondere Verdienste erworben haben, die Ehrenmitgliedschaft verliehen werden.
- (2) Ehrenmitglieder haben, ohne ein Wahlrecht inne zu haben, Rede- und Anwesenheitsrecht.

§ 10 - EHRENVORSITZENDER -

Der zuständige Attaché für soziale und religiöse Angelegenheiten ist gleichzeitig kraft Amtes der Ehreuvorsitzende der Gemeinde. Er kann an den Vorstandsversammlungen mit Redeberechtigung teilnehmen.

§ 11 - AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDER -

Türkische Bürger, die ihren ständigen Wohnsitz in den Grenzen der Gemeinde haben, können formlos mit Zustimmung des Vorstandes die außerordentliche Mitgliedschaft erwerben, sowie an den Vereinsangeboten teilnehmen und für die Verwirklichung der Vereinszwecke freiwillig Spenden

leisten. Außerordentliche Mitglieder haben weder Stimm-, noch eine Rede- oder Wahlberechtigung in den Angelegenheiten der Gemeinde.

§ - 12 ERWERB DER MITGLIEDSCHAFT -

- (1) Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag, der an den Vorstand gerichtet werden muß. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach freiem Ermessen. Bei Ablehnung des Antrages ist er nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen.
- (2) Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft erkennt das Mitglied die Satzung für ihn als bindend an.

§ 13 - RECHTE UND PFLICHTEN DER MITGLIEDER -

- (1) Alle Mitglieder können die Dienstleistungen und Einrichtungen der Gemeinde gleichberechtigt in Anspruch nehmen.
- (2) Die Mitglieder können an der Mitgliederversammlung persönlich teilnehmen, oder sich vertreten lassen. Ein Mitglied kann nur ein Mitglied vertreten, es sei denn, es handelt sich um eine schriftliche Bevollmächtigung eines Verwandten 1. Grades oder eines Ehegatten. In der Mitgliederversammlung haben nur ordentliche Mitglieder Stimm- und Rederecht. Beobachter der UNION sowie andere Vertreter staatlicher Organisationen haben in der Mitgliederversammlung Rederecht.
- (3) Die Mitgliedsbeiträge sind durch die ordentliche Mitglieder im Voraus zu zahlen. Auf Wunsch können sie ihre Beiträge für das laufende Jahr durch eine Einmalzahlung im Voraus leisten. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt und beträgt derzeit mindestens 10,00 EURO. Die Mitglieder können auch höhere als die festgesetzten Beiträge leisten.
- (4) Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Gemeindegzwecke zu fördern und jegliche Handlungen, die geeignet sind, die Verwirklichung der Gemeindegzwecke zu gefährden, zu unterlassen.

§14 - BEENDIGUNG DER MITGLIEDSCHAFT -

Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Ausschluß, Streichung von der Mitgliederliste oder Austritt aus dem Verein.

§ 15 - AUSTRITT DER MITGLIEDER -

- (1) Die Mitglieder sind zum Austritt aus dem Verein berechtigt.
- (2) Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Der Austritt kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten erklärt werden.

§ 16 - AUSSCHLUSS DER MITGLIEDER -

- (1) Ein Mitglied kann durch Beschluß des Vorstandes nach Einholung des Einvernehmens des Beirates von der Mitgliedschaft in folgenden Fällen ausgeschlossen werden,
 - a) bei Nachweis eines unehrlichen, unehrenhaften, schändlichen oder unmoralischen Verhaltens,
 - b) bei Vorliegen eines Verhaltens, das der Gemeinde einen materiellen und/oder geistigen Schaden zufügt,
 - c) bei Vernachlässigung der Mitgliedspflichten, Zuwiderhandlungen gegen die Gemeindegatzung, Verhalten, das den Gemeindegzundsätzen widerspricht sowie die Einheit und Geschlossenheit stört.
- (2) Gegen den Ausschließungsbeschluß kann das Mitglied Widerspruch beim Beirat erheben. Hilft der Beirat dem Widerspruch nicht ab, so kann das Mitglied eine endgültige Entscheidung durch die Mitgliederversammlung verlangen. In diesem Falle entscheidet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung durch Mitgliederbeschluß über den Ausschluß des Mitglieds aus dem Verein.
- (3) Ausgeschlossene Mitglieder verlieren sämtliche Ansprüche gegenüber der Gemeinde, ihnen werden die gezahlten Mitgliedsbeiträge nicht erstattet.

§ 17 - STREICHUNG DER MITGLIEDSCHAFT -

- (1) Die Streichung der Mitgliedschaft erfolgt, wenn das Mitglied mit fortlaufenden sechs Monatsmitgliedsbeiträgen im Rückstand ist und den Rückstand trotz Mahnung und Fristsetzung von 14 Tagen nicht ausgleicht. Die Streichung der Mitgliedschaft erfolgt durch Beschluß des Vorstands.
- (2) Der Ausschließungsbeschluß wird dem Mitglied schriftlich mitgeteilt.
- (3) Durch Zahlung der rückständigen Mitgliedsbeiträge erwirbt das Mitglied die Mitgliedschaft nach einer Wartefrist von 30 Tagen erneut. Mitgliedschaftsrechte, die während der Dauer der Streichung entstanden sind, können nicht nachgeholt werden.

§ 18 - ORGANE DER GEMEINDE -

Organe der Gemeinde sind

- a) die Mitgliederversammlung,
- b) der Vorstand,
- c) der Beirat,
- d) das Schiedsgericht.

§ 19 - MITGLIEDERVERSAMMLUNG -

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ der Gemeinde.
- (2) Die Mitgliederversammlung findet statt als ordentliche oder außerordentliche Mitgliederversammlung.
- (3) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet alle zwei Jahre statt. Sie ist vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von 15 Tagen schriftlich zu berufen. Die Berufung der Versammlung muß den Gegenstand der Beschlußfassung (=die Tagesordnung) bezeichnen. Die Einladung wird an die letzte bekannte Anschrift des Mitglieds versandt.
- (4) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder der Beirat dies schriftlich beantragt oder 25 % der Mitglieder die Berufung schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt.

§ 20 - BESCHLUSSFASSUNG UND GANG DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG -

- (1) Die Mitgliederversammlung wird durch den Gemeindevorsitzenden nach namentlichen Aufruf der Mitglieder und Feststellung der Beschlußfähigkeit eröffnet. An der Mitgliederversammlung sind ordentliche Mitglieder rede- und stimmberechtigt, die ihre Mitgliedsbeiträge insgesamt gezahlt haben und seit mindestens drei Monaten Mitglied der Gemeinde sind.
- (2) Nach Eröffnung der Mitgliederversammlung wählen die Mitglieder einen Versammlungsleiter und zwei Schriftführer (Versammlungsleitung). Falls ein Beobachter der UNION anwesend ist, kann dieser als Versammlungsleiter bestellt werden.
- (3) Der Versammlungsleitung gebührt das Hausrecht für die Dauer der Versammlung.
- (4) Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Sind nicht die Hälfte der Mitglieder anwesend, so vertagt der Versammlungsleiter die Sitzung. Der Vorstand hat innerhalb von 14 Tagen eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen; die Einladung zu der weiteren Versammlung hat einen Hinweis auf die erleichterte Beschlußfähigkeit zu enthalten. Diese weitere Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig.
- (5) Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von den Schriftführern und Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist.
- (6) Die Mitgliederversammlung faßt ihre Beschlüsse durch einfache Mehrheit. Dies gilt nicht für Satzungsänderungen und Anträge über Auflösung der Gemeinde.

§ 21 - ZUSTÄNDIGKEIT DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG -

Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig.

- a) Beratung über die Berichte des Vorstandes;
- b) Beratung der Berichte der Kassenprüfer;

- c) Entlastung des Vorstandes;
- d) Wahl des Gemeindevorstandes;
- e) Wahl von drei Kassenprüfern und zwei Ersatzkassenprüfern und zwei Beiratsmitgliedern und 1 Ersatzbeiratsmitglied; Kassenprüfer und Mitglieder des Beirats können nicht gleichzeitig zu Vorstandsmitgliedern bestellt werden;
- f) Änderung der Satzung; zur Beschlußfassung über Änderungen der Satzung ist eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen gültigen Stimmen notwendig. Die Satzungsänderung ist nur wirksam, sofern die UNION zustimmt.
- g) Beratung und Beschlußfassung über Ausschluß von Mitgliedern;
- h) Beratung und Beschlußfassung über andere eingereichte Anträge und Angelegenheiten der Gemeinde;
- i) Beschlußfassung über Auflösung der Gemeinde; zur Auflösung der Gemeinde ist eine Mehrheit von ¾ der abgegebenen gültigen Stimmen notwendig; zur Auflösung der Gemeinde ist die Zustimmung des Beirates erforderlich.

§ 22 - WAHL DES GEMEINDEVORSTANDES -

- (1) Der Gemeindevorstand besteht aus sieben Personen, dem 1. Gemeindevorsitzenden, dem stellv. Gemeindevorsitzenden, dem Buchhalter, dem Sekretär und drei Beisitzern.
- (2) Für die Wahl in den Vorstand kann jedes Mitglied kandidieren. Nach Möglichkeit soll vermieden werden, daß Verwandte ersten und zweiten Grades nicht gleichzeitig für eine Wahlperiode einen Amt ausüben. Bei Einzelwahl ist der Kandidat gewählt, der die meisten der gültigen Stimmen erhalten hat. Gewählt sind die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Stimmzahlen. Bei Listenwahl sind die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge in die Vorschlagsliste aufzunehmen. Auf einem Stimmzettel können höchstens so viele Kandidaten gewählt werden, wie insgesamt zu wählen sind. Bei Einzel- und bei Listenwahl entscheidet bei Stimmgleichheit das Los. Gültig sind nur Stimmzettel, die den Willen des Wählers eindeutig erkennen lassen. Die Art der Abstimmung bestimmt die Mitgliederversammlung.
- (3) Die Vorstandsmitglieder teilen innerhalb einer Woche nach den Wahlen in der ersten Vorstandssitzung die Aufgaben auf und wählen offen aus ihrer Mitte - ohne Beachtung der erhaltenen Stimmen in der Mitgliederversammlung - den 1. Gemeindevorsitzenden und den stellvertretenden Gemeindevorsitzenden, einen Buchhalter, einen Sekretär und drei Beisitzern. Auf Antrag können die Wahlen geheim durchgeführt werden. Die Aufgabenteilung und der Vorstand ist der UNION und dem Registergericht namentlich anzumelden.
- (4) Das Amt eines Mitglieds des Vorstands endet durch Tod, Austritt aus der Gemeinde und in anderen Fällen, die in dieser Satzung bestimmt sind. Für das ausscheidende Vorstandsmitglied rückt ein von der Mitgliederversammlung gewähltes Ersatzmitglied mit den meisten Stimmen nach. Das Ersatzmitglied ist vom Vorstand einzuladen und ihm ist die Aufgabe zu übertragen. Änderungen in der Besetzung des Vorstandes sind dem Registergericht und der UNION anzumelden.
- (5) Ein Mitglied ist berechtigt, sich als Kandidat für die Vorstandswahlen zu stellen, wenn er
 - a) seit mindestens einem Jahr Mitglied der Gemeinde ist und nicht im Rückstand mit den Mitgliedsbeiträgen ist,
 - b) seinen Wohnsitz im Tätigkeitsbezirk der Gemeinde hat,
 - c) nicht beim Vorstand, bei der Kassenprüfung, bei dem Beirat eines nicht der UNION angeschlossenen islamische Vereins zu sein,
 - d) nicht Mieter, Pächter oder Nutzungsberechtigter der Gemeinde ist,
 - e) die Gewähr bietet, die Grundsätze des § 4 dieser Satzung zu beachten.
- (6) Der Vorstand bleibt bis zur Wahl des neuen Vorstandes im Amt. Ordentliche Mitglieder können mehrmals zu Vorstandsmitgliedern gewählt werden.

§ 23 - ZUSTÄNDIGKEIT DES VORSTANDES -

- (1) Die Gemeinde wird gem. § 26 BGB durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertreten, unter denen der Gemeindevorsitzender oder der stellvertretender Gemeindevorsitzender sein muss. Im Innenverhältnis dürfen die vertretungsberechtigten Personen nicht ohne einen entsprechenden Vorstandsbeschluss den Verein nach draußen vertreten. Verträge ohne Beteiligung von zwei Vorstandsmitgliedern sind nichtig.
- (2) Der Vorstand hat folgende Aufgaben :
 - a) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit abweichende Aufgaben nicht durch diese Satzung einem anderen Organ des Vereins zugewiesen sind. Er ist das Exekutivorgan;
 - b) Bildung von Abteilungen und Arbeitsgruppen zur Verwirklichung der Gemeindezwecke; Hierzu kann gehören
 - Ordnungsgemäße Führung der Bücherei der Gemeinde und Führung von Eingängen und Ausgängen der Bücher der Gemeinde,
 - Überwachung der regelmäßigen Reinigung und Beaufsichtigung des Gotteshauses und Warteraumes und Wahrnehmung von Ordnungsaufgaben;
 - für die jugendlichen Besucher der Einrichtung geeignete Jugendräume mit Freizeitsangeboten, die nicht den islamischen Wertvorstellungen widersprechen, aufrechterhalten und jugendbezogene Weiterbildungskurse organisieren,
 - c) Die Vorstandsversammlungen finden mindestens ein Mal im Monat statt.
 - d) Sie werden vom Vorsitzenden oder durch zwei Vorstandsmitglieder einberufen.
 - e) Die Versammlung wird vom Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden, geleitet.
 - f) Er ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Vorst.mitglieder anwesend sind.
 - g) Der Vorstand entscheidet durch Vorstandsbeschluss. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
 - h) Vorstandsmitglieder können ihre abweichende Meinung protokollieren lassen.
 - i) Vorstandsmitglieder haben Schweigepflicht über die Belange der Gemeinde. Gemeindeunterlagen dürfen an Dritte nicht herausgegeben werden. Nach Beendigung des Amtes sind sämtliche Unterlagen, auch anfertigte Kopien, an den neuen Vorstand herauszugeben und die Abgabe aller Unterlagen zu versichern. Der neue Vorstand hat auf Wunsch die Inempfangnahme zu quittieren.
- (3) Die Vorstandsmitglieder haben neben gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen dieser Satzung noch folgende Regeln zu beachten:

Gemeindevorsitzender

- aa) Beachtung der Gesetze und Bestimmungen der Satzung bei Verwirklichung der Gemeindezwecke,
- bb) regelmäßige und ordnungsgemäße Einberufung der Vorstandssitzungen
- cc) Verhinderung der Verstöße gegen Gesetz, Satzungsbestimmungen und Grundsätzen der Gemeindegemeinschaft,
- dd) der Gemeindevorsitzender ist Siegelwahrer,
- ee) Dienstleistungsangebote der UNION für die Annahme durch die Gemeinde empfehlen.

Stellvertretender Gemeindevorsitzender

Zur Verwirklichung der Gemeindezwecke den Gemeindevorsitzenden unterstützen, im Verhinderungsfalle des Gemeindevorsitzenden diesen vertreten,

Buchhalter

- a) Buchen und Archivierung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde nach den gesetzlichen Bestimmungen,
- b) Bei Ausgaben Überprüfung der Ausgabe nach den Bestimmungen der Satzung und eines entsprechenden Vorstandsbeschlusses, bei Fehlen eines Vorstandsbeschlusses nach vorheriger

Unterrichtung des Gemeindevorsitzenden keine Zahlungen zu tätigen bis ein entsprechender Vorstandsbeschluss vorliegt,

- c) sichere Aufbewahrung von Urkunden und Geldern der Gemeinde,
- d) Mitteln der Gemeinde - sei es auch gewinnbringend für die Gemeinde - nicht an Dritte weiterleiten,
- e) Steuererklärungen und Berichte für die Mitgliederversammlung ausarbeiten,
- f) die Begrenzung des Kassenbestandes an Bargeld darf einen Betrag von 1.000,00 EUR nicht überschreiten.

Sekretär

- aa) Führung aller anfallenden Schriftverkehr, Anfertigung eines Vermögensverzeichnisses;
- bb) Ausfertigen der Tagesordnungspunkte nach Beratung mit dem Gemeindevorsitzenden und anderen Vorstandsmitgliedern, Einladung der Mitglieder zu Vorstandsversammlungen, Protokollierung der Vorstandsbeschlüsse, fristgerechte Einladung der Mitglieder zur Mitgliederversammlungen, Erstellung der Berichte des Vorstandes für die Mitgliederversammlung.

§ 24 - AUSSCHLUSS EINES VORSTANDSMITGLIEDS -

- (1) Der Ausschluss eines Vorstandsmitglieds kann beim Beirat beantragt werden, wenn mindestens 5 Vorstandsmitglieder in einer Vorstandsversammlung für die Einleitung eines Ausschlußverfahrens stimmen.
- (2) Erachtet der Beirat den Wunsch als begründet, so scheidet das Mitglied aus dem Vorstand aus. Gegen den Ausschlussbeschluss des Beirates kann das ausscheidende Vorstandsmitglied innerhalb von 14 Tagen Widerspruch erheben. Über den Widerspruch entscheidet die nächste Mitgliederversammlung endgültig. An die Stelle des ausgeschlossenen Vorstandsmitgliedes rückt ein Ersatzmitglied nach.

§ 25 AUFGABEN DER KASSENPRÜFER

- (1) Die von der Mitgliederversammlung gewählten Kassenprüfer wählen in ihrer ersten Sitzung einen Vorsitzenden und einen Berichterstatler.
- (2) Die Kassenprüfer prüfen alle drei Monate die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde.
- (3) Die Prüfung haben die Kas.prüfer vorher schriftlich beim Gem.vorsitzenden zu beantragen. Der Vorstand hat den Kas.prüfern innerhalb von 15 Tagen ab Antragstellung Ort und Termin der Prüfung bekanntzugeben. Gegebenfalls ist eine Einigung über den Prüf.termin zu erzielen. Sollten sich die Parteien über einen Prüfungstermin nicht einigen, so ist die UNION und der Beirat zu informieren. Diese setzen einen Prüfungstermin verbindlich fest.
- (4) Kas.prüfung darf nur in den Gem.räumen stattfinden. Vorgelegte Geschäftsunterlagen dürfen nicht aus den Gem.räumen an andere Orte verbracht oder an Dritte erläutert werden. Berichterstellung erfolgt nur im Einvernehmen mit der UNION und dem Beirat.
- (5) Kas.prüferunterlagen werden in den-hierzu bestimmten-Gem.räumen aufbewahrt. Diese sind zu verschließen. Etwaige Schlüssel dürfen sich nur im Besitz der Kas.prüfer befinden.
- (6) Die Kassenprüfer haben alle Einnahmen und Ausgaben des Vereins mit Hilfe der Kontoauszüge, Einnahme- und Ausgabebelege, Kassenzettel und die Deckung der Einnahmen und Ausgaben nach Vorstandsbeschlüssen und nach der satzungsmäßigen Verwendung zu prüfen. Bei Feststellung von Unregelmäßigkeit oder anderer Fehler haben die Kassenprüfer dies schriftlich unter Angabe der Gründe dem Vorstand mitzuteilen. Die Behebung der Fehler ist dem Vorstand anzuraten. Eine Kopie des Schreibens ist an die UNION und dem Beirat zu übersenden.
- (7) Kassenprüfer dürfen aus den ihnen vorgelegten Unterlagen keine Belege entfernen, kopieren, verunstalten oder aus den Geschäftsräumen der Gemeinde verbringen. Die Prüfungen sind unter Anwesenheit mindestens eines Vorstandsmitgliedes in den Gem.räumen durchzuführen. Am selben Prüf.tag sind sämtliche Belege wieder an den Vorstand zurückzugeben. Sollte die Prüfung mehrere Tage in Anspruch nehmen, so ist entsprechend zu verfahren.
- (8) Die Kas.prüfer erstellen für die Dauer Ihrer Amtszeit einen Kas.prüferbericht für die Mitg.versammlung und übersenden eine Kopie des Berichts an die UNION und dem Beirat.

§ 26 - BEIRAT -

Der Beirat setzt sich aus den unten angegeben 5 Personen zusammen :

- a) dem Attaché für religiöse Angelegenheiten; zwei Personen als Vertretung des Vorstandes der UNION und weiteren zwei Mitgliedern, welche in der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Gleichzeitig ist ein Ersatzmitglied zu wählen.
- b) Der Beirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden.
- c) Die Bairatsversammlungen finden nach Bedarf statt. Die Versammlung wird von der UNION schriftlich einberufen.

§ 27 - ZUSTÄNDIGKEIT DES BEIRATES -

- (1) Der Beirat hat folgende Aufgaben:
 - a) in allen Angelegenheiten der Gemeinde Empfehlungen an den Vorstand und die Mitgliederversammlung abgeben; Prüfung der Beschlüsse des Vorstandes und Ausführung dieser Beschlüsse nach den Bestimmungen dieser Satzung; Einsichtnahme in alle Geschäftsbücher der Gemeinde; Prüfung der Ausführung der Beschlüsse des Vorstandes und Kommentierung der Ausführungen;
 - b) jederzeitige Prüfung der Buchhaltung nebst Belegen der Gemeinde; Abmahnung des Vorstandes bei Vorliegen von Unregelmäßigkeiten in der Buchhaltung, im Bedarfsfalle kann der Beirat eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen;
 - c) Prüfung der Anträge zur Auflösung der Gemeinde und Kommentierung.
 - d) andere in dieser Satzung dem Beirat übertragene Aufgaben.
- (2) Der Beirat ist beschlußfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Für Beiratsbeschlüsse ist eine einfache Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder notwendig. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 28 - SCHIEDSGERICHT -

- (1) Streitigkeiten zwischen der Gemeinde und seinen Mitgliedern oder zwischen den Organen werden durch einen Schiedsspruch entschieden.
- (2) Jeder Teil ernennt ein Mitglied als Schiedsrichter. Als dritten Schiedsrichter und Vorsitzenden des Schiedsgerichts wird der Botschaftsrat für soziale und religiöse Angelegenheiten der Botschaft der Republik Türkei zu Berlin oder ein von diesem bestimmter Vertreter ernannt. Ein Mitglied, das zugleich Mitglied in einem Vereinsorgan ist, kann nicht als Schiedsrichter benannt werden.
- (3) Der Schiedsspruch bindet die streitenden Parteien.
- (4) Das Schiedsgericht entscheidet durch Mehrheitsbeschluß. Die Schiedsrichter dürfen sich nicht der Stimme enthalten.

§ 29 - MITGLIEDSCHAFT DER GEMEINDE -

- (1) Die Gemeinde wird die Mitgliedschaft der beim Amtsgericht Köln unter VR 8932 als Verein eingetragene UNION (Dachverband) beantragen. Durch Vorstandsbeschluß der UNION erlangt die Gemeinde die Mitgliedschaft bei diesem Verein.
- (2) Ihre Mitgliedschaftsrechte nimmt die Gemeinde durch einen Delegierten wahr, welcher von allen Gemeindevorsitzenden einer bestimmten Region für die Dauer der Legislaturperiode des Vorstandes der UNION gewählt wird. Die geografischen Grenzen der Region werden durch die UNION bestimmt.
- (3) Nach Erlangung der Mitgliedschaft wird die Gemeinde die Mitgliederrechte und Pflichten bei der Union wahrnehmen. Sie wird keine Ziele verfolgen, die der Satzung der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. zuwiderlaufen. Im Rahmen dieser Satzung wird er Beschlüsse der UNION verfolgen. Hierdurch wird die Selbständigkeit der Gemeinde in keiner Weise berührt werden.
- (4) Bei Verletzung der Satzung der UNION kann die Gemeinde aus der Mitgliedschaft bei der UNION ausgeschlossen werden.
- (5) Die Gemeinde zahlt Mitgliedsbeiträge an die Organisation, in welche sie als Mitglied eingetragen ist.

- (6) Zum Abschluß eines jeden Geschäftsjahres übermittelt sie an die, UNION eine Kopie der Einnahmen und Überschußrechnung, Vereinsregisterauszug, Tätigkeitsbericht sowie Namen, Adressen und Telefonnummern der Vorstandsmitglieder an die UNION zur Kenntnisnahme.
- (7) In der durch die UNION zu bestimmenden Region arbeitet die Gemeinde mit anderen Gemeinden eng zusammen und übernimmt auf Wunsch die Koordinierungsarbeit. Andere Gemeinden helfen bei dieser Arbeit.

§ 30 - EINNAHMEN UND AUSGABEN DER GEMEINDE -

Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde sind in der gesetzlich geforderten Form aufzuzeichnen. Ausgaben müssen durch entsprechende Vorstandsbeschlüsse gedeckt sein. In keinem Falle dürfen Ausgaben ohne einen entsprechenden Vorstandsbeschluß getätigt werden; durch Vorstandsbeschluß kann auf Vorstandsbeschluß verzichtet werden, sofern die Höhe der Ausgabe ebenfalls durch Beschluß begrenzt wird.

§ 31 - BILDUNG EINER RÜCKLAGE -

- (1) Zur nachhaltigen Erfüllung der steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke und für besondere steuerbegünstigte Vorhaben und auch zur Abdeckung nicht kalkulierbarer Risiken und zur Erfüllung der Gemeindezwecke kann die Gemeinde eine Rücklage bilden.
- (2) Die Höhe der Rücklage bestimmt die Mitgliederversammlung.
- (3) Die Rücklage darf nicht in bar gebildet werden und muß in den Büchern ausgewiesen sein.
- (4) Rücklagen dürfen nur im Rahmen des steuerlich zulässigen gebildet werden.

§ 32 - ANFORDERUNGEN AN DIE GEMEINDEBÜCHER -

Gemeindebücher (Geschäftsbücher) sind in der gesetzlich geforderten Form zu führen.

§ 33 - AUFLÖSUNG DER GEMEINDE -

- (1) Die Mitgliederversammlung ist nach Anhörung des Beirates befugt, über die Auflösung der Gemeinde zu beschließen.
- (2) An der Mitgliederversammlung, welche über die Auflösung der Gemeinde beraten und beschließen soll, müssen mindestens 2/3 der ordentlichen Mitglieder anwesend sein. Wird diese Zahl nicht erreicht, müssen in der zweiten Mitgliederversammlung mindestens die Hälfte der ordentlichen Mitglieder anwesend sein, worauf in der Mitgliederversammlung hingewiesen sein muss. Sind an der zweiten Mitgliederversammlung ebenfalls nicht die Hälfte der ordentlichen Mitglieder anwesend, so kann in einer dritten Mitgliederversammlung unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder über die Auflösung der Gemeinde beraten und beschlossen werden. Zur Auflösung der Gemeinde ist eine 3/4 Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.
- (3) Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes bestimmt, sind die Mitglieder des Vorstandes Liquidatoren. Für die Vertretungsberechtigung gilt § 23 Abs. 1 dieser Satzung.
- (4) Bei Auflösung der Gemeinde oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Gemeindevermögen an die gemeinnützig anerkannte Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V., Venloer Str. 160, 50823 Köln (UNION), die in der Bundesrepublik Deutschland religiöse und kulturelle Dienste anbietet, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder religiöse Zwecke zu verwenden hat. Falls die UNION nicht mehr existiert oder deren Gemeinnützigkeit aberkannt wird, fällt das Vereinsvermögen an eine Institution, die religiöse und kulturelle Dienste anbietet und gemeinnützig ist, die wiederum vom Botschaftsrat für religiöse und soziale Angelegenheiten der Botschaft der Türkischen Republik zu Berlin vorgeschlagen wird. Auch diese Institution hat das Gemeindevermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder religiöse Zwecke zu verwenden. Die Vermögensübertragung darf erst nach Zustimmung des zuständigen Finanzamtes erfolgen.
- (5) Bei Liquidation der Gemeinde werden gezahlte Mitgliedsbeiträge nicht zurückerstattet. Unberührt bleiben Erstattungsansprüche der Mitglieder, die gesetzlichen oder vertraglichen Ursprungs sind.
- (6) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend, wenn die Gemeinde aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

§ 34 - GÜLTIGKEIT DIESER SATZUNG -

Vorstehende neue Fassung der **Satzung besteht aus 34 Paragraphen** und wurde auf der Ausser/ord.Mitgliederversammlung am/...../200.. einstimmig beschlossen.

Versammlungsleiter

Schriftführer

Schriftführer

Gem.Vorsitzender

Stellv.Vorsitzender

Sekretär

Buchhalter

Vorstandsmitglied

Vorstandsmitglied

Vorstandsmitglied

Kassenprüfer

Kassenprüfer

Kassenprüfer

Beiratsmitglied

Beiratsmitglied

Satzung

der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (D.I.T.I.B.) Köln
 einzutragender Verein
 Stand: 08.11.2009
 (letzte Änderungen fett)

§ 1 - Name und Sitz

1. Der Verein führt den Namen "Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (D.I.T.I.B.) Köln". Er soll in das Vereinsregister des Amtsgerichts Köln eingetragen werden.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Köln.
3. Mit dem Ziel der religiösen, sozialen, kulturellen und sportlichen Betreuung der Muslime in der Bundesrepublik Deutschland am 05.07.1984 nach deutschem Vereinsrecht gegründete Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion sieht die demokratischen Ordnung als Garantie für ein Zusammenleben der Menschen verschiedenen Glaubens und Kulturen und hält sich fern von parteipolitischen Aktivitäten. Sie achtet den Weltfrieden, die Förderung von Grund- und Menschenrechten und den wohlthätigen Beistand und versteht das Vorhandensein von verschiedenen Religionen und Kulturen als eine weitere Bereicherung für unsere Welt.

§ 2 - Zweck des Vereins

1. Der Verein hat den Zweck, die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden **türkischen, sowie alle anderen Muslime** in allen Angelegenheiten der islamischen Religion zu betreuen, aufzuklären und zu unterweisen, geeignete Räume für religiöse Andachten und Unterweisungen einzurichten und unterhalten, oberste theologische Instanzen zu gründen, die richtige Darstellung des Islams zu fördern und die Muslime zu vertreten, Vereinsaktivitäten zu einer breiten religiösen Betreuung und die Berufsausbildung für den religiösen Dienst auszuüben, und in diesen Bereichen mit Fachleuten und Fachorganisationen aus Deutschland und aus dem Ausland zusammenzuarbeiten, Laienprediger auszubilden, Sprachkurse, soziale und kulturelle Aktivitäten sowie Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung der türkischen Staatsangehörigen, **sowie der türkischstämmigen Deutschen** durchzuführen. Zu diesem Zweck fördert der Verein in Nordrhein-Westfalen und an geeigneten Orten in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland die Bildung von jeweils auf die Gemeinde einer Moschee bezogenen Zweigvereinen, **sowie Landesverbänden**, welche satzungsgemäß die gleichen Zwecke verfolgen und ihrerseits Mitglieder des Vereins in seiner Funktion als Hauptverein sind. All diese Vereinsaktivitäten übt der Verein entsprechend den vom Verein beschlossenen Vereinsordnungen aus.

Der Verein hat als Dachorganisation die schon gegründeten oder noch zu gründenden türkisch-islamischen Kulturvereine, **sowie die Landesverbände** in der Bundesrepublik Deutschland, die der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (D.I.T.I.B.) Köln angeschlossen sind, zu beaufsichtigen, in allen, insbesondere in religiösen, sozialen, kulturellen und gemeinnützigen Fragen zu unterstützen und ihnen Gründungshilfe zu gewähren.

Außerdem hat der Verein diesen angeschlossenen Vereinen entsprechend der Satzung tatkräftig Hilfe zu leisten und insbesondere zu überwachen, dass die Rechte und Pflichten dieser Kulturvereine beachtet werden.

Der Verein kann zur Verwirklichung der Vereinszwecke und zur Förderung der Vereinsaktivitäten besondere Fachabteilung einrichten, Forschungseinheiten und Arbeitsgruppen bilden. Im Bedarfsfalle kann der Verein Forschungseinrichtungen gründen und wissenschaftliche Arbeiten selbst durchführen oder durch Dritte durchführen lassen sowie wissenschaftliche Veranstaltungen, Tagungen oder Konferenzen abhalten.

3. Der Verein kann bei Durchführung und Organisation der religiösen Pilgerfahrten Muslime aufklären, beraten und auf die Pilgerfahrt vorbereiten sowie mit anderen Organisationen mit gleicher Zielsetzung zusammenarbeiten.
4. Nach den finanziellen Möglichkeiten vergibt der Verein an, förderungswürdige und bedürftige Jugendliche Ausbildungs- und Promotionsstipendien bzw. Lehrmittelunterstützung, ohne dass darauf ein Rechtsanspruch besteht. Der Verein kann ein Forschungsinstitut gründen.
5. Der Verein, als oberstes Organ, beaufsichtigt alle der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion verbundenen Vereine, die schon gegründet sind oder sich in Gründung befinden. Sie hilft den Vereinen in allen Fragen, speziell in religiösen, sozialen, kulturellen Und gesellschaftlich nützlichen Bereichen und leistet Gründungshilfe.

Der Verein leistet den verbundenen Vereinen im Sinne ihrer Satzung Durchführungshilfe und überwacht speziell die Rechte und Pflichten dieser Vereine.

6. Um die genannten Vereine zu schützen, kann der Verein Grundbesitz erwerben oder Spenden der genannten Vereine entgegennehmen. Der Erwerb von Grundbesitz dient vorrangig religiösen, kulturellen und sozialen Zielen. Die Nutzungsrichtlinien über diese Grundsätze sind durch Verordnung zu regeln, die von der D.I.T.I.B. erlassen wird.
7. Bei Katastrophen, die in irgendeinem Teil der Welt sich ereignen, kann der Verein Sach- und Geldhilfen leisten, zu diesem Zweck Spendenaktionen durchführen.
8. Zur bundesweiten Koordinierung der religiösen, sozialen und **erzieherischen** Zwecke, kann der Verein die angeschlossenen Zweigvereine **beaufsichtigen**,

die Gründung von Zweigvereinen sowie die Tätigkeiten dieser Zweigvereine materiell und ideell fördern, im Bedarfsfalle eine „Unterstützungsfond zwischen den Zweigvereinen“ einrichten, die Tätigkeiten der Zweigvereine nach deren Satzungsmäßigkeit kontrollieren, sofern satzungswidrige Fehler festgestellt werden, die Behebung der Fehler fördern.

9. Der Verein unterstützt die Integration der Jugendlichen, sowie ihre Sozialisation, indem er für sie Angebote im Bereich Bildung, Kultur, Soziales und Jugendarbeit organisiert und die hierfür nötige Infrastruktur bietet. Er organisiert darüber hinaus Informationsveranstaltungen und klärt Eltern in der Erziehung ihrer Kinder und schützt die Kinder und Jugendlichen vor jedweden schlechten Angewohnheiten. Der Verein stellt die notwendige Infrastruktur und die hierfür notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung, die ihrer Entwicklung dienen.

10. Der Verein kann Mithilfe bei der Koordination der Seniorenplanung/-arbeit in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen, kommunalen oder privaten Trägern sicherzustellen, selbst als Träger Seniorenarbeit leisten, Initiativen zur gesellschaftlichen Integration älterer Menschen ausländischer Herkunft ergreifen, die Weiterbildung der älteren Menschen fördern, spezielle Freizeit und Sportangebote organisieren, Kontakte und Kommunikationsangebote für ältere ausländische Bürger und Bürgerinnen anbieten. Der Verein kann auch als Träger einen Altenheim errichten und unterhalten.

11. Der Verein verfolgt das Ziel, Frauen im religiösen, sozialen und kulturellen Bereich Möglichkeiten für eine aktivere Partizipation einzuräumen. Jeder Art von Gewalt gegen Frauen, sowie ihrer Ausbeutung soll auf gesellschaftlicher Ebene entgegengewirkt werden. Ferner soll die Infrastruktur für Bildung, Kultur, Gesundheit und Sport bereitgestellt, sowie Projekte im Bereich Sozialberatung, Integration, Gleichberechtigung und Solidarität umgesetzt und diese evaluiert oder mit Studien begleitet werden.

12. Um die Jugendlichen, bzw. den jüngeren Interessentenkreis über die Aktivitäten und neuen Projekte im Bereich Soziales und Kultur im Laufenden zu halten, bedient sich der Verein der Medien.

§ 3 - Gemeinnützigkeit

1. Der Verein ist selbstlos tätig;
Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Mittel des Vereins dürfen nur für die Satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Aussagen, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.
3. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Verein, Türkisch Islamische Union der

Anstalt für Religion (D.I.T.I.B) Berlin e.V. Wiener Str. 12, 10999 Berlin oder falls dieser Verein nicht mehr besteht, an eine andere vom Botschaftsrat für soziale und kulturelle Angelegenheit der Türkischen Republik in Berlin zu benennende Körperschaft, die religiöse, mildtätige, soziale und kulturelle Zwecke verfolgt und gemeinnützig anerkannt ist. Die begünstigte Körperschaft hat das anfallende Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder religiöse Zwecke zu verwenden. Die Verwendung des Vermögens für die vorgenannte Zwecke ist durch eine Vereinbarung sicherzustellen. Der Botschaftsrat für religiöse und soziale Angelegenheit der Türkischen Republik in Berlin überwacht die vertragsgemäße Einhaltung der Vereinbarung.

4. Bei Auflösung des Vereins erloschen sämtliche Ansprüche der Mitglieder gegenüber dem Verein, es sei denn, es handelt sich um rechtskräftig festgestellte Ansprüche.

§ 4 - Mitgliedschaft

1. Das Recht zur Aufnahme in den Verein:

Der Präsident des Amtes für religiöse Angelegenheiten der türkischen Republik;
Der Abteilungsleiter für auswärtige Beziehungen beim Präsidium für Religiöse Angelegenheiten der Republik Türkei.
Die vom Amt für Religiöse Angelegenheiten für europäische Länder beauftragten Sozialräte (Räte für religiöse Angelegenheiten)
Die vom Amt für religiöse Angelegenheiten für die Bundesrepublik Deutschland beauftragten Attaches für religiöse Angelegenheiten;
Die Vorsitzenden der Landesverbände;

2. Darüber hinaus kann die Mitgliedschaft jeder Person verliehen werden, die sich zum Islamischen glauben bekennt und bereit ist, für die Erreichung des Vereinszwecks aktiv einzutreten.
3. Mitglied ist auch jeder Zweigverein im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 2 nach Erlangung der Rechtsfähigkeit. Ihnen kann die Mitgliedschaft nur dann verweigert werden, wenn deren satzungsmäßigen Zwecke den Zielen in § 2 dieser Satzung zuwiderlaufen. Mitglieder des Zweigvereins werden zugleich Mitglieder der "Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion D.I.T.I.B. e.V." ohne Stimmrecht und ohne Beitragspflicht.
4. Der Antrag auf Aufnahme in den Verein ist schriftlich an den Vorstand zu richten, der über die Aufnahme entscheidet. Endgültige Entscheidungsgewalt hat der Beirat. Bei der Aufnahme erkennt das Mitglied die Satzung des Vereins an.
5. Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Verlust der Rechtsfähigkeit oder durch Austritt.

6. Die Mitgliedschaft erlischt bei Ausschluss durch Beschluss des Vorstandes, der mit qualifizierter Mehrheit von 2/3 der Vorstandsmitglieder gefasst werden kann,

a) wegen unehrenhafter Handlungen;

b) wenn Beiträge und andere Zahlungsverpflichtungen für einen Zeitraum von 6 Monaten rückständig sind und ihre Zahlung nicht innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach durch Einschreibe-Brief ergangener Mahnung erfolgt;

c) wegen vereinsschädigenden Verhaltens.

7. Das in dieser Weise ausgeschlossene Mitglied kann gegen den Ausschlussbeschluss beim Beirat (§ 11) Widerspruch erheben. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Hilft der Beirat dem Widerspruch nicht ab, so entscheidet auf Antrag endgültig die Mitgliederversammlung mit absoluter Mehrheit der zur Versammlung erschienenen Mitglieder.

8. Mit dem Ausscheiden aus dem Verein erlöschen alle Ansprüche dem Verein gegenüber.

§ 5 - Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder, für die Zweigvereine jedoch nur Delegierte, haben das Recht, an den Mitgliederversammlungen des Vereins teilzunehmen, Anträge zu stellen das Stimmrecht auszuüben. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme, die es nur persönlich abgeben kann. Für Mitglieder, die von Orten außerhalb der BRD anreisen müssen, um an der Versammlung teilzunehmen, gilt folgende Ausnahmeregelung: Diese Mitglieder können durch eine Vollmacht eine Person ihres Vertrauens und Mitglied der Versammlung beauftragen, ihre Stimme abzugeben. Das passive Wahlrecht beginnt mit dem vollendeten 21. Lebensjahr.

2. Die Mitglieder haben die in der Mitgliederversammlung festgesetzten Beiträge und freiwilligen Spenden monatlich im Voraus zu entrichten. Gegenwärtig beträgt der monatliche Mindestbeitrag € 10,-. Eine darüber hinausgehende Beitragshöhe bestimmt das Mitglied eigenverantwortlich unter Berücksichtigung seiner Einkommensverhältnisse.

Die Beitragspflicht kann den in § 4 Ziffer 1 genannten Personen erlassen werden.

3. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins; ausgenommen sind Ansprüche auf Erstattungen von im Vereinsinteresse für den Verein erbrachte Auslagen.

§ 6 - Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist gleich dem Kalenderjahr.

§ 7 - Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand, der Beirat und der Religionsrat

§ 8 - Mitgliederversammlung

1. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet alle 2 Jahre statt. Zu ihr sind alle Mitglieder vom Vorstand, unter Angabe der Tagesordnung, mit einer Frist 30 Tagen schriftlich einzuladen.

2. Der Vorstand oder der Beirat haben das Recht, die Mitglieder zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung schriftlich, mit einer Frist von 14 Tagen, unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen.

3. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder erschienen ist.

Erscheinen zur ersten Versammlung weniger als die Hälfte der Mitglieder, so kann die Mitgliederversammlung mit einer weiteren Frist von 10 Tagen erneut einberufen werden. Die erneut einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Darauf ist in der Einladung zur zweiten Mitgliederversammlung hinzuweisen.

4. Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit gefasst, wenn nicht in dieser Satzung oder im Gesetz eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist. Über alle Beschlüsse ist ein Protokoll zu errichten, welches von Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

5. Die Mitgliederversammlung beschließt über:

a) wegen unehrenhafter Handlungen;

b) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes und der Kassenprüfer;

c) Entlastung des Vorstandes;

d) Wahl des Vorstandes gemäß § 9 Abs. 2; d) Wahl von 2 Kassenprüfern. Die Kassenprüfer jährlich zu berichten;

e) Änderung der Satzung, Aufnahme in den Verein und Ausschluss aus dem Verein.

Eine Satzungsänderung, die Aufnahme eines neuen Mitgliedes oder der Ausschluss eines Mitgliedes aus dem Verein kann nur mit der qualifizierten Mehrheit von 2/3 und der Zustimmung des Beirates beschlossen werden.

f) Entscheidung über eingereichte Anträge;

g) Auflösung des Vereins.

Die Auflösung des Vereins kann nur mit der qualifizierten Mehrheit von 3/4 der abgegebenen, gültigen Stimmen beschlossen werden.

§ 9 - Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus dem Ersten Vorsitzenden, dem Stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schriftführer und seinem Stellvertreter, dem Kassierer und seinem Stellvertreter und einem Vorstandsmitglied ohne Geschäftsbereich.

Jeweils zwei Vorstandsmitglieder sind gemeinsam vertretungsberechtigt, darunter immer ein Vorsitzender.

Im Innenverhältnis soll Stellvertreter erst bei Verhinderung des Vorsitzenden auftreten.

2. Wahl des Vorstandes:

Der Vorstand wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Zur Wahl stellen können sich nur vom Beirat vorgeschlagene Personen. Der Beirat hat für die Wahl eines Vorstandsmitgliedes mindestens 2 Kandidaten aufzustellen. Die Vorstandsmitglieder werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen der in der Mitgliederversammlung stimmberechtigten Mitglieder gewählt. Erreicht ein Kandidat die erforderliche Mehrheit der Stimmen nicht, so ist die Wahl mit einem neuen vom Beirat aufgestellten Kandidaten fortzuführen.

3. Vorstandsmitglieder dürfen nicht im Dienstverhältnis mit dem Verein oder von ihm eingerichteten Abteilungen oder Einheiten stehen oder für ihre Tätigkeit entlohnt werden. Sie dürfen auch keine Geschäftsbeziehung mit dem Verein eingehen.

4. Abwahl eines Vorstandsmitgliedes:

Auf Antrag von 1/4 der stimmberechtigten Mitglieder des Vereins ist eine Abstimmung über die Abwahl eines Vorstandsmitgliedes durchzuführen. Sprechen 2/3 der erschienenen, stimmberechtigten Mitglieder dem Vorstandsmitglied ihr Misstrauen aus, so scheidet dieses Vorstandsmitglied aus dem Vorstand aus. An seiner Stelle ist ein neues Vorstandsmitglied gemäß vorstehendem Absatz zu wählen.

5. Ende der Amtszeit, Wiederwahl:

Nach Ende der Amtszeit führt der Vorstand die Geschäfte des Vereins bis zur Wahl eines neuen Vorstandes weiter. Die Wiederwahl von Vorstandsmitgliedern ist zulässig.

6. Beschlussfassung des Vorstandes:

Der Vorstand wird durch den Ersten Vorsitzenden oder einen seiner Stellvertreter einberufen. Auf schriftlichen Antrag mindestens dreier Vorstandsmitglieder muss eine Vorstandsversammlung einberufen werden.

7. Über die Vorstandssitzungen sind schriftliche Protokolle zu führen, die vom Ersten Vorsitzenden und dem Schriftführer bzw. den jeweiligen Stellvertretern zu unterzeichnen sind. Auf Antrag des Ersten Vorsitzenden oder mindestens

zweier Vorstandsmitglieder ist das Protokoll durch einen beizuziehenden Notar zu führen.

8. Die Beschlussfassung erfolgt mit absoluter Mehrheit.

9. Beim Ankauf von Grundbesitz und der Annahme von Schenkungen ist der Vorstand berechtigt, nach seinem freien Ermessen zu entscheiden. Sollte jedoch Grundbesitz veräußert werden, so ist vorher die Einwilligung des Beirats einzuholen.

10. Zum Vorstand werden noch drei Ersatzmitglieder gewählt. Bei Ausscheiden aus dem Vorstand werden die Ersatzmitglieder in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen zur Vorstandsmitgliedschaft einberufen.

11. Bevor der Vorstand über eine religiöse Angelegenheit entscheidet, holt er eine schriftliche Stellungnahme des Religionsrates ein.

§ 10 - Ehrenvorsitzender

1. Der Vorstand ist berechtigt, auf die Dauer von 2 Jahren einen Ehrenvorsitzenden zu benennen. Der Ehrenvorsitzende hat das Recht, an Mitgliederversammlungen oder Vorstandssitzungen ohne Stimmrecht teilzunehmen.

2. Zum Ersten Ehrenvorsitzenden wird der Präsident des Amtes für religiöse Angelegenheiten der türkischen Republik ernannt.

§ 11 - Beirat

1. Der Beirat besteht aus 5 Religionsbeauftragten. Vorsitzender des Beirates ist der Präsident des Amtes für religiöse Angelegenheiten der türkischen Republik. Im Falle seiner Verhinderung wird der Vorsitz von seinem Vertreter im Amt geführt.

2. Die übrigen 4 Beiratsmitglieder ergeben sich aus der anliegenden Liste. Bei Ausscheiden eines Beiratsmitgliedes ernennen die verbliebenen Beiratsmitglieder dessen Nachfolger.

§ 12 - Aufgaben des Beirates

Der Beirat berät den Vorstand des Vereins in allen wichtigen Angelegenheiten. Er hat das Recht auf Einsichtnahme in sämtliche, den Verein betreffenden Unterlagen. Er beschließt über den Widerspruch eines Mitgliedes gegen einen Ausschlussbeschluss.

Die zu protokollierenden Beschlüsse des Beirates werden mit einfacher Mehrheit gefasst und sind vom Beiratsvorsitzenden und dem von ihm jeweils bestimmten weiteren Beiratsmitglied zu unterzeichnen.

§ 13- Der Religionsrat

1. Der Religionsrat besteht aus 7 Mitgliedern. Er wird für 2 Jahre gewählt.
2. Die Religionsbeauftragten wählen in ihrem Dienstbezugsgebiet jeweils 2 Mitglieder, die ein mindestens 2-jähriges Studium an einer Theologischen Fakultät/Hochschule absolviert haben. Das Gremium, der sich aus diesen Gewählten zusammensetzt, wählt aus seiner Mitte oder Außenstehende, die sich in islamischer Theologie ausgezeichnet und hervorgetan haben, die Mitglieder des Religionsrates.
3. Der Religionsrat bestimmt die Mitglieder und die Anzahl der Mitglieder der Religionsbeiräte der Landesverbände und unterstützt die Aufsicht über die Arbeit ihrer Religionslehrer.
4. Auf Anfrage nimmt der Religionsrat Stellung zu religiösen Themen, berät in Fragen der Religion und fungiert als Gutachter.
5. Der Religionsrat hat das Recht, gegen Beschlüsse des Vorstands, die er nicht mit den Prinzipien des Islam konform sieht, schriftlich zu widersprechen. Der Religionsrat hat darüber hinaus das Recht zu verlangen, dass die betreffende Entscheidung in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung beraten wird.
6. Können sich die Mitglieder des Religionsrates oder die Landes-Religionsbeiräte untereinander in einer Angelegenheit nicht einigen, finden die Beschlüsse des Religionsrates des Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten, Diyanet, Anwendung.
7. Die Aufgaben und Arbeitsgrundlagen des Religionsrates bestimmt eine Verordnung.

§ 14- Auflösung des Vereins

Im Falle der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen Zwecks, sind die Mitglieder des zuletzt gewählten Vorstandes als Liquidatoren dafür verantwortlich, dass das Vereinsvermögen weder direkt noch indirekt an die Mitglieder ausgeschüttet sondern nach §3 Abs. 3 der Satzung behandelt wird.

§ 15- Annahme und Gültigkeit der Satzung

Diese Satzung umfasst 15 Paragraphen. Sie wurde auf der Mitgliederversammlung am 8.11.2009 angenommen und ist seitdem in Kraft.

Satzung

DITIB-Landesverband e.V.

Beschlossen am

A. Name, Sitz und Zweck des Vereins

§ 1 - Name und Sitz

1. Der Verein führt den Namen „ DITIB-Landesverband e.V.“
2. Der Verein versteht sich als eine Religionsgemeinschaft und strebt die förmliche Anerkennung als solche an. Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht eingetragen und hat seinen Sitz in
3. Der Verein wird im folgenden Text abgekürzt als „Religionsgemeinschaft“ bezeichnet. Ist die Bundesorganisation in Gegenüberstellung zu ihren Gliederungen gemeint, wird sie als „Gesamtgemeinschaft“ bezeichnet.
4. Definitionen:
Unter „Dachverband“ versteht diese Satzung den Dachverband „Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion“, der im Vereinsregister beim Amtsgericht Köln unter der Nummer VR-8932 eingetragen ist.
Mit „Mitgliedsgemeinden“ die Vereine, die im Tätigkeitsbereich des Vereins beim Dachverband als Mitgliedsverein eingetragen sind und die unmittelbar und umfassend die Religionsausübung des Islams verwirklichen und nach Außen in Erscheinung treten.

§ 2 – Vereinszweck

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Zweck des Vereins ist die Förderung der Religion. Aufgabe des Vereins ist es Muslime in ihrem Bestreben nach religiöser Vertiefung und Erkenntnis zusammenzufassen und zu betreuen sowie ihre Rechte auf Religions- und Geistesfreiheit in der Gesellschaft zu sichern, islamisches Gedankengut zu verbreiten und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Der Satzungszweck soll verwirklicht werden durch
 - a. Feierstunden, Seminare, Vorträge, Aussprachen und Veröffentlichungen,
 - b. Gestaltung von islamischen Feiern
 - c. Abhaltung von Gottesdiensten,
 - d. die Ausbildung von Religionsbeauftragten,
 - e. die Erteilung von Religionsunterricht,
 - f. die Beerdigung und die Pflege des Andenkens der Toten,
 - g. die Vorbereitung der Muslime auf die Pilgerfahrten,
 - h. Förderung des Dialoges mit den nicht-islamischen Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen.
 - i. Unterweisung Jugendlicher in Religionskunde
 - j. gegenseitige Hilfe im Leben.

3. Zweck der Gemeinde ist ferner die Förderung der Bildung. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die Durchführung von interreligiösen Tagungen und Schulungen, Förderung des religiösen Lebens in den Mitgliedsgemeinden, insbesondere der religiösen Erziehung von Kindern und Jugendlichen sowie in der Erwachsenenbildung, insbesondere durch Kooperation mit Bildungsinstitutionen wie Schulen und der Erwachsenenbildung.
4. Zweck des Vereins ist ferner die Förderung der Jugendhilfe. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch Maßnahmen und Programme zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen mit dem Ziel, zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme beizutragen, durch Freizeiten und Lager durchzuführen, Kontakte mit anderen Jugendvereinigungen kommunaler und kirchlicher Organisationen anzuknüpfen und mit diesen Aktionsgemeinschaften anzustreben. Der Verein leistet Jugendhilfe dadurch, dass er junge Menschen unterstützt, ihre Schwierigkeiten zu überwinden, um eine positive Lebensbewältigung in der Gesellschaft zu finden.
5. Zweck des Vereins ist ferner die Förderung mildtätiger Zwecke. Der Satzungszweck wird verwirklicht, indem Sozialdienst für Muslime und Nichtmuslime angeboten und Personen, die die Voraussetzungen des § 53 Abgabenordnung erfüllen, unterstützt werden.

§ 3- Selbstverwaltung

1. Der Verein als Religionsgemeinschaft nimmt alle religiösen Handlungen selbstständig vor. Er verwaltet seine Angelegenheiten durch eigene Organe und in eigener Zuständigkeit.
2. Die Gestaltung des religiösen Gemeinschaftslebens liegt vorwiegend bei den Gemeinden.

§ 4 – Gemeinnützigkeit

1. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
3. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

B. Mitglieder

§ 5 - Formen der Mitgliedschaft

1. Ordentliches Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden, die/der das 14. Lebensjahr vollendet hat, keiner anderen Religionsgemeinschaft angehört und im Gemeinderegister der zuständigen Mitgliedsgemeinde eingetragen ist. Jedes ordentliche Mitglied ist stimmberechtigt und im Rahmen seiner Rechtsfähigkeit wählbar.
2. Kinder von Mitgliedern werden bis zum 18. Lebensjahr als Angehörige der Religionsgemeinschaft angesehen, sofern sie nicht selbstständiges

Mitglied sind und soweit keine anderweitige Erklärung der dazu Berechtigten erfolgt.

3. Gemeinden, die im Tätigkeitsbezirk des Vereins, die beim Dachverband als Mitglied eingetragen, sind, sind geborene Mitglieder.
4. Der Verein hat Fördermitglieder, für sie gelten Abs. (1) und (2) dieses Paragraphen nicht. Sie nehmen nicht an Wahlen und Abstimmungen teil.
5. Der Landesislamtag kann beschließen, dass Personen, die sich besondere Verdienste um die Gemeinde und ihre Aufgaben erworben haben, mit Ehrenämtern ausgezeichnet werden. Das Nähere wird auf Antrag des Vorstands durch gesonderte Beschlussfassung des Landesislamtages geregelt.

§ 6 - Aufnahme

1. Zur Erlangung der Mitgliedschaft bedarf es eines Aufnahmeantrags. Über den Mitgliedsantrag einer natürlichen Person entscheidet der Vorstand der örtlich zuständigen Mitgliedsgemeinde. Über den Mitgliedsantrag einer juristischen Person – nur eingetragene Vereine, deren Zweck die Förderung der islamischen Religion ist – entscheidet der Vorstand.
2. Die Aufnahme kann vom Vorstand ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden. Der Antragsteller kann gegen eine Ablehnung die Entscheidung des Dachverbandes anrufen.
3. Jedes Mitglied gehört gleichzeitig auch dem Dachverband an.

§ 7 - Pflichten

Die Mitglieder verpflichten sich mit der Aufnahme zur Anerkennung dieser Satzung und zur Zahlung eines angemessenen Beitrags. Es wird von ihnen erwartet, dass sie diese Verpflichtung gewissenhaft befolgen sowie an der Arbeit und den Bestrebungen des Vereins als Religionsgemeinschaft regen Anteil nehmen.

§ 8 - Rechte

Die Mitglieder haben das Recht zur Teilnahme an allen Veranstaltungen der Religionsgemeinschaft und sind berechtigt, ihre Kinder an der religiösen Unterweisung teilnehmen zu lassen.

§ 9 - Ende der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Ableben, jederzeit möglichen freiwilligen Austritt, Streichung oder Ausschluss des Mitgliedes.
2. Der Vorstand kann Mitglieder streichen, die länger als 2 Jahre mit der Zahlung im Verzug sind.
3. Der freiwillige Austritt aus dem Verein kann bei natürlichen Personen nur durch persönliche schriftliche Erklärung des Mitglieds bei der zuständigen Mitgliedsgemeinde oder beim Vorstand erfolgen.
4. Der Ausschluss eines Mitglieds kann erfolgen, wenn es der Religionsgemeinschaft ernstlich schadet.
5. Der Ausschluss kann nur beim Vorstand der Landesgemeinde oder der Gesamtgemeinschaft beantragt werden. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Rechtsordnung.

§ 11 - Mitgliedsbeiträge

1. Die Erhebung der Mitgliedsbeiträge wird vom Landesislamtag geregelt. Sie bestimmt die an die Gesamtgemeinschaft abzuführenden Beitragsanteile der Gliederungen. Die Höhe der Beiträge der Gliederungen wird vom Landesislamtag bestimmt.
2. Einzelheiten regelt die Beitragsordnung.

C. Gliederungen

§ 12 - Formen des Zusammenschlusses von Mitgliedern

1. Der Verein gliedert sich in Mitgliedsgemeinden. Diese sind regionale Vereine mit eigener Rechtspersönlichkeit.
2. Im Landesislamtag werden die Mitgliedergemeinden durch ihre Vorsitzenden vertreten.
3. Über die Grenzen der Mitgliedsgemeinden über Teilung einer Grenze einer Mitgliedsgemeinde zwecks Neubildung entscheidet nach vorheriger Anhörung der betroffenen Mitgliedsgemeinde der Vorstand.
4. Die Mitgliedsgemeinden verfügen selbständig über ihr Vermögen. Sie können insbesondere in eigenem Namen in Erledigung der üblichen Gemeinde-Geschäfte Verträge abschließen, sofern die Mittel zur Erfüllung dieser Verträge vorhanden sind. Verpflichtungen für den Verein können sie in keinem Fall eingehen.
5. Stimmberechtigt im Landesislamtag sind die Delegierten der Mitgliedsgemeinden gemäß § 5 Abs. 3, wobei auf je angefangene hundert Mitglieder ein/e Delegierte/r entfällt. Eine Übertragung des Stimmrechts auf Delegierte ist bis zu drei Stimmen zulässig. Das nähere regelt eine Delegiertenwahlordnung.

§ 13 - Einbindung in die bundesweite Gesamtgemeinschaft

1. Der Verein gemeinsam mit den Mitgliedsgemeinden ist an den Verein Türkisch Islamische der Anstalt für Religion DITIB e.V. mit Sitz in Köln angeschlossen.
2. Die rechtlich selbstständigen Gemeinden nach § 5 Abs. 3 sind ein Teil der Bundesgemeinschaft, auch wenn sie den Status einer juristischen Person haben.
3. Die Mitgliedsgemeinden und der Verein wirken im Rahmen der ihnen von den Organen des Dachverbandes zugehenden Richtlinien.
4. Der Dachverband ist berechtigt jederzeit Auskunft zu verlangen über die Tätigkeiten des Vereins und kann – auch ohne Vorankündigung – Einsicht nehmen in alle Geschäfts- und Finanzbücher des Vereins.

D. Organe

§ 14 - Übersicht

Organe des Vereins sind:

1. der Landesislamtag (§§ 15–17)
2. der Vorstand (§ 19)

3. der Religionsrat – Hauptarbeitskreis für religiöse Grundfragen (§ 20)

§ 15 – Einberufung des Landesislamtages

1. Der Verband hält in jedem dritten Kalenderjahr eine als Landesislamtag bezeichnete Versammlung ab.
2. Der Landesislamtag wird von einem Vertreter des Dachverbandes nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung geleitet.
3. Die Einberufung erfolgt schriftlich durch den Vorstand unter Einhaltung einer Einberufungsfrist von vier Wochen und unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung.

§ 16 – Zusammensetzung des Landesislamtages

1. Der Landesislamtag setzt sich zusammen aus:
 - a) den Delegierten der Mitgliedsgemeinde
 - b) den Mitgliedern der Steuerungsgruppe der Mitgliedsgemeinden
 - c) den Mitgliedern des Vorstandes
 - d) den Mitgliedern des Vorstandes des Landesjugendverbandes
 - e) den Mitglieder des Vorstandes des Landesfrauenverbandes
 - f) den Mitgliedern des Vorstandes des Landeselternverbandes
 - g) den Mitgliedern des religiösen Beirats
 - h) den Mitgliedern des Vorstandes des Dachverbandes
 - i) den Ehrenmitgliedern
 - j) den Mitgliedern der Rechtsorgane, der Revisionsstelle und Ausschüsse
2. Stimmberechtigt sind die Delegierten der Mitgliedsgemeinden. Ehrenmitglieder, die Mitglieder der Vorstandes des Dachverbandes, die nicht über Abs. 2. stimmberechtigt sind, nehmen am Landesislamtag mit beratender Stimme teil. *mit beratender Stimme*
3. Niemand darf abstimmen, wenn die Beschlussfassung ihn selbst unmittelbar betrifft.
4. Das Stimmrecht der Delegierten eines Mitgliedsverbandes entfällt, wenn über seinen Ausschluss abgestimmt wird. *?*

§ 17 – Delegierte des Landesislamtages


1. Die Mitgliedsgemeinden sind berechtigt, für jede ihnen zustehende Stimme einen Delegierten zum Landesislamtag zu entsenden. *=*
2. Die Wahl der Delegierten und die Zahl der der Mitgliedsgemeinden zustehenden Stimmen erfolgt nach den Bestimmungen der Delegiertenordnung. *←*

§ 18 – Kosten

Die Kosten des Landesislamtages tragen:

1. Der Verband für den Vorstand und für die geladenen Referenten und Gäste
2. Die Mitgliedsgemeinden für ihre Delegierten und das Rahmenprogramm
3. Der Dachverband für den Vorstand des Dachverbandes

§ 19 – Aufgaben des Landesislamtages

1. Dem Landesislamtag steht die Beschlussfassung in allen Verbandsangelegenheiten zu, soweit sie nicht satzungsgemäß anderen Organen des Verbandes übertragen ist.
2. Seiner Beschlussfassung unterliegen insbesondere:
3. die Wahl des Vorstandes sowie die Bestätigung
4. die Wahl der Mitglieder der Kassenprüfer,
5. die Entlastung des Vorstandes
6. die Genehmigung des Haushaltsplans für die nächsten drei Kalenderjahre und etwaiger Umlagen,
7. die Satzung, Ordnungen und deren Änderungen, 
8. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Religionsrates
9. die Erledigung von Anträgen,
10. die Aufnahme und der Ausschluss von Mitgliedsgemeinden,
11. die Auflösung des Verbandes und die Verwendung seines Vermögens.
12. Beschlüsse des Landesislamtages werden in ein Protokoll aufgenommen, das vom Versammlungsleiter Präsidenten und den Protokollführern unterzeichnet wird.

§ 20 - Tagesordnung

Die Tagesordnung des Landesislamtages muss u.a. folgende Punkte enthalten:

1. Feststellung der Stimmberechtigten und Bestimmung der Wahlprüfungskommission,
2. Bestätigung des Protokolls über die Sitzung des letzten Landesislamtages,
3. Rechenschaftsbericht des Vorstandes,
4. Berichte der Rechtsorgane und Ausschüsse,
5. Bericht der Kassenprüfer,
6. Genehmigung der Haushaltspläne für die nächsten drei Kalenderjahre,
7. Entlastung des Vorstandes,
8. Neuwahl des Vorstandes, der Rechtsorgane und der Kassenprüfer,
9. Anträge auf Satzungsänderungen,
10. andere Anträge,
11. Beschlussfassung über die Anregungen aus den Rahmenprogrammen des Landesislamtages
12. Bestimmung des Tagungsortes für den folgenden ordentlichen Landesislamtag,
13. Anfragen und Mitteilungen.

§ 21 - Abstimmungsregelungen und Wahlen

1. Zur wirksamen Beschlussfassung genügt einfache Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt.
2. Satzungsänderungen sowie Ordnungsänderungen und die Festsetzung von Umlagen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen.
3. Bei der Beschlussfassung über Angelegenheiten, für die eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, gelten ungültige Stimmzettel als abgegebene Stimmen.

4. Die Wahlen auf dem Landesislamtag sind grundsätzlich geheim. Liegt nur ein Vorschlag vor, so kann die Wahl durch Zuruf oder offene Abstimmung erfolgen. Bei mehreren Vorschlägen ist derjenige Vorgesetzte gewählt, der die höchste Anzahl von Stimmen erhält. Falls zwei oder mehr Kandidaten dieselbe Anzahl von Stimmen erhalten und eine Einigung nicht erzielt werden kann, entscheidet das Los.

§ 22 - Anträge

Anträge zum Landesislamtag können nur von den Organen des Verbandes, seinen Ausschüssen und den ordentlichen Mitgliedern eingebracht werden. Sie sind spätestens acht Wochen vor dem Landesislamtag beim Vorstand einzureichen und den Mitgliedern nach dieser Frist sofort bekannt zu geben. Später eingehende Anträge dürfen, soweit sie nicht Abänderungs- oder Ergänzungsanträge zu vorliegenden Anträgen sind, nur als Dringlichkeitsanträge behandelt werden.

§ 23 - Beschlussfähigkeit des Landesislamtages

1. Ein satzungsgemäß einberufener Landesislamtag ist und bleibt beschlussfähig, wenn bei der Feststellung der Stimmberechtigten mindestens die Hälfte der Gesamtstimmen vertreten ist.
2. Wird ein bei der Feststellung der Stimmberechtigten beschlussunfähiger Landesislamtag auch nicht innerhalb einer Frist von drei Stunden beschlussfähig, so kann er innerhalb der nächsten drei Stunden mit mündlicher Ladung an Ort und Stelle für einen Zeitpunkt des nächsten Tages mit einer Ladungsfrist von mindestens acht Stunden erneut einberufen werden. Findet diese Einberufung nicht statt, so ist ein zweiter Landesislamtag innerhalb einer Woche und bis zu einem Zeitpunkt von höchstens sechs Wochen erneut einzuberufen. Diese Landesislamtage sind ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden und vertretenen Gesamtstimmen beschlussfähig.

§ 24 - Außerordentlicher Landesislamtag

1. Der Vorstand kann aus wichtigem Grund einen außerordentlichen Landesislamtag einberufen.
2. Zur Einberufung ist der Vorstand auch ohne wichtigen Grund verpflichtet, wenn der Religiöse Beirat, die Kassenprüfung oder der Dachverband oder mindestens sechs Mitgliedsgemeinden Anträge auf Einberufung eines außerordentlichen Landesislamtages in gleicher Sache stellen.
3. Tagesordnungspunkte eines außerordentlichen Landesislamtages können nur solche sein, die zu seiner Einberufung geführt haben. Andere Tagesordnungspunkte können auf einem außerordentlichen Landesislamtag nur behandelt werden, wenn sie die Qualifikation eines Dringlichkeitsantrags besitzen.
4. Ein ordnungsgemäß beantragter außerordentlicher Landesislamtag muss spätestens vier Wochen nach Einreichung der Anträge stattfinden. Für die Berechnung dieser Frist ist der Tag maßgebend, an dem durch Eingang beim Vorstandsvorsitzenden die Zahl der zur Einberufung eines außerordentlichen Landesislamtages erforderlichen Antragsteller erreicht ist. Die Tagesordnung mit Anträgen ist den Mitgliedern mit einer Ladungsfrist von mindestens zwei Wochen mitzuteilen.

§ 25 - Rahmenprogramm

Der Landesislamtag soll ein beeindruckendes Ereignis, nicht nur für die Muslime sondern in der ganzen Gesellschaft darstellen. Aktuelle Themen des gesellschaftlichen Lebens sollen in parallel laufenden Rahmenprogrammen diskutiert und dem Anregungen Landesislamtag für die Arbeit des Verbandes geben.

§ 26 - Der Vorstand

1. Der Vorstand ist das ausführende Organ des Vereins.
2. Der Vorstand besteht aus mindestens sieben Personen, dem Vorsitzenden, dem stellv. Vorsitzenden, dem Buchhalter, dem Sekretär und drei Beisitzern.
3. Die Vorstandsmitglieder teilen innerhalb einer Woche nach den Wahlen in der ersten Vorstandssitzung die Aufgaben auf und wählen offen aus ihrer Mitte - ohne Beachtung der erhaltenen Stimmen im Landesislamtag- den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden, einen Buchhalter, einen Sekretär und drei Beisitzer.
4. Der Verein wird gem. § 26 BGB durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertreten, unter denen der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende sein muss. Im Innenverhältnis dürfen die vertretungsberechtigten Personen nicht ohne einen entsprechenden Vorstandsbeschluss den Verein nach draußen vertreten.
5. Die Vorstandsmitglieder werden vom Landesislamtag auf drei Jahre gewählt. Die Mitglieder des Vorstands bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds kann der Vorstand bis zum nächsten Landesislamtag einen kommissarischen Nachfolger benennen, der jedoch nicht vertretungsberechtigt im Sinne von § 26 BGB ist.
6. Der Vorstand gibt sich eine Vorstandsordnung.

§ 27 - Der Religionsratrat

1. Der Religionsrat -Gremium für religiöse Grundfragen - hat die geistig-religiösen Grundlagen und Zielsetzungen des Vereins als Religionsgemeinschaft zu wahren und weiterzuentwickeln. Dazu gehört die Planung und Überprüfung der nichtperiodischen, offiziellen Veröffentlichungen der Religionsgemeinschaft in allen Medien. Er unterbreitet seine Arbeitsergebnisse dem Vorstand zur Beschlussfassung.
2. Die Mitglieder des Religionsrates werden vom Landesislamtag ernannt und abberufen. Die Mitglieder haben zumindest Absolvent einer islamischen Hochschule zu sein. Die Anzahl der Mitglieder des Religionsrates bestimmt der Landesislamtag.
3. Die Mitglieder des Religionsrates dürfen an den Vorstandsversammlungen teilnehmen und den Vorstand in religiösen-kulturellen Fragen beraten.

4. Der Religionsrat überwacht die Durchführung der Gemeinderegister und übt die Fachaufsicht über die Religionsbeauftragten.
5. Der Religionsrat Rat gibt sich eine Arbeitsordnung.

§ 28 - Ordnungen der Religionsgemeinschaft

Ausführungsbestimmungen zu den einzelnen Punkten dieser Satzung sowie Erläuterungen und Ergänzungen sind in den Ordnungen des Vereins festgelegt.

E. Auflösung des Vereins

§ 29 - Auflösung

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einem Landesislamtag beschlossen werden.
2. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Dachverband, dem Verein Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) e.V. mit Sitz in Köln, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige zu verwenden hat.

§ 30 - Gültigkeit der Satzung

Vorstehende Fassung der Satzung besteht aus 30 Paragraphen. Sie wurde auf dem ordentlichen/außerordentlichen Landesislamtag am/...../20.. beschlossen und ist seitdem in Kraft.

§ - Jugendverband

- (1) Zum Jugendverband gehören alle Jugendlichen ab 14 Jahren und Erwachsene bis 27 Jahre, die bei der Jugendgruppe einer Mitgliedsgemeinde eingetragen sind.
- (2) Der Jugendverband führt und verwaltet sich im Rahmen dieser Satzung und der Jugendverbandsordnung selbständig. Er entscheidet über die ihm zur Verfügung gestellten Mittel in eigener Zuständigkeit.
- (3) Der Jugendverband wird geleitet durch einen Landesjugendausschuss. Dieser wird in einer Landesjugendvollversammlung, die aus den Mitgliedern der Mitgliedern der Jugendgruppe besteht, gewählt. Der Jugendausschuss besteht aus Jugendleiter/in sowie zwei Stellvertretern/innen
- (4) Alles Weitere regelt eine Jugendordnung, die durch eine Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit bestätigt werden muss.

§ - Frauengruppe

- (1) Die Frauengruppe ist der Zusammenschluss der Frauen in der Gemeinde und tritt ein für die Stellung der Frauen im Verein, Familie und Gesellschaft.
- (2) Zur Frauengruppe gehören alle weiblichen Mitglieder.
- (3) Die Frauengruppe führt und verwaltet sich im Rahmen dieser Satzung und der Frauenordnung selbständig. Sie entscheidet über die ihr zur Verfügung gestellten Mittel in eigener Zuständigkeit.
- (4) Sie wird geleitet durch einen Frauenausschuss. Dieser wird in einer Frauenvollversammlung, die aus den Mitgliedern der Frauengruppe besteht,

gewählt. Der Frauenausschuss besteht aus einer Referentin und sowie zwei Stellvertreterinnen.

- (5) Alles Weitere regelt eine Ordnung, die von durch eine Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit bestätigt werden muss.

§ – Elterngruppe

- (1) Zur Elterngruppe gehören alle Mitglieder, die mindestens ein Kind im schulfähigen Alter haben.
- (2) Die Elterngruppe führt und verwaltet sich im Rahmen dieser Satzung und der Elterngruppenordnung selbständig. Sie entscheidet über die ihr zur Verfügung gestellten Mittel in eigener Zuständigkeit.
- (3) Sie wird geleitet durch einen Elternbeirat. Dieser wird in einer Elternvollversammlung, die aus den Mitgliedern der Elterngruppe besteht, gewählt. Der Elternbeirat besteht aus einem Elternbeauftragten, seinen Stellvertreter und einem Mitglied des Vorstandes. Es soll darauf geachtet werden, dass das Vorstandsmitglied auch ein Kind im schulfähigen Alter hat.
- (4) Der Elternbeirat unterstützt den Vorstand und den Religionsbeauftragten in allen Bildungsangelegenheiten.

§ – Religionsbeauftragte

- (1) Der religiöse Beirat des Landesverbandes ernannt für die Gemeinde einen oder mehrere Religionsbeauftragte; diese tragen die Gesamtverantwortung für den religiösen Dienst der Gemeinde und die religiöse Betreuung der Muslime im Tätigkeitsbezirk der Gemeinde.
- (2) Der Religionsbeauftragte berät über Fragen der islamischen Theologie, der islamischen Gebete, des religiösen Unterrichts.
- (3) Für die Führung des Gemeinderegisters ist der Religionsbeauftragte zuständig.
- (4) Die Vereinbarung des Vorstandes mit einem anderen oder zusätzlichen Religionsbeauftragten bedarf der Zustimmung des religiösen Beirates des Landesverbandes.

Satzung (Entwurf) DITIB Gemeinden

§ 1 - Name und Sitz

- (1) Der Verein, in dieser Satzung als Gemeinde bezeichnet, führt den Namen DITIB-Türkisch Islamische Gemeinde zu _____ e.V.
- (2) Die Gemeinde hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins und ist im Vereinsregister des Amtsgerichts _____ unter VR _____ eingetragen.¹
- (3) Der Sitz der Gemeinde ist _____.

§ 2 - Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 - Zweck des Vereins

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Zweck der Gemeinde ist die Förderung der Religion. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die Errichtung, Ausschmückung und Unterhaltung von Moscheen und Gebetsräumen und islamischen Gemeindehäusern, die Abhaltung von Gottesdiensten, die Ausbildung von Geistlichen, die Erteilung von Religionsunterricht, die Beerdigung und die Pflege des Andenkens der Toten, die Vorbereitung der Muslime auf die Pilgerfahrten, die Begehung der islamischen Feiertage, Förderung des Dialoges mit den nicht-islamischen Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen sowie Förderung des religiösen Lebens in der Gemeinde.
- (3) Zweck der Gemeinde ist ferner die Förderung der Bildung, insbesondere in der islamischen Lehre. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die Durchführung von interreligiösen Tagungen und Schulungen, , insbesondere der religiösen Erziehung von Kindern und Jugendlichen sowie in der Erwachsenenbildung, insbesondere durch Kooperation mit Bildungsinstitutionen wie Schulen und der Erwachsenenbildung.
- (4) Zweck der Gemeinde ist ferner die Förderung der Jugendhilfe.² Der Satzungszweck wird verwirklicht durch Maßnahmen und Programme zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen mit dem Ziel, zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme beizutragen, durch Freizeiten und Lager durchzuführen, Kontakte mit anderen Jugendvereinigungen kommunaler und kirchlicher Organisationen anzuknüpfen und mit diesen Aktionsgemeinschaften anzustreben. Die Gemeinde kann die Tätigkeiten durchführen um die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe im Sinne des SGB zu erlangen. Die Gemeinde leistet Jugendhilfe dadurch, dass er

¹ Bei Neugründung : Die Gemeinde soll in das Vereinsregister eingetragen werden und trägt dann den Zusatz e.V."

² Sofern keine Jugendhilfe angeboten werden soll, ist dieser Absatz zu streichen

junge Menschen unterstützt, ihre Schwierigkeiten zu überwinden, um eine positive Lebensbewältigung in der Gesellschaft zu finden.

- (5) Zweck der Gemeinde ist ferner die Förderung mildtätiger Zwecke. Der Satzungszweck wird verwirklicht, indem Sozialdienst für Muslime und Nichtmuslime angeboten und Personen, die die Voraussetzungen des § 53 Abgabenordnung erfüllen, unterstützt werden.

§ 4 - Selbstlose Tätigkeit

Die Gemeinde ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 5 - Mittelverwendung

Mittel der Gemeinde dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gemeinde.

§ 6 - Verbot von Begünstigungen

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 7 - Gemeinderegister

- (1) Nach der islamischen Lehre ist eine Registerführung als Nachweis der Religionszugehörigkeit unbekannt. Die öffentliche Verwaltungspraxis erfordert jedoch, dass die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft durch eine Urkunde nachgewiesen wird. Ausschließlich zu diesem Zweck richtet der Verband ein Gemeinderegister. Das nähere regelt eine besondere vom religiösen Beirat erlassene Registerbuch-Ordnung.
- (2) Einträge in das Registerbuch bedürfen der Zustimmung des Muslims. Eingetragene Muslime können jederzeit die Löschung ihrer Daten aus dem Registerbuch beantragen.
- (3) Auszüge aus dem Muslim-Register sollen ausschließlich für den Nachweis der Religionszugehörigkeit zum Islam dienen.

§ 8 - Vereinsinterne Richtlinien

- (1) Zur bundeseinheitlichen Betreuung der Muslime im Tätigkeitsbezirk der Gemeinde ist die Gemeinde verpflichtet vereinsinterne Richtlinien der Union als Mitgliedsverein zu befolgen, es sei denn die Richtlinie verstößt gegen diese Satzung.
- (2) Zur Durchführung der Satzung kann die Mitgliederversammlung besondere vereinsinterne Richtlinien erlassen. Sie müssen mit einer Mehrheit von 2/3 der Mitglieder beschlossen werden. Die Richtlinien bedürfen der Zustimmung der Union.
- (3) Die Richtlinien sind nicht Bestandteil der Satzung.
- (4) Die Richtlinien können mit einfacher Mehrheit und mit Zustimmung der UNION geändert werden bzw. aufgehoben werden.
- (5) Spendenaktionen der Dachverbände sind umzusetzen und zu unterstützen.

§ 9 - Formen der Mitgliedschaft

- (1) Ordentliches Mitglied der Gemeinde kann jede natürliche Person mit Zustimmung des Ehrenrats werden, die/der das 14. Lebensjahr vollendet hat, keiner anderen Religionsgemeinschaft angehört und im Gemeinderegister eingetragen ist. Jedes ordentliche Mitglied ist stimmberechtigt und im Rahmen seiner Rechtsfähigkeit wählbar.
- (2) Kinder von Mitgliedern werden bis zum 18. Lebensjahr als Angehörige der Gemeinde angesehen, sofern sie nicht selbstständiges Mitglied sind und soweit keine anderweitige Erklärung der dazu Berechtigten erfolgt.
- (3) Die Gemeinde hat Fördermitglieder, für sie gelten Abs. (1) und (2) dieses Paragraphen nicht. Sie nehmen nicht an Wahlen und Abstimmungen teil.
- (4) Die Mitgliederversammlung kann beschließen, dass Personen, die sich besondere Verdienste um die Gemeinde und ihre Aufgaben erworben haben, mit Ehrenämtern ausgezeichnet werden. Das Nähere wird auf Antrag des Vorstands durch gesonderte Beschlussfassung der Mitgliederversammlung geregelt.

§ 10 - Aufnahme

- (1) Zur Erlangung der Mitgliedschaft bedarf es eines Aufnahmeantrags. Dieser kann beim jeweiligen Vorstand gestellt werden.
- (2) Die Aufnahme kann vom Vorstand ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden. Der Antragsteller kann gegen eine Ablehnung die Entscheidung des Vorstandes des Landesverbandes anrufen.
- (3) Jedes Mitglied gehört gleichzeitig auch dem DITIB-Landesverband an.

§ 11 - Pflichten

Die Mitglieder verpflichten sich mit der Aufnahme zur Anerkennung dieser Satzung und Satzung des DITIB-Landesverbandes und zur Zahlung eines Beitrags. Es wird von ihnen erwartet, dass sie diese Verpflichtung gewissenhaft befolgen sowie an der Arbeit und den Bestrebungen der Gemeinde regen Anteil nehmen.

§ 12 - Rechte

Die Mitglieder haben das Recht zur Teilnahme an allen Veranstaltungen der Gemeinde und sind berechtigt ihre Kinder an der religiösen Unterweisung teilnehmen zu lassen.

§ 13 - Ende der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Ableben, jederzeit möglichen freiwilligen Austritt, Streichung oder Ausschluss des Mitgliedes. Der freiwillige Austritt eines Mitgliedes ist dem Vorstand schriftlich zu erklären. Der Vorstand kann Mitglieder streichen, die länger als 2 Jahre mit der Zahlung im Verzug sind.
- (2) Der Ausschluss eines Mitglieds kann erfolgen, wenn es der Gemeinde ernstlich schadet. Das nähere regelt eine Vereinsordnung. Dem Mitglied bleibt die Überprüfung der Maßnahme durch Anrufung des Schiedsgerichts vorbehalten. Gegen den Beschluss steht dem Mitglied das Recht zu,

innerhalb von vier Kalenderwochen nach Zustellung das Schiedsgericht anzurufen oder Klage vor einem ordentlichen Gericht zu erheben. Nach Anrufung des Schiedsgerichtes ist der ordentliche Rechtsweg ausgeschlossen.

§ 14- Mitgliedsbeiträge

Die Erhebung der Mitgliedsbeiträge wird von der Mitgliederversammlung geregelt. Das nähere regelt eine von der Mitgliederversammlung genehmigte Beitragsordnung. Die Mitgliedsbeiträge sind im Voraus zu zahlen. Die Mitglieder können auch höhere als die festgesetzten Beiträge leisten.

§ 15- Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand
- die Gemeinderat
- der Beirat
- der Ehrenrat
- das Schiedsgericht

§ 16 - Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere die Wahl und Abwahl des Vorstands, Entlastung des Vorstands, Entgegennahme der Berichte des Vorstandes, Wahl der Kassenprüfer/innen, Wahl der Beiratsmitgliedern, Festsetzung von Beiträgen, Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, Beschlussfassung über die Auflösung der Gemeinde, Erlass von Vereinsordnungen und vereinsinternen Richtlinien sowie weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach dem Gesetz ergeben.
- (2) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet alle zwei Jahre statt.
- (3) Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder oder der Beirat dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt.
- (4) Einladungen zu Mitgliederversammlungen erfolgen schriftlich per Aushang im Info-Kasten mit Bekanntgabe der Tagesordnung. Die Einladung hat spätestens zwei Wochen vor der Versammlung bzw. höchstens jedoch 6 Wochen vorher zu erfolgen. Die UNION und der Landesverband sind schriftlich zu unterrichten.
- (5) Stimmberechtigt und damit einen Anspruch auf Aufnahme in die Wählerliste haben alle Mitglieder der Gemeinde, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeinderegister eingetragen, seit mindestens 12 Monaten Mitglied der Gemeinde und mit der Entrichtung der Mitgliedsbeiträge nicht im Rückstand sowie nicht verstorben sind.
- (6) Zu Beginn der Mitgliederversammlung ist ein Versammlungsleiter und zwei Schriftführer zu wählen. Falls ein Vertreter des Dach- oder Landesverbandes anwesend ist, ist dieser Versammlungsleiter.
- (7) Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten Termin schriftlich beantragt. Die Ergänzung ist zu Beginn der Versammlung bekanntzumachen. Weitere

- Anträge, insbesondere Anträge über die Abwahl des Vorstands, über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen sind, können beschlossen werden, wenn der Erweiterung der Tagesordnung 2/3 der Mitglieder zustimmen.
- (8) Vertreter der UNION, des Ehrenrats und des Landesverbandes haben in der Mitgliederversammlung Rederecht.
 - (9) Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Teilnehmer beschlussfähig. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden. Für Eheleute können aber die Ehegatten sich gegenseitig vertreten.
 - (10) Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins können nur mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder und mit Zustimmung der UNION beschlossen werden. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht.
 - (11) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.
 - (12) Die näheren Einzelheiten der Mitgliederversammlung regelt eine Mitgliederversammlungsordnung.

§ 17 - Ehrenrat

- (1) Die Gemeinde hat einen Ehrenrat, der aus fünf Personen besteht. Diese sollen mindestens 40 Jahre alt und drei Jahre Mitglied des Vereins sein. Die Mitglieder des Ehrenrats sollen anerkannte Persönlichkeiten aus der Gemeinde und mit den Anliegen der Gemeindemitglieder in Fragen der Integration und Religion vertraut sein. Bei Verlust der Mitgliedschaft endet auch die Zugehörigkeit zum Ehrenrat.
- (2) Die Mitgliederversammlung schlägt für die Dauer von fünf Jahren acht Gemeindemitglieder vor, der Landesverband wählt aus diesen acht Mitgliedern fünf Mitglieder als Ehrenratsmitglieder innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses aus. Mitglieder des Ehrenrates dürfen nicht Mitglied des Vorstands sein.
- (3) Die Mitglieder des Ehrenrates wählen aus ihrer Mitte in ihrer ersten Sitzung einen ersten Vertreter; der erste Vertreter sollte der deutschen und türkischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein und mindestens Hochschulzulassung besitzen.
- (4) Die Beschlüsse des Ehrenrates sind vereinsintern endgültig.
- (5) Über Sitzungen und Beschlüsse des Ehrenrates ist ein Protokoll anzufertigen. Dieses ist vom Ehrenrat-Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen.
- (6) Der Ehrenrat hat folgende Aufgaben:
 - a) sich für ein gutes Gemeindeleben im Sinne der Satzung und der Tradition der Gemeinde einzusetzen.
 - b) die Vereinsbücher zu prüfen,
 - c) Streitfälle zu schlichten und Beschwerden zu prüfen,
 - d) der erste Vertreter ist berechtigt, an den Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen,
 - e) äußert sich zu dem Aufnahmeantrag eines neuen Mitglieds,

- f) Kandidaten für die Wahl des Vorstandes aufzustellen.

§ 18 - Vorstand

- (1) Der Vorstand ist das ausführende Organ des Vereins.
- (2) Der Vorstand besteht aus mindestens sieben Personen, dem Vorsitzenden, dem stellv. Vorsitzenden, dem Buchhalter, dem Sekretär und drei Beisitzern. } mehr
- (3) Zur Wahl stellen können sich nur vom Ehrenrat vorgeschlagene Personen. Der Ehrenrat hat für die Wahl eines Vorstandmitgliedes mindestens 2 Kandidaten aufzustellen. Der Kandidat, der die höchste Anzahl von Stimmen erhält oder der durch Handzeichen gewählt ist, ist ein gewähltes Vorstandsmittglied. Falls zwei oder mehr Kandidaten dieselbe Anzahl von Stimmen erhalten und eine Einigung nicht erzielt werden kann, entscheidet das Los.
- (4) Die Vorstandsmittglieder teilen innerhalb einer Woche nach den Wahlen in der ersten Vorstandssitzung die Aufgaben auf und wählen offen aus ihrer Mitte - ohne Beachtung der erhaltenen Stimmen in der Mitgliederversammlung - den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden, einen Buchhalter, einen Sekretär und drei Beisitzer. Wiederwahl eines Vorsitzenden ist nur ein Mal möglich.
- (5) Der Vorstand erstellt innerhalb von zwei Monaten nach den Wahlen einen Finanz- und Tätigkeitsplan auf und übermittelt diese an die Dachverbände.
- (6) Die Gemeinde wird gem. § 26 BGB durch zwei Vorstandsmittglieder gemeinsam vertreten, unter denen der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende sein muss. Im Innenverhältnis dürfen die vertretungsberechtigten Personen nicht ohne einen entsprechenden Vorstandsbeschluss den Verein nach draußen vertreten.
- (7) Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Vorstandsmittglieds kann der Vorstand bis zur nächsten Mitgliederversammlung einen kommissarischen Nachfolger benennen, der jedoch nicht vertretungsberechtigt im Sinne von § 26 BGB ist.
- (8) Der Vorstand gibt sich eine Vorstandsordnung.
- (9) Vorstandsmittglieder können nur Mitglieder der Gemeinde werden. Wiederwahl ist zulässig.
- (10) Der Vorstand bleibt solange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.
- (11) Bei Beendigung der Mitgliedschaft in der Gemeinde endet auch das Amt als Vorstand.
- (12) Der Vorstand setzt die Weisungen des Religionsrates um. Weisungen der Dachverbände sind zu beachten; hierdurch darf die Selbständigkeit des Vereins nicht gefährdet werden.

§ 19 - Kassenprüfung

Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von zwei Jahren drei Kassenprüfer/in. Diese/r dürfen nicht Mitglied des Vorstands sein. Wiederwahl ist zulässig.

§ 20 - Jugendgruppe

- (1) Zur Jugendgruppe gehören alle Jugendlichen ab 14 Jahren und Erwachsene bis 27 Jahre.

- (2) Die Jugendgruppe führt und verwaltet sich im Rahmen dieser Satzung und der Jugendordnung selbständig. Sie entscheidet über die ihr zur Verfügung gestellten Mittel in eigener Zuständigkeit.
- (3) Sie wird geleitet durch einen Jugendausschuss. Dieser wird in einer Jugendvollversammlung, die aus Mitgliedern der Jugendgruppe besteht, gewählt. Der Jugendausschuss besteht aus Jugendleiter/in sowie zwei Stellvertretern/innen
- (4) Alles Weitere regelt eine Jugendordnung, die durch eine Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit bestätigt werden muss.

§ 21 – Frauengruppe

- (1) Die Frauengruppe ist der Zusammenschluss der Frauen in der Gemeinde und tritt ein für die Stellung der Frauen im Verein, Familie und Gesellschaft.
- (2) Zur Frauengruppe gehören alle weiblichen Mitglieder.
- (3) Die Frauengruppe führt und verwaltet sich im Rahmen dieser Satzung und der Frauenordnung selbständig. Sie entscheidet über die ihr zur Verfügung gestellten Mittel in eigener Zuständigkeit.
- (4) Sie wird geleitet durch einen Frauenausschuss. Dieser wird in einer Frauenvollversammlung, die aus den Mitgliedern der Frauengruppe besteht, gewählt. Der Frauenausschuss besteht aus einer Referentin und sowie zwei Stellvertreterinnen.
- (5) Alles Weitere regelt eine Ordnung, die von durch eine Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit bestätigt werden muss.

§ 22 – Elterngruppe

- (1) Zur Elterngruppe gehören alle Mitglieder, die mindestens ein Kind im schulfähigen Alter haben.
- (2) Die Elterngruppe führt und verwaltet sich im Rahmen dieser Satzung und der Elterngruppenordnung selbständig. Sie entscheidet über die ihr zur Verfügung gestellten Mittel in eigener Zuständigkeit.
- (3) Sie wird geleitet durch einen Elternbeirat. Dieser wird in einer Elternvollversammlung, die aus den Mitgliedern der Elterngruppe besteht, gewählt. Der Elternbeirat besteht aus einem Elternbeauftragten, seinen Stellvertreter und einem Mitglied des Vorstandes. Es soll darauf geachtet werden, dass das Vorstandsmitglied auch ein Kind im schulfähigen Alter hat.
- (4) Der Elternbeirat unterstützt den Vorstand und den Religionsbeauftragten in allen Bildungsangelegenheiten.

§ 23 – Religionsbeauftragte

- (1) Der religiöse Beirat des Landesverbandes ernennt für die Gemeinde einen oder mehrere Religionsbeauftragte; diese tragen die Gesamtverantwortung für den religiösen Dienst der Gemeinde und die religiöse Betreuung der Muslime im Tätigkeitsbezirk der Gemeinde.
- (2) Der Religionsbeauftragte berät über Fragen der islamischen Theologie, der islamischen Gebete, des religiösen Unterrichts.
- (3) Für die Führung des Gemeinderegisters ist der Religionsbeauftragte zuständig.

- (4) Die Vereinbarung des Vorstandes mit einem anderen oder zusätzlichen Religionsbeauftragten bedarf der Zustimmung des religiösen Beirates des Landesverbandes.

§ 24 – Gemeinderat

- (1) Der Gemeinderat besteht aus folgenden Personen:
 - den Mitgliedern des Vorstandes
 - der Referentin
 - des/der Jugendleiters-/in
 - des/der Elternbeauftragten
 - dem Religionsbeauftragten
 - gewählten Kassenprüfern
 - gewählten Beiratsmitgliedern
 - Mitgliedern des Ehrenrates
- (2) Der Gemeinderat soll in seinem Aufgabengebiet das Wohl der Gemeinde fördern und zur Verwirklichung des Auftrages der religiösen Betreuung der Muslime nach Kräften beitragen und
 - kann sich ohne Einschränkung mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen
 - ist berechtigt, dem Vorstand oder der Mitgliederversammlung Anregungen oder Stellungnahmen in den Aufgabenbereichen der Gemeinde vorzulegen
 - soll zu Fragen, die ihr vom Vorstand, von einer Kommission, vom Religionsbeauftragten, von Jugend-, Frauen- oder Elterngruppe, von der Mitgliederversammlung, vom Ehrenrat, vom Dachverband oder vom Landesverband vorgelegt werden, Stellung nehmen
- (3) Die Amtsdauer des Gemeinderates endet mit der Amtsdauer des Vorstandes. Die Mitgliedschaft in dem Gemeinderat endet mit dem Ausscheiden aus dem bestellten Amt und durch häufiges, unentschuldigtes Versäumnis der Sitzungen oder durch Beitritt zu extremistischen Gesellschaften bzw. deren tätige Förderung oder bei schwerwiegender Verfehlung gegen die Grundsätze islamischen Glaubens- und Sittenlehre.
- (4) Die Beschlüsse des Gemeinderates haben nur einen empfehlenden Charakter und sind in ordentlichen oder außerordentlichen Sitzungen zu fassen. Über die Sitzungen ist Protokoll zu führen. Zur Beschlussfähigkeit des Gemeinderates ist die Anwesenheit der Mehrheit des Vorstandes und von wenigstens zwei Dritteln der berufenen Mitglieder erforderlich.
- (5) Vorsitzender der Gemeinderat ist der Gemeindevorsitzende. Dem Vorsitzenden kommt es zu, die Mitglieder der Gemeinderat in regelmäßigen Zeitabständen, mindestens aber zur Beschlussfassung über den jährlichen Haushaltsplan und über die Jahresrechnung einzuberufen.
- (6) Der Gemeinderat beschließt mit Stimmenmehrheit der Anwesenden. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.
- (7) Sollte der Vorsitzende gegen die Durchführung eines Beschlusses Bedenken haben, ist erneut zu beraten. Kann eine Einigung nicht erzielt werden, ist die Angelegenheit dem Landesverband vorzutragen. Kann eine Einigung auch dadurch nicht erzielt werden, so ist die Angelegenheit dem Dachverband vorzutragen und die Entscheidung des Dachverbandes einzuholen.

§ 25 – Beirat

- (1) Die Gemeinde beruft zur Beratung und Unterstützung sowie zur Kontrolle der Geschäftstätigkeit des Vorstands einen Beirat. Zuständig für die Einberufung ist der Vorstand des Landesverbandes: Der Beirat setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden des Landesverbandes, zwei weiteren, vom Dachverband vorgeschlagenen Mitgliedern, dem ersten Vertreter des Ehrenrates und einem von der Mitgliederversammlung gewählten Beiratsmitglied.
- (2) Der Beirat ist berechtigt die Geschäftsführung der Organe der Gemeinde und der Ausführung ihrer Beschlüsse jederzeit und uneingeschränkt zu prüfen. Hierzu kann der Beirat jederzeit Einblick in alle Unterlagen der Gemeinde nehmen. Erachtet der Beirat, dass über die Prüfung die Mitglieder informiert werden müssten, so hat der Vorstand der Gemeinde innerhalb einer Frist von vier Wochen auf Antrag des Beirates eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.
- (3) Der Beirat beschließt mit einfacher Mehrheit. Im Falle der Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

§ 26 – Schiedsgericht

- (1) Alle Streitigkeiten zwischen Vereinsmitgliedern und dem Verein, zwischen Vereinsmitgliedern und Organen des Vereins sowie von Organen untereinander und Vereinsmitgliedern untereinander, die sich aus der Satzung ergeben, werden unter Ausschluss der ordentlichen Gerichte durch das nachfolgend bezeichnete Schiedsgericht endgültig entschieden. Ausgenommen sind diejenigen Entscheidungen, die von Gesetz wegen einem Schiedsgericht nicht zur Entscheidung zugewiesen werden können.
- (2) Jede der Parteien ernennt jeweils einen Schiedsrichter. Als dritten Schiedsrichter und Vorsitzenden des Schiedsgerichts wird der Religionsrat des Dachverbandes ernannt.
- (3) Der Schiedsspruch ist für die streitenden Parteien verbindlich.
- (4) Das Schiedsgericht entscheidet durch Mehrheitsbeschluss. Die Schiedsrichter dürfen sich nicht der Stimme enthalten.

§ 27 – Mitgliedschaft der Gemeinde

- (1) Die Gemeinde schließt sich dem Verein Türkisch islamische Union der Anstalt für Religion e.V. mit Sitz in Köln auf Bundesebene und dem Verein DITIB-Landesverband auf Landesebene an, sofern die Eigenständigkeit der Gemeinde hierdurch erhalten bleibt. In religiösen Angelegenheiten sind die religiösen Beiräte der Dachverbände der Gemeinde gegenüber weisungsbefugt.
- (2) Die Gemeinde wird ihre Rechte und Pflichten gegenüber den Dachverbänden erfüllen. Sie verpflichtet sich, keine Ziele zu verfolgen, die der Satzung der Dachverbände zuwider laufen und wird zudem eng mit den Dachverbänden zusammenarbeiten. Sie wird den Gemeindezweck, wie er in dieser Satzung formuliert ist, auch im Einklang mit den Vorstandsbeschlüssen und den Bestimmungen der Dachverbände erfüllen. Hierdurch wird die Selbständigkeit der Gemeinde in keiner Weise berührt.
- (3) Die Dachverbände sind berechtigt die Geschäftsführung der Organe der Gemeinde und der Ausführung ihrer Beschlüsse jederzeit und uneingeschränkt zu prüfen. Hierzu können sie jederzeit selbst oder durch beauftragte Personen Einblick in alle Unterlagen der Gemeinde nehmen.

Erachten die Dachverbände, dass über die Prüfung die Mitglieder informiert werden müssten, so hat der Vorstand des Vereins innerhalb einer Frist von vier Wochen auf Antrag der Dachverbände eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.

- (4) Die Gemeinde zahlt Mitgliedsbeiträge an die Dachverbände, bei der sie Mitglied ist.
- (5) Zum Abschluss eines jeden Geschäftsjahres übermittelt die Gemeinde an den Landes- und Dachverband eine Kopie ihres Jahresabschlusses für das Finanzamt, einen aktuellen Vereinsregisterauszug, eine Liste mit den Namen, der Anschrift und den Kontaktdaten der aktuellen Vorstandsmitglieder, einen aktuellen Freistellungsbescheid, sowie einen Tätigkeitsbericht.
- (6) Regionale Zentralgemeinden, die vom Landesverband bestimmt werden, können vom Landesverband beauftragt werden, die Aktivitäten der DITIB-Ortsgemeinden zu koordinieren. Bei Bedarf und unter Zustimmung der übrigen Ortsgemeinden kann diese Zentralgemeinde im Namen und für die ganze Region handeln. Die übrigen Ortsgemeinden unterstützen diese Zentralgemeinde und führen ihre Aktivitäten und Dienste in Koordination mit dieser durch.
- (7) Der Dachverband kann seine Aufgaben an den Landesverband ganz oder teilweise übertragen.
- (8) Spendenaktionen der Dachverbände sind umzusetzen und zu unterstützen.
- (9) Eigene Spendenaktionen der Gemeinde, die nicht nur die Gemeinde der Mitglieder betreffen, bedürfen der vorherigen Genehmigung der Dachverbände. Das nähere regelt eine Spendenaktionsrichtlinie.

§ 28 – Bildung einer Rücklage

- (1) Zur nachhaltigen Erfüllung der steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke, sowie zur Abdeckung nicht kalkulierbarer Risiken und finanzieller Aufwendungen kann die Gemeinde eine Rücklage bilden.
- (2) Die Höhe der Rücklage bestimmt die Mitgliederversammlung.
- (3) Hierfür gesammelte Beträge müssen in den Büchern ausgewiesen werden.
- (4) Rücklagen dürfen nur im Rahmen des steuerlich zulässigen gebildet werden.

§ 29 – Anforderungen an die Gemeindebücher, Datenschutz

- (1) Gemeindebücher (Geschäftsbücher) sind in der gesetzlich geforderten Form zu führen.
- (2) Die Gemeinde verarbeitet zur Erfüllung der in dieser Satzung definierten Aufgaben und des Zwecks der Gemeinde personenbezogene Daten. Diese Daten werden darüber hinaus gespeichert und bei Bedarf an den Landes- und Dachverband übermittelt.
- (3) Durch die Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung dieser Satzung stimmen die Mitglieder der
 - Speicherung
 - Bearbeitung
 - Verarbeitung
 - Übermittlung

ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben und Zwecke der Gemeinde zu. Eine anderweitige Datenverwendung (beispielsweise Datenverkauf) ist nicht statthaft.

- (4) Jedes Mitglied hat das Recht auf
- Auskunft über seine gespeicherten Daten
 - Berichtigung seiner gespeicherten Daten im Falle der Unrichtigkeit
 - Sperrung seiner Daten
 - Löschung seiner Daten
- (5) Durch die Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung dieser Satzung stimmen die Mitglieder weiter der Veröffentlichung von Bildern und Namen in Print- und Telemedien sowie elektronischen Medien zu.

§ 30 - Auflösung des Vereins

- (1) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Verein Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) e.V. mit Sitz in Köln, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige zu verwenden hat.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist nach Anhörung des Beirates und der Einholung seiner Empfehlung befugt, über die Auflösung der Gemeinde zu beschließen.
- (3) In der Mitgliederversammlung, die über die Auflösung der Gemeinde beraten und beschließen soll, müssen mindestens 2/3 der wahlberechtigten Mitglieder anwesend sein. Wird dieses Mehrheitsverhältnis nicht erreicht, muss in der zweiten Mitgliederversammlung die einfache Mehrheit gegeben sein, worauf in der Tagesordnung hingewiesen sein muss. Kommt auch in der zweiten Mitgliederversammlung keine einfache Mehrheit zusammen, so kann in einer dritten Mitgliederversammlung unabhängig von der Anzahl der anwesenden Mitglieder über die Auflösung der Gemeinde beraten werden.
- (4) Beschließt die Mitgliederversammlung die Auflösung der Gemeinde, übernimmt der letzte Vorstand gem. § die Aufgabe des Liquidators. Er sorgt dafür, dass das Vermögen der Gemeinde weder direkt noch indirekt an die Mitglieder übergeht und die Liquidation satzungsgemäß verläuft. Für die Vertretungsberechtigung gilt § dieser Satzung entsprechend.

§ 31 - Religiöser Beirat des Landesverbandes

- (1) Der Religiöse Beirat des Landesverbandes berät die Gemeinde in religiösen Fragen. Die Beratung hat Empfehlungscharakter für natürliche Personen und ist bindend für die Gemeinde.
- (2) Kommt der religiöse Beirat nach eingehender Prüfung der Gemeinde zu dem Ergebnis, dass die Förderung der Religion bzw. Bildung durch die Gemeindetätigkeit nicht ausreichend oder nicht in gewünschtem Maße durch den Vorstand gefördert wird, so kann der religiöse Beirat beim Vorstand des Landesverbandes empfehlen, der Gemeinde eine ausserordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Entspricht der Vorstand des Landesverbandes dieser Empfehlung, so hat der Vorstand innerhalb einer Frist von vier Wochen eine ausserordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.

§ 32 - Gültigkeit der Satzung

Vorstehende Fassung der Satzung besteht aus 32 Paragraphen. Sie wurde auf der ordentlichen/außerordentlichen Mitgliederversammlung am/...../20.. beschlossen und ist seitdem in Kraft.

Satzung

§ 1 Name und Sitz

Die Vereinigung führt den Namen **SCHURA - Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.** Sitz der Vereinigung ist Hamburg. Die Vereinigung ist im Vereinsregister eingetragen.

§ 2 Aufgaben und Ziele

Die Vereinigung ist ein Zusammenschluss in der Freien und Hansestadt Hamburg bestehender islamischer Gemeinden und Vereine als islamische Religionsgemeinschaft. Zweck der Vereinigung ist die Förderung der islamischen Religion. Dieser Zweck wird verwirklicht durch

- Information der Mitglieder über alle für ihre Tätigkeit relevanten Angelegenheiten
- Förderung der Zusammenarbeit unter den Muslimen in Hamburg
- Förderung der Einrichtung von Moscheen und anderer Stätten der Religionsausübung
- Einstellung von Imamen und Lehrkräften sowie deren Aus- und Weiterbildung
- Durchführung von Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu allen islamischen und allgemein gesellschaftspolitischen Themen zum Zwecke der Weiterbildung und Information
- Information der nichtislamischen Öffentlichkeit über den Islam und die Muslime
- Ergreifen von Initiativen zur Förderung des islamischen Lebens in Hamburg und Verbesserung der religiösen und sozialen Lage der Muslime
- Ergreifen geeigneter Maßnahmen zur Gleichstellung des Islams in der Gesellschaft und Verhinderung von Diskriminierung der Muslime
- Vertretung islamischer Interessen in der Öffentlichkeit, insbesondere auch gegenüber Behörden, Parteien, Verbänden, Presse usw. sowie diesen gegenüber Ansprechpartner zu sein für alle Angelegenheiten der Muslime in Hamburg
- Abgabe von Stellungnahmen zu allen das Leben und die Tätigkeit der Muslime in Hamburg betreffenden Angelegenheiten
- Mitwirkung in Gremien, Ausschüssen usw. zum Zwecke der Interessenvertretung der Muslime in Hamburg
- Dialog mit anderen Religionen und Weltanschauungen

Die Vereinigung verfolgt damit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Vereinszweck fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Allgemeine Grundsätze

1. Die Tätigkeit basiert in jeder Beziehung auf den Glaubensgrundlagen des Islam. Dies sind der Glaube an Allah und seine Einzigkeit und Einheit (Tauhid), an den Qur'an als letztes

offenbartes Wort Allahs und die Offenbarungsschriften davor, an das Prophetentum Mohammeds (s.a.s.) als letztem der Propheten und Gesandten, nach dem keiner mehr kommen wird, und die Propheten und Gesandten vor ihm, an die Engel Allahs und das Jenseits sowie ferner an den qur'anischen Begriff Qadar (welcher von den einzelnen Theologenschulen unterschiedlich ausgelegt wird, auf jeden Fall jedoch die Willensfreiheit des Menschen zur Entscheidung zwischen Gut und Böse beinhaltet); zu den Glaubensgrundlagen gehören weiter die Pflichten zum Gebet (Salat), zum Fasten im Monat Ramadan (Siyam), zur Pilgerfahrt (Hadsch) und zur Sozialabgabe (Zakat). Tätigkeiten, Stellungnahmen usw., die in irgendeiner Weise dagegen verstoßen, sind unzulässig.

2. Die Tätigkeit basiert ferner auf demokratisch-rechtsstaatlichen Prinzipien. Insbesondere wird jede Form der Gewaltanwendung als Mittel der religiösen oder politischen Auseinandersetzung abgelehnt.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Mitglied können alle in Hamburg bestehenden islamischen Gemeinschaften werden,
 - die als „eingetragener Verein“ im Vereinsregister des Amtsgerichts registriert sindund
 - von denen die vorstehend in § 3 Abs. 1 und 2 genannten Grundsätze verbindlich anerkannt werden.
2. Tatsächlich bestehende Gemeinschaften, die aber kein „eingetragener Verein“ sind, können auf Antrag als beratende Mitglieder an den Versammlungen teilnehmen, ohne jedoch Stimmrecht zu haben.
3. Der Antrag auf Mitgliedschaft muß mit Referenz von mindestens drei Mitgliedsvereinen auf der Mitgliederversammlung gestellt werden. Der Antragsteller muß die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft gem. Abs. 1 nachweisen bzw. erklären. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.
4. Die Mitgliedschaft endet durch schriftliche Austrittserklärung, durch Ausschluß oder durch Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins.
5. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es durch Erklärungen oder Handlungen gegen diese Satzung und insbesondere gegen die Grundsätze gem. § 3 oder sonst in irgendeiner Weise grob gegen islamische Grundsätze verstößt. Über den Ausschluss entscheidet die Mitgliederversammlung mit ¾-Mehrheit.

§ 5 Organe

Organe der Vereinigung sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 6 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung soll mindestens einmal im Halbjahr stattfinden. Die Einladung erfolgt durch den Vorstand mit einer Frist von einer Woche mittels einfachem Brief unter Bekanntgabe der Tagesordnung. Zusätzlich sind auf Beschluss des Vorstandes außerordentliche Mitgliederversammlungen einzuberufen, wenn dies sachlich als erforderlich angesehen wird oder mindestens $\frac{1}{4}$ der Mitglieder dies unter Angabe der Gründe verlangen.
2. Auf der Mitgliederversammlung ist jeder Mitgliedsverein durch einen stimmberechtigten Delegierten vertreten. Weitere Vertreter können anwesend sein, sind jedoch nicht stimmberechtigt.
3. Jeder Mitgliedsverein hat eine Vertretungsstimme. Stimmrechtsvollmachten eines Mitgliedsvereins auf andere Mitgliedsvereine bzw. deren Delegierte sind unzulässig.
4. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder vertreten sind. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, kann mit einer Frist von einer Woche eine weitere Versammlung einberufen werden, die dann auf jeden Fall beschlussfähig ist.
5. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit, es sei denn, diese Satzung schreibt eine andere Mehrheit vor. Für Satzungsänderungen ist auf jeden Fall eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erforderlich. Es wird jedoch angestrebt, Beschlüsse möglichst im Konsens aller Beteiligten zu fassen.
6. Die Mitgliederversammlung wählt jeweils zu Beginn einen Versammlungsleiter und einen Protokollführer. Der Protokollführer hat über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ein Protokoll zu erstellen, das von ihm und vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist.
7. Über Anträge zur Tagesordnung kann nur abgestimmt werden, wenn sie in der Einladung aufgeführt sind.
8. Von den Mitgliedern sind Beiträge zu entrichten, über deren Höhe und Fälligkeit die Mitgliederversammlung entscheidet.
9. Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - Wahl des Vorstandes
 - Beratung und Beschlussfassung der Anträge
 - Beschlüsse über Satzungsänderung und Auflösung
 - Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes und Entlastung des Vorstandes

§ 7 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus 12 Personen, und zwar 3 Vorsitzende, 1 Kassenwart und 8 Beisitzer. Den Beisitzern wird von der Mitgliederversammlung die Leitung eines Arbeitsausschusses oder ein besonderer Aufgabenbereich zugewiesen. Einer der Vorsitzenden erhält die Funktion eines leitenden Vorsitzenden.
2. Vertretungsberechtigter Vorstand gem. § 26 BGB sind die drei Vorsitzenden. Jeder von ihnen ist jeweils allein vertretungsberechtigt.

3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er amtiert jedoch auch nach Ablauf der Zeit weiter, bis eine Neuwahl erfolgt. Scheidet im Laufe der Amtsdauer ein Vorstandsmitglied aus, findet auf der nächsten Mitgliederversammlung eine Nachwahl statt. Gewählt werden kann jede Person, die Muslim ist, von einem der Mitgliedsvereine hierfür vorgeschlagen wird und sich auch persönlich zur Einhaltung dieser Satzung, insbesondere der Grundsätze gem. § 3, verpflichtet.
4. Die Abwahl eines Mitgliedes des Vorstandes ist durch die Mitgliederversammlung mit einer 2/3-Mehrheit möglich.
5. Der Vorstand hat folgende Aufgaben:
 - Vertretung der Vereinigung nach Außen, gegenüber Behörden, Parteien und anderen Institutionen sowie allgemein in der Öffentlichkeit
 - Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
 - Abgabe von Stellungnahmen im Namen der Vereinigung zu allen Themen, soweit sie im Rahmen der hier festgelegten satzungsmäßigen Aufgaben liegen
 - Ansprechpartner nach Außen zu sein für die Vereinigung
6. Der Vorstand kann einen hauptamtlichen Geschäftsführer ernennen.
7. Die Sitzungen finden regelmäßig mindestens einmal im Monat statt. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst.

§ 8

Arbeitsausschüsse

Es sollen folgende sachbezogene Arbeitsausschüsse gebildet werden:

1. Innerislamischer Dialog. Aufgaben:

- Organisation von Weiterbildungsmaßnahmen für Mitglieder
- Info- und Kontaktbörse (kompetente Gesprächspartner stehen zur Verfügung für Rechtsfragen, schulische und berufliche Belange usw.)
- Zusammenarbeit mit anderen islamischen Verbänden bundesweit

2. Interreligiöser Dialog. Aufgaben:

- Austausch mit anderen Religionsgemeinschaften (Gesprächsgruppen, Besuche, Vorträge usw.)

3. Öffentlichkeitsarbeit. Aufgaben:

- Darstellung der Vereinigung nach Außen, gegenüber Medien usw.
- Herausgabe regelmäßiger Publikationen
- Planung von Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Vorträgen usw.
- Sammeln und Auswerten von Nachrichten in Bezug auf den Islam

4. Frauen

5. Jugendliche

Alle Mitgliedsvereine haben die Pflicht, nach ihren Möglichkeiten in allen Arbeitsausschüssen mitzuarbeiten. Die Mitglieder der Arbeitsausschüsse werden durch die Mitgliederversammlung gewählt.

§ 9

Islamische Rechtsgutachten

Auf Beschluss des Vorstandes können zur Begutachtung aktueller ortsbezogener Probleme im Bereich der Mitgliedsvereine islamische Rechtsgutachten erstellt werden. Die Erstellung erfolgt durch ein unter der Leitung des Beisitzers im Vorstand und Vorsitzenden des Arbeitsausschusses für innerislamischen Dialog einzuberufendes Gremium von Imamen und anderen Rechtsgelehrten, welches für die Mitgliedsvereine und die in ihnen vertretenen Rechtsschulen und Richtungen repräsentativ ist. Rechtsgutachten sollen im Konsens dieser Gelehrten erstellt werden. Ein so erstelltes Gutachten ist der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Wird es von der Mitgliederversammlung angenommen, so erhält das Gutachten dadurch Verbindlichkeit für die Mitglieder.

§ 10

Ältestenrat

Der Vorstand beruft einen Ältestenrat aus älteren verdienten und allgemein anerkannten Muslimen Hamburgs ein. Der Ältestenrat berät den Vorstand bei der Entwicklung der SCHURA sowie in fallweise vom Vorstand vorgebrachten Angelegenheiten. Der Ältestenrat tritt mindestens einmal jährlich zusammen.

§ 11

Auflösung

Bei Auflösung des Vereins oder dem Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vereinsvermögen an einen anderen islamischen Verein, welcher es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, mildtätige oder religiöse Zwecke zu verwenden hat. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

Beschlossen auf der Gründungsversammlung am 4.7.1999 und vollständig neu gefasst durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 18.4.2010.

SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaft in Hamburg e.V. Mitglieder

1. Moscheegemeinden

- 1.1. *Name des Vereins:* Islamisch-Albanisches Kulturzentrum e.V.
Name der Moschee: Albanische Moschee
Anschrift: Kleiner Pulverteich 17 – 21, 20099 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder vorwiegend albanischer Herkunft

- 1.2. *Name des Vereins:* Wandsbek Türkisch-Islamischer Kulturverein e.V.
Name der Moschee: Ali-Pascha-Moschee
Anschrift: Hamburger Str. 199, 22083 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder türkischer Herkunft u.a., Stadtteilmoschee

- 1.3. *Name des Vereins:* African Muslims Association e.V.
Name der Moschee: Ansar-ul-Deen-Moschee
Anschrift: Wendenstr. 285, 20539 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder aus Ghana, Elfenbeinküste, Burkina Faso u.a.

- 1.4. *Name des Vereins:* Islamische Gemeinde Wilhelmsburg e.V.
Name der Moschee: Ayasofya-Moschee
Anschrift: Vogelhüttendeich 74, 21107 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder türkischer Herkunft u.a., Stadtteilmoschee

- 1.5. *Name des Vereins:* Verein afghanischer Muslime „Belal“ e.V.
Name der Moschee: Belal-Moschee
Anschrift: Efftingestr. 19, 22041 Hamburg
Kurzbeschreibung: Schiiten afghanischer Herkunft

- 1.6. *Name des Vereins:* Islamisches Kulturzentrum der Bosniaken e.V.
Name der Moschee: Bosnische Moschee
Anschrift: Horner Brückenweg 6, 22113 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder bosnischer Herkunft

- 1.7. *Name des Vereins:* Islamische Gemeinde Hamburg – Centrum-Moschee e.V.
Name der Moschee: Centrum-Moschee
Anschrift: Böckmannstr. 40, 20099 Hamburg
Kurzbeschreibung: Hauptmoschee für Muslime türkischer Herkunft in Hamburg

- 1.8. *Name des Vereins:* Islamischer Verein El Iman e.V.
Name der Moschee: El-Iman-Moschee
Anschrift: Krummholzberg 13, 21073 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder arabischer Herkunft u.a., Stadtteilmoschee

- 1.9. *Name des Vereins:* Islamische Gemeinde Harburg e.V.
Name der Moschee: Eyüp-Sultan-Moschee
Anschrift: Knoopstr. 4, 21073 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder türkischer Herkunft, Stadtteilmoschee

- 1.10. *Name des Vereins:* Islamische Gemeinde Altona e.V.
Name der Moschee: Hicret-Moschee
Anschrift: Barnerstr. 3 a, 22765 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder türkischer Herkunft, Stadtteilmoschee
- 1.11. *Name des Vereins:* Islamisches Bildungszentrum Wilhelmsburg e.V.
Name der Moschee: Said-i-Nursi-Moschee
Anschrift: Vogelhüttendeich 22 c, 21107 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder kurdischer Herkunft, Stadtteilmoschee
- 1.12. *Name des Vereins:* Arabisch-Deutscher Kulturverein e.V.
Name der Moschee: Houda-Moschee
Anschrift: Kreuzweg 14, 20099 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder arabischer Herkunft
- 1.13. *Name des Vereins:* Nooralhuda Gemeinschaft Hamburg e.V.
Name der Moschee: Nooralhuda Moschee
Anschrift: Billbrookdeich 264, 22113 Hamburg
Kurzbeschreibung: Schiiten irakischer Herkunft
- 1.14. *Name des Vereins:* Islamischer Verein Muhajirin Afghanistan e.V.
Name der Moschee: Ibrahim-Khalil-Moschee
Anschrift: Billstedter Hauptstr. 50, 22111 Hamburg
Kurzbeschreibung: Sunniten afghanischer Herkunft
- 1.15. *Name des Vereins:* Indonesisches Islamisches Centrum e.V.
Name der Moschee: Indonesische Moschee
Anschrift: Kleiner Pulverteich 21, 20099 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder indonesischer Herkunft
- 1.16. *Name des Vereins:* Islamisches Zentrum Hamburg e.V.
Name der Moschee: Imam-Ali-Moschee
Anschrift: Schöne Aussicht 36, 22085 Hamburg
Kurzbeschreibung: Schiiten iranischer Herkunft
- 1.17. *Name des Vereins:* Islami Tehrik Hamburg e.V.
Name der Moschee: Islamic Center
Anschrift: Kleiner Pulverteich 21, 20099 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder pakistanischer Herkunft u.a.
- 1.18. *Name des Vereins:* Islamische Gemeinde Neuenfelde e.V.
Name der Moschee: Küçük-Istanbul-Moschee
Anschrift: Neuenfelder Fährdeich 19, 21129 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder türkischer Herkunft, Stadtteilmoschee
- 1.19. *Name des Vereins:* Islamischer Bund e.V.
Name der Moschee: Muhajirin-Moschee
Anschrift: Kirchenallee 25, 20099 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder vorwiegend arabischer Herkunft
- 1.20. *Name des Vereins:* Islamischer Verein Nasrul Faida e.V.

Name der Moschee: Nasrul-Faida-Moschee
Anschrift: Tondernstr. 19, 22049 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder aus Ghana u.a., Stadtteilmoschee

- 1.21. *Name des Vereins:* Islamisches Zentrum Al-Nour e.V.
Name der Moschee: Al-Nour-Moschee
Anschrift: Kleiner Pulverteich 19, 20099 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder vorwiegend arabischer Herkunft
- 1.22. *Name des Vereins:* Pak-Islami-Merkez e.V.
Name der Moschee: Pakistanische Moschee
Anschrift: Brennerstr. 15, 20099 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder pakistanischer Herkunft
- 1.23. *Name des Vereins:* Islamische Gemeinde Schnelsen/Eidelstedt e.V.
Name der Moschee: Schnelsen Moschee
Anschrift: Wiebischenkamp 23, 22523 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder türkischer Herkunft, Stadtteilmoschee
- 1.24. *Name des Vereins:* Islamischer Verein Tawba e.V.
Name der Moschee: Tawba Moschee
Anschrift: Kreuzweg 12, 20099 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder aus Ghana, Elfenbeinküste, Benin u.a.
- 1.25. *Name des Vereins:* Zentrum für Forschung und Kultur des Islam e.V.
Name der Moschee: Vahdet Moschee
Anschrift: Seindamm 47, 20099 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder kurdischer Herkunft
- 1.26. *Name des Vereins:* Islamische Gemeinde Veddel e.V.
Name der Moschee: Veddel Moschee
Anschrift: Veddel Brückenstr. 138, 20539 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder türkischer Herkunft, Stadtteilmoschee
- 1.27. *Name des Vereins:* Islamische Gemeinde Nobistor e.V.
Name der Moschee: Yeni-Beyazit-Moschee
Anschrift: Nobistor 40, 22767 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder türkischer Herkunft, Stadtteilmoschee
- 1.28. *Name des Vereins:* Islamische Gemeinde Neugraben e.V.
Name der Moschee: Yildiz Moschee
Anschrift: Cuxhavener Str. 334, 21147 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder türkischer Herkunft, Stadtteilmoschee
- 1.29. *Name des Vereins:* Islamische Gemeinschaft Sabikun e.V.
Name der Moschee: Sabikun Moschee
Anschrift: Danziger Str. 21, 20099 Hamburg
Kurzbeschreibung: Mitglieder vorwiegend aus Togo
- 1.30. *Name des Vereins:* Libanesische Kulturelle Wohlfahrtsgemeinschaft e.V.
Anschrift: Rotenhäuser Str. 12 b, 21107 Hamburg

Kurzbeschreibung: Schiiten libanesischer Herkunft

1.31. *Name des Vereins:* Kurdisch-Islamische Gemeinde Hamburg e.V.

Name der Moschee: Kurdische Moschee

Anschrift: Brennerstr. 12, 20099 Hamburg

Kurzbeschreibung: Mitglieder kurdischer Herkunft

1.32. *Name des Vereins:* Muslimische Gemeinschaft Steilshoop e.V.

Name des Vereins: Steilshoop Moschee

Anschrift: Gründgensstr. 26, 22309 Hamburg

Kurzbeschreibung: Mitglieder ethnisch gemischt mit Schwerpunkt auf türkische, Stadtteilmoschee

2. Mit Moscheegemeinden verbundene Frauen-, Studenten- und Bildungsvereine

2.1. *Name des Vereins:* Islamische Hochschulgemeinde e.V.

Gegenstand des Vereins: Studentenverein

Verbundene Gemeinde: Centrum-Moschee

2.2. *Name des Vereins:* Islamische Akademie Deutschland e.V.

Gegenstand des Vereins: Bildungsverein

Verbundene Gemeinde: Islamisches Zentrum Hamburg

2.3. *Name des Vereins:* Muslimische Frauengemeinschaft e.V.

Gegenstand des Vereins: Frauenverein

Verbundene Gemeinde: Centrum-Moschee

2.4. *Name des Vereins:* Islamische Gemeinschaft in Hamburg e.V.

Gegenstand des Vereins: Deutschsprachige schiitische Gruppe

Verbundene Gemeinde: Islamisches Zentrum Hamburg

2.5. *Name des Vereins:* Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut e.V.

Gegenstand des Vereins: Bildungsverein

Verbundene Gemeinde: Centrum-Moschee

3. Sonstige Vereine

3.1. *Name des Vereins:* Baitunisa e.V.

Gegenstand des Vereins: Frauenverein

Anschrift: Mariam Kannstein, Staudinger Str. 22, 22607 Hamburg

3.2. *Name des Vereins:* Deutsche Muslim-Liga e.V.

Gegenstand des Vereins: Deutschsprachige Gruppe

Anschrift: Bauernrosenweg 27, 22177 Hamburg

3.3. *Name des Vereins:* Initiative für Islamische Studien e.V.

Gegenstand des Vereins: Deutschsprachige Gruppe

Anschrift: Pia Köppel, Schanzenstr. 33 a, 20357 Hamburg

3.4. *Name des Vereins:* Hamburger Verein für Ethik und Kultur e.V.

Gegenstand des Vereins: Sufi-Gemeinschaft

Anschrift: Schiffbeker Berg 26, 22111 Hamburg

SATZUNG DES VERBAND DER ISLAMISCHEN KULTURZENTREN E.V.

I. Grundlage, Name und Sitz

§ 1

1. Der Verein führt den Namen „Verband der Islamischen Kulturzentren“ e.V.
2. Der Sitz des Vereins ist Köln.
3. Der Verband der Islamischen Kulturzentren hat die Rechtsform eines rechtsfähigen Vereins. Er hat seine Rechtsfähigkeit erlangt durch Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht Köln.
4. Bei dem Verband der Islamischen Kulturzentren handelt es sich um eine Religionsgemeinschaft, die im Rahmen des Artikels 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit den fortgeltenden Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 gegründet worden ist. Dies wurde vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen mit Schreiben vom 12. August 1994 unter dem Aktenzeichen: IV A 3 - 224 - offiziell anerkannt.
5. Seit der umfassenden Umstrukturierung zum 01.01.2006 gemäß Beschluss der Delegiertenversammlung vom 05. Juni 2005 wird der Verband nicht nur im Rahmen seiner satzungsmäßigen steuerbegünstigten Zwecksetzung, sondern auch als Dachverband für die angeschlossenen gemeinnützigen Gemeindevereine tätig.

§ 2

1. Der Verein „Verband der Islamischen Kulturzentren“ wurde 1973 gegründet und ist überparteilich und unpolitisch.
2. Der Verband der Islamischen Kulturzentren wird, um jeglichen religiösen, kulturellen und sozialen Bedürfnissen der Menschen islamischen Glaubens entgegenzukommen, in Europa im Rahmen der jeweiligen Gesetzgebung der einzelnen Staaten und der Europäischen Union tätig.

Der Verband der Islamischen Kulturzentren steht allen natürlichen Personen und gemeinnützigen Körperschaften offen. Diese können, auch ohne Mitglied zu sein, vom Verein im Rahmen seiner steuerbegünstigten Zweckbestimmung betreut und unterstützt werden.

II. Zweck, Ziele und Organisation

§ 3

1. Der Verband bietet den in Europa lebenden oder sich in Europa aufhaltenden Menschen und juristischen Personen soziale, kulturelle sowie religiöse Dienste zum Zwecke der Förderung der Erziehung, Bildung, Religion, Jugendfürsorge, Völkerverständigung und Integration an. Insbesondere werden folgende Tätigkeiten ausgeübt:
 - ♦ Einrichtung und Unterhaltung von Gemeinden im Rahmen der religiösen und kulturellen Aktivitäten sowie von Schüler- und Studentenwohnheimen im Rahmen der erzieherischen Aktivitäten in ganz Europa.
 - ♦ Unterweisung im islamischen Glauben und Lehre und Wahrung der islamischen kulturellen Werte
 - ♦ Förderung der beruflichen, schulischen und universitären Bildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Schüler- und Studentenwohnheimen.
 - ♦ Der moralische Schutz der Menschen islamischen Glaubens in Europa.

- ♦ Soziale Hilfeleistungen an die Muslime und sonstige Dienste zur Gewährleistung der Anpassung an ihre Umgebung.
 - ♦ Durchführung von wissenschaftlichen Seminaren und Einrichtung von Bibliotheken.
 - ♦ Einrichtung von Ausbildungsstätten für Islamische Theologie für Jugendliche und junge Erwachsene
 - ♦ Hilfe- und Unterstützungsleistungen an hilfsbedürftige Muslime unter Beachtung der Voraussetzungen des § 53 AO
 - ♦ Religiöse Vorbereitung von Pilgerfahrten nach Mekka (Hadj und Umrah) durch Seminare und Vorbereitungskurse
2. Der Verband der Islamischen Kulturzentren strebt eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Islamischen Organisationen und Gemeinden in Europa an, es sei denn deren Zwecke und Tätigkeit laufen den Strafgesetzen zuwider, richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung in den jeweiligen Ländern oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder sie fordern ihre Mitglieder zur Illoyalität gegenüber ihrem Herkunftsland auf (Verletzung der politischen Neutralität). Weiterhin pflegt und fördert der Verband der Islamischen Kulturzentren Dialog mit allen in Europa bestehenden nicht islamischen Religionsgemeinschaften und sonstigen Institutionen.
3. ~~Komplett weggestrichen~~

§ 4

Die Mitgliedsvereine agieren selbständig und im eigenen Namen. Diese können zusätzlich zu ihren eigenen Namen die Bezeichnung „Gemeinde des Verband der Islamischen Kulturzentren e.V.“ führen. Die Führung dieser Bezeichnung berechtigt nicht, Handlungen im Namen des Verbandes vorzunehmen.

III. Gemeinnützigkeit

§ 5

1. Der Verband dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Der Verband ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke
3. Mittel des Verbandes dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Verbandes fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
5. Jede in der Satzung vorgenommene Änderung ist unverzüglich der zuständigen Finanzbehörde mitzuteilen.

IV. Mitgliedschaft

§ 6

1. Mitglieder des Verbandes sind natürliche Personen, gemeinnützige Körperschaften (Mitgliedsvereine) und die Mitglieder der Mitgliedsvereine.
2. Mitglied des Verbandes können natürliche Personen und gemeinnützige Körperschaften sein, die die Ziele des Vereines anerkennen und bereit sind, sich für diese Ziele einzusetzen. Über die Aufnahme eines Mitgliedes entscheidet der Vorstand nach freiem Ermessen.

3. Die Gemeindevereine des Verbandes vermitteln Ihren Mitgliedern die Mitgliedschaft im Verband. Jedes Einzelmitglied soll dem Mitgliedsverein angehören, in dessen Bereich es seinen ersten Wohnsitz hat.
4. Auf Vorschlag des Vorstandes kann die Delegiertenversammlung einzelne verdiente Personen zu Ehrenmitgliedern ernennen.
5. Eine außerordentliche Mitgliedschaft ist grundsätzlich möglich. Außerordentliche Mitglieder können jedoch nicht Organ des Vereines werden und haben ebenso wie die Ehrenmitglieder kein aktives und kein passives Wahlrecht.

§ 7

1. Die Mitgliedschaft wird wie folgt erworben:

- durch einen schriftlichen Aufnahmeantrag, der an den Vorstand gerichtet werden muss
- der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach freiem Ermessen
- bei Ablehnung des Antrages ist der Vorstand nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen.
- bei natürlichen Personen kann von dem Schrifterfordernis des Aufnahmeantrages abgesehen werden
- Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft erkennt das Mitglied die Satzung für ihn als bindend an.

2. Die Mitgliedschaft endet:

- ♦ durch Austritt, der spätestens zwei Monate vor der Beendigung des Jahres schriftlich dem Vorstand zu erklären ist, in dem der Austritt erfolgen soll;
- ♦ durch Beschluß des Vorstandes zum endgültigen Ausschluß;
- ♦ durch Tod
- ♦ bei steuerbegünstigten Körperschaften kann sie durch Auflösung oder durch Verlust der Gemeinnützigkeit enden.

3. Tritt ein Mitglied aus, so hat dieses keinen Anspruch auf einmal gezahlte Beiträge, Kapitalanteile oder Sachwerte.

4. Mitglieder, die innerhalb oder außerhalb des Verbandes gegen die Interessen, den Zweck oder die Prinzipien des Verbandes verstoßen, können durch Vorstandsbeschluß vom Verband endgültig ausgeschlossen werden.
5. Die gemeinnützigen Gemeindevereine sind verpflichtet, ihren steuerbegünstigten Statuts durch Vorlage des jeweils aktuellsten Körperschaftsteuer-Freistellungsbescheides nachzuweisen. Der Verband hat das Recht, entsprechende Nachweise zu verlangen. Die Mitgliedsvereine sind verpflichtet, den Verlust der Gemeinnützigkeit unverzüglich schriftlich anzuzeigen.
6. Bei rückwirkendem Wegfall der Gemeinnützigkeit haben die steuerbegünstigten Körperschaften die während ihrer Mitgliedschaft im Verband erhaltenen finanziellen Zuwendungen ab dem Zeitpunkt des Wegfalls der Gemeinnützigkeit zu erstatten.
7. Mitglieder, die trotz zweimaliger Mahnungen den von der Delegiertenversammlung festgesetzten Beitrag schuldig geblieben sind, können durch Vorstandsbeschluß vom Verein endgültig ausgeschlossen werden.

V. Beiträge und Umlagen

§ 8

1. Die ordentlichen Mitglieder sind zur regelmäßigen Beitragszahlung verpflichtet. Die Höhe der Beiträge und ihre Zahlungsweise werden von der Delegiertenversammlung festgelegt.
2. Die Ehrenmitglieder sind nicht verpflichtet, feste und regelmäßige Beiträge zu entrichten.
3. Der von der Delegiertenversammlung festgelegte Beitrag ist ein Mindestbeitrag.
4. Der Vorstand und die Delegiertenversammlung können Umlagen zur Deckung besonderer Kosten erheben.
5. Für Beiträge und Zuwendungen erhält das Mitglied bzw. der Spender eine Zuwendungsbestätigung, sofern der Verband als steuerbegünstigt anerkannt ist.
6. **komplett streichen**

VI. Organe des Vereines

§ 9

Organe des Vereines sind:

- ◆ Die Delegiertenversammlung
- ◆ Der Vorstand
- ◆ Der Aufsichtsrat

Der Vorstand kann für bestimmte Aufgaben Arbeitsausschüsse bilden. Die Mitglieder dieser Ausschüsse sind dem Vorstand verantwortlich. Die Ausschüsse begleiten die Arbeit des Vorstandes unterstützend.

§ 10

1. Die Delegiertenversammlung ist das höchste Organ des Vereines. Sie besteht aus Delegierten, die ihrerseits aus den Vorständen der Mitgliedsvereine besteht. Jeder Mitgliedsverein entsendet zu der Delegiertenversammlung 2 Delegierte. Wenn kein außergewöhnlicher Grund vorliegt, wird die Delegiertenversammlung alle drei Jahre einberufen.
2. Die Einberufung zur **ordentlichen** Delegiertenversammlung erfolgt vom Vorstand des Verbandes schriftlich, an die einzelnen Gemeinden und ist durch Aushang in den Einrichtungen der Mitgliedsvereine vier Wochen vor dem Versammlungstermin bekanntzumachen. Das auszuhängende Einladungsschreiben muß die Tagesordnung der einberufenden Delegiertenversammlung enthalten.
3. Eine außerordentliche Delegiertenversammlung muß einberufen werden, wenn
 - ◆ der Vorstand es beschließt,
 - ◆ dies ein Drittel aller Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe vom Vorstand verlangen.**Die Einberufungsfrist der außerordentlichen Delegiertenversammlung beträgt eine Woche.**
4. Der Beschluß über die nachfolgenden Punkte zählt zu den Aufgaben der Delegiertenversammlung:
 - ◆ Wahl der Vorstandsmitglieder,
 - ◆ Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates,
 - ◆ Entgegennahme des Tätigkeitsberichts des Vorstandes,
 - ◆ Erörterung und Beschlußfassung des Wirtschaftsplanes,
 - ◆ Satzungsänderungen,
 - ◆ Auflösung des Vereines,

- ♦ Beschlußfassung über Anträge an die Delegiertenversammlung, die sowohl vom Vereinsvorstand als auch von einzelnen Mitgliedern eingebracht werden können.
- 5. Die Delegiertenversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit. Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von dreiviertel; der Auflösungsbeschluß muß mit einer Mehrheit von vierfünftel der anwesenden Mitglieder gefällt werden.
- 6. Die Delegiertenversammlung ist bei ordentlicher Ladung gemäß § 10 Abs. 2 und 3 ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig.

§ 11

1. Stimmberechtigt sind die Delegierten gemäß § 10.
2. Mit Zustimmung des Vorstandes können Gäste an den Beratungen der Delegiertenversammlung teilnehmen und Meinungen und Wünsche vortragen.
3. Die Delegiertenversammlung wählt vor Eintritt in die Tagesordnung einen Versammlungsleiter, der die Versammlung bis zur Neuwahl des Vorstandes leitet. Der Versammlungsleiter beruft einen Protokollführer, der über den Verlauf der Delegiertenversammlung und die von ihr gefaßten Beschlüsse und Empfehlungen eine Niederschrift anfertigt, die später vom Versammlungsleiter und vom neuen Präsidenten zu unterzeichnen ist. Bei außerordentlichen Delegiertenversammlungen leitet der Präsident die Diskussionen. Die Niederschrift wird vom Generalsekretär verfaßt und von ihm gemeinsam mit dem Präsidenten unterzeichnet.
4. Die Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates erfolgt durch Handzeichen. Sie ist geheim durchzuführen, wenn die Versammlung dies beschließt.
5. Über die Zulassung der Presse beschließt der Vorstand.

§ 12

1. Der Vorstand des Verband der Islamischen Kulturzentren setzt sich aus fünf ordentlichen und fünf stellvertretenden Mitgliedern zusammen, die durch die Delegiertenversammlung gewählt werden.

Diejenigen fünf Personen, die nach der Auszählung die meisten Stimmen auf sich vereinigen, sind die ordentlichen Vorstandsmitglieder. Als stellvertretende Vorstandsmitglieder sind diejenigen gewählt, die nach den ordentlichen Vorstandsmitgliedern die meisten Stimmen auf sich vereinigen.

Auf der ersten Vorstandssitzung nach der Wahl nehmen die zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern gewählten Personen eine Aufgabenverteilung in der Art vor, daß sie untereinander einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten, einen Generalsekretär und einen Schatzmeister wählen.

Sollte aus irgend einem Grunde eine Verringerung dieser fünf ordentlichen Vorstandsmitglieder eintreten, so rückt einer der Stellvertreter nach der Reihenfolge seiner erzielten Stimmen an die Stelle des Ausgeschiedenen.

2. Der Vorstand ist berechtigt, die laufenden Arbeiten und die juristischen Vorgänge im Namen des Verbandes auszuführen und dabei die Bezeichnung des Verbandes zu benutzen. Der Verband wird gerichtlich und außergerichtlich von je zwei ordentlichen Vorstandsmitgliedern gemeinschaftlich vertreten.
3. Ist ein Vorstandsmitglied auf drei aufeinanderfolgenden Vorstandssitzungen nicht anwesend, so gilt dies als Rücktrittserklärung vom Vorstand.
4. Der Vorstand ist das höchste Beschlußgremium des Vereines zwischen den Delegiertenversammlungen. Er ist auf die Satzung und die Beschlüsse der Delegiertenversammlung gebunden. Er weiß sich gegenüber der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland ebenso verantwortlich wie gegenüber dem Willen der Delegiertenversammlung. Der Vorstand bereitet die nächste Delegiertenversammlung vor.

5. Stehen der Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das zuständige Finanzamt bestimmte Satzungsinhalte entgegen, ist der Vorstand berechtigt, entsprechende Änderungen eigenständig durchzuführen. Dies gilt auch für Satzungsregelungen, die einer Vereinsregistereintragung entgegenstehen.
6. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 13

Bei der Bildung eines Ausschusses bestimmt der Vorstand den Aufgaben- und Arbeitsbereich sowie die Anzahl der Mitglieder. Die Delegiertenversammlung kann durch Beschluß, der einer Mehrheit von zweidrittel der Stimmen bedarf, einen Ausschuß auch gegen das Votum des Vorstandes auflösen.

VII. Wahlbestimmungen und andere Regelungen

§ 14

1. Stimmberechtigt sind nur die anwesenden Delegierten.
2. Die Delegierten können vor Eintritt in die Tagesordnung einer Delegiertenversammlung gegenüber dem Vorstand Änderungswünsche zu der von ihm beschlossenen Tagesordnung einbringen.
3. Der Vorstand hat das Recht, innerhalb des Etats Umschichtungen vorzunehmen, wenn diese zum Wohle des Vereines notwendig erscheinen.

§ 15

1. Der Aufsichtsrat des Verband der Islamischen Kulturzentren setzt sich aus drei ordentlichen und drei stellvertretenden Mitgliedern zusammen. Diejenigen drei Personen, die nach der Auszählung die meisten Stimmen auf sich vereinigen, sind die ordentlichen Aufsichtsratsmitglieder. Als stellvertretende Aufsichtsratsmitglieder sind diejenigen gewählt, die nach den ordentlichen Aufsichtsratsmitgliedern die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Sollte aus irgend einem Grunde eine Verringerung dieser drei ordentlichen Aufsichtsratsmitgliedern eintreten, so rückt einer der Stellvertreter nach der Reihenfolge seiner erzielten Stimmen an die Stelle des Ausgeschiedenen.
2. Der Aufsichtsrat prüft die Aktivitäten und die Finanzen des Vorstandes in Intervallen von längstens sechs Monaten. Sie überreicht die Ergebnisse in Form eines Berichtes dem Vorstand und der Delegiertenversammlung, wenn diese einberufen wird.

VIII. Auflösung des Vereines

§ 16

1. Die Auflösung des Vereines kann nur in einer außerordentlichen und nur zur Beschlußfassung über die Auflösung des Vereines einberufenen Delegiertenversammlung beschlossen werden.
2. Zur Auflösung bedarf es gemäß § 10, Abs. 5 der Mehrheit von vierfünftel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.
3. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen Zwecks fällt das Vermögen des Vereins an den "Ehrenfelder Bildungs- und Kulturverein e. V." in Köln, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige und religiöse Zwecke zu verwenden hat.